Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

Jg. 5 Nr. 30
25. Juli 1977

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Generalstreik in Peru

Die peruanische Polizei und die Armee haben in den letzten zwei Wochen 16 Arbeiter und Studenten erschossen. Mehrere Tausend hatten am 15. Juli in der Hauptstadt Lima und anderen peruanischen Städten demonstriert. Für den 20. Juli hatten die Gewerkschaften zu einem 24stündigen Generalstreik aufgerufen, der zum großen Teil befolgt wurde. Ziel der Kämpfe der Arbeiter und des peruanischen Volkes ist, die Preiserhöhungen bei den Lebensmitteln von 20%, der Fahrpreise um 30% und des Benzins um 50% zu Fall zu bringen. Ein Demonstrationszug durch Lima während des Generalstreiks wurde von Polizei- und Armeeeinheiten mit Tränengas, Schlagstöcken und Schußwaffen angegriffen. 6 Arbeiter wurden erschossen, 300 Gewerkschaftsmitglieder verhaftet. Die Arbeiter stoppten einen Bus mit Marinesoldaten und versuchten ihn umzuwerfen, andere Militärfahrzeuge wurden mit Steinen angegriffen. Auf der Hauptstraße wurden Barrikaden errichtet.

Die peruanische Regierung hatte die Preiserhöhungen erlassen, da der Internationale Währungsfonds und die Imperialisten, die ihn repräsentieren, Peru einen Kredit von 50 bis 100 Millionen Dollar nur gewähren wollen, wenn Peru einen Teil seiner Auslandsschulden sofort zurückzahlt. Peru ist bei den Imperialisten, vor allem den US- und den westdeutschen Imperialisten mit 4,5 Milliarden Dollar verschuldet.

Weitere US-Truppen nach Westdeutschland

Eine neue US-Panzerbrigade mit 4 000 Mann, die bei Bedarf aufgefüllt werden kann zu voller Kampfstärke, soll in das Gebiet westlich von Hannover verlegt werden.

Verhandelt wird auch über die Verlegung einer niederländischen Brigade aus Holland nach Norddeutschland. Diese Truppen sollen südlich der Autobahn Bremen–Hamburg stationiert werden. Ein Gelände für Truppenübungsplatz und Kasernen wird gegenwärtig gesucht.

Beide Maßnahmen sind Teil der geplanten „140 Maßnahmen zur Stärkung der Kampfkraft der NATO". Dazu gehören unter anderem auch verbesserte Gestellungssysteme und größere Munitionsbevorratung.

Nach der Stationierung in Wiesbaden und der beschlossenen Stationierung in Garlstedt, wo die Kasernen gerade gebaut werden, wäre dies die dritte Neustationierung von US-Truppen in Westdeutschland in den letzten Jahren. Die US-Impe-
rialisten wollen ihren Besitz in Europa
rialisten wollen ihren Besitz in Europa und die Ausbeutung von Arbeitern halten und möglichst ausweiten gegen die sozialimperialistische Konkurrenz. Die Truppenstationierung ist Kriegsvorbereitung. Die Arbeiterklasse muß, um die proletarische Revolution durchzuführen, den Abzug aller fremden Truppen erkämpfen, die ein großes Hindernis sind.

Scharfe Krise der Landwirtschaft und Ausbeutung der Landarbeiter unter der Herrschaft der Sozialimperialisten

Seitdem unter der Herrschaft der neuen Zaren im Kreml die Produktion nach der Schaffung von Profit betrieben wird, stagniert die landwirtschaftliche Produktion und geht zurück. So ist z.B. der Sommerweizenertrag um zwei Doppelzentner pro Hektar gesunken.

Obwohl die neuen Zaren in kurzer Zeit die Arbeiter angetrieben haben, die Schwerindustrie auszubauen, und die Stahlproduktion bei 140 Millionen Tonnen Stahl im Jahr liegt, kommt die Mechanisierung der Landwirtschaft nur schleppend voran. 27 Prozent des Bruttoprodukts der Landwirtschaft wird von den Bauern und Landarbeitern in Nebenerwerbstätigkeit auf kleinen Parzellen mit einer Durchschnittsgröße von 0,3 Hektar und Nutzgärten von einer Durchschnittsgröße von nur 0,03 bis 0,08 Hektar produziert. Sie sind dazu gezwungen, weil ihr Lohn sonst nicht reicht, der um fast ein Drittel niedriger liegt als der Lohn der Industriearbeiter.

Um trotz des niedrigen Standes der Mechanisierung der Landwirtschaft die Ernte einfahren zu können, hat sich die Saisonarbeit zunehmend entwickelt. Die Saisonarbeit hat sich mit einer Million seit 1969 verdoppelt. Seit diesem Jahr erläßt das ZK der KPdSU alljährliche Verordnungen für Ernteeinsätze, was nichts anderes ist als Zwangsarbeit.

Mit freiwilligen Ernteeinsätzen hat das nichts zu tun, warum sollten sich die Jugendlichen auch freiwillig für die Profitinteressen der neuen Bourgeoisklasse ausbeuten lassen? Tatsächlich nimmt die Landflucht zu. Jährlich ziehen inzwischen fast zwei Millionen hauptsächlich Jugendliche vom Land in die Städte.

Wirtschaftsminister Friderichs: „Fragen an die fünf Weisen"

SPD-FDP-Koalition mobilisiert wissenschaftliche Schützenhilfe für die Profitjagd

Das Parlament macht Ferien. Herrscht deswegen politische Bewegungslosigkeit? Aber woher denn. Das Parlament ist sowieso bloß die Geräuschkulisse der politischen Aktionen der herrschenden Kapitalistenklasse. Jetzt in diesen Sommermonaten werden, weil das Parlamentsgeplärre wegfällt, sogar die vorsichtigen Bewegungen der politischen Weichensteller besser sichtbar. Minister Friderichs von der FDP hat einen Brief an die „Fünf Weisen" geschrieben. Der Brief, der einen „ausführlichen Fragenkatalog" enthält, ist wie üblich nicht zu haben. Aus der Presse entnimmt man, daß folgende Sorgen unter der glatten Erscheinung unseres Wirtschaftsministers umtreiben.

Erstens will er wissen, was in Teufels Namen die „private Investitionstätigkeit zurückhält". Ist es das „Nachfragedefizit"? Oder ist es die „zu geringe Kapazitätsauslastung"? Oder liegen „pessimistische Absatzerwartungen" vor? Oder sind es ganz allgemein „unbefriedigende Kosten und Ertragserwartungen"? Blöde Fragen aus dem Wirtschaftsministerium? Die Frage, ob das Schneuzen am Schnupfen liegt, ist blöde. Friderichs, Minister für Wirtschaft, will auch keinen Ratschlag. Er braucht eine streng wissenschaftliche Rechtfertigung, unanzweifelhaft, weil von höchsten wissenschaftlichen Kapazitäten ausgebrütete Begründung für Projekte, die er bereits im Auge hat.

Nachfragedefizit? Selbstverständlich, unser Elend stammt aus dem Nachfragedefizit, speziell aus dem Nachfragedefizit auf dem Weltmarkt. Vorwärts zum Handelskrieg! Die Länder der Dritten Welt wollen Schutzzölle errichten, um den Aufbau ihrer Produktion zu schützen? Das sind doch Feinde unserer Lebensinteressen. Direkt gefährlich ist das! Nachfragedefizit im inneren Absatz bei den Produktionsmitteln? Unverantwortlicher
tionsmitteln? Unverantwortlicher
Leichtsinn einiger Mitglieder der Kapitalistenklasse. Viele Ausrüstungen im westdeutschen Maschinenbau sind bereits 14 Jahre alt! Wie sollen diese alten Maschinen jene Masse von Mehrarbeit aus den Arbeitern herausholen, die mit erneuerter Maschinerie zu erreichen ist? Es muß etwas geschehen. Man muß ein Konjunkturprogramm beschließen und dies Konjunkturprogramm muß diesen lahmen Enten, die im Wettbewerb der Schweißauspressung hintenhängen, endlich zu den neuen Preßwerkzeugen für Profit verhelfen. Nachfragedefizit beim Einzelhandel von wegen der geschrumpften Arbeiterlöhne? Man soll sich doch keine übertriebenen Sorgen machen, der Einzelhandel soll sich eben auf höhere Qualität umstellen, schließlich kann man statt zehn Mänteln für Arbeiter auch einen oder einen halben für Bourgeois herstellen. Sage keiner, daß sinkende Löhne den Einzelhandelsumsatz wirklich drücken müssen. Man kann das durch gesteigerten Konsum der Bourgeoisie immer ausgleichen. Und wenn das nicht geht, weil die p.p. Firma nun mal auf minderwertige Produktion eingestellt ist, so hilft die Herabsetzung der Qualität der Ware auch aus. Dann macht man auf einen geschrumpften Gesamtumsatz eben einen höheren Profit! Nur Mut zum Risiko, es wird sowieso vom Verzehrer der Billigwurst getragen und das sind nicht Sie, meine Herren!

Nein, nein, es ist das auswärtige „Nachfragedefizit", das uns drückt. Vorwärts zum Handelskrieg, im Tornister des Fußvolks die Billigwurst. Das braucht die Wirtschaft. Das braucht der Wirtschaftsminister. Das braucht der Wirtschaftsminister wissenschaftlich verkleidet. Er wird es kriegen. Aber sind unsere Probleme durch Behebung des „Nachfragedefizits" gelöst? Nein, denn die wirtschaftlichen Fragen sind komplexer. Wie schaut es denn mit der Kapazitätsauslastung aus? Läuft die Maschinerie? Soviel Kapital wurde durch die Krise vernichtet, soviel Anlagen in Schrott verwandelt, ist es denn noch nicht genug? Törichte Frage. Seht ihr nicht die Fabriken stehen? Teure und teuerste Anlagen, oftmals 24 minus 10 gleich 14 Stunden am Tag nicht ausgenutzt. Die Arbeiter, jene unverantwortlichen, unterstehen sich, in der Zeit, in der diese Maschinerie dasteht und kostet, zu schlafen! Deutschland, erwache, besonders deutscher Arbeiter, erwache. Der Arbeiter sagt, die Schichtarbeit macht ihn krank und bringt ihn um. Deutsche Hochschule, hier hast du eine schöne Aufgabe der Aufklärung jenes für die Investitionsneigung so verhängnisvollen Irrtums. Der Arbeiter sagt, die Schichtarbeit zerstört alle seine Lebenszusammenhänge. Er soll getrost sein, das neue Scheidungsrecht wird die Ehe schon zusammenhalten.

(Fortsetzung Seite 2)



Sommerschlußverkauf: Halbjährlich, wenn eine normale Hose zerschlissen und ein Paar Schuhe aufgetragen sind, findet der Winter- und Sommerschlußverkauf statt. Hinter der aufgedonnerten Reklame der Kaufhauskapitalisten für Ladenhüter und qualitativ schlechte Artikel steckt nichts anderes als der Zwang für die Massen, dieses Zeug zu kaufen, und der Jubel der Kapitalisten, daraus ein profitables Geschäft machen zu können. Gute Ware, die das ganze Jahr über für die Bourgeoisie die Schaufenster füllt, ist auch in diesen Tagen für die Massen nicht erschwinglich. Für das schlechte Zeug aus Kunstfaser, Kunstleder usw. müssen sie sogar noch halbjährlich Schlange stehen. Die Schlußverkaufstage sind Ausdruck des elenden Existenzniveaus der Massen und der schrankenlosen Profitgier der Kapitalisten.

Gebietsreform – erweiterte Plünderung und Unterdrückung der Arbeiterbevölkerung

1971 hat die SPD-Landesregierung in Niedersachsen die Gemeindereform beschlossen, früher selbständige Gemeinden wurden zusammengelegt, zentralisiert und unter einheitliche Verwaltung gestellt. Jetzt hat die CDU-FDP-Regierung – zur Abwechslung diesmal gegen die Stimmen der SPD – mit der Kreisreform, d.h. der Zusammenlegung von Kreisen zu größeren „lebensfähigen Einheiten" den Weg der Zentralisierung des Staatsapparates weiter beschritten. Über diese „größeren Gebietseinheiten" sind in Übereinstimmung mit Regional- und Bundesplänen Subventionsmaßnahmen zur „Förderung des industriellen Wachstums", d.h. Geldspritzen in die Kassen der Kapitalisten vorgenommen worden. Gelder, die aus dem Volk über Steuern und Gebühren herausgepreßt worden sind.

Die Stadt Achim bei Bremen gehört zum „Investitionsförderungsgebiet" des Bundes. Seit 1970 haben Bund, Land und Gemeinde Industrieansiedlung in Uphusen, Mahndorf, Achim und Baden gefördert. In Uphusen/Mahndorf, einem großen Industriegebiet am Stadtrand von Bremen, direkt an der Autobahn nach Osnabrück, Hannover und Hamburg, haben die Kapitalisten für 1 DM pro Quadratmeter Land erhalten, der Anschluß an das Wassernetz wurde nahezu umsonst vorgenommen. Jahrelang bestehen besondere Steuervergünstigungen, gut ausgebaute Zufahrtsstraßen zur Autobahn waren schon fertig, bevor die Betriebe angesiedelt waren.

Örtliche Politikergrößen priesen die Gemeindereform als eine große Verbesserung für alle, für das Kapital und für das Volk. Während die Kapitalisten ihre Investitionen großzügig finanziert bekamen, mußten Arbeiter, Angestellte, Bauern und Schüler bald feststellen, daß der „Fortschritt" für sie unter anderem darin bestand, lange Anfahrtswege und -zeiten wegen jeder Kleinigkeit in Kauf nehmen zu müssen. Bei einem schlechten Busverkehrsnetz zwischen den verschiedenen Ortsteilen Achims wird jeder Weg zum Amt bald zu einer Tagesreise. Muß jemand zum Bauamt nach Achim-Baden wegen eines Kanalanschlusses, dann kann er vom Ortsteil Embsen einen ganzen Vormittag einplanen. Muß jemand aus Oyten in die Kreisstadt nach Verden, weil er seinen Führerschein verloren hat, dann kann er mit sechs Stunden Fahrt (wenn er keinen PKW hat) zur Erledigung der Angelegenheit rechnen.

Aber nicht nur Wege und Zeiten haben sich verlängert. Zur Bestreitung der Investitionshilfen für die Kapitalisten wurden die Massen kräftig geschröpft. Nach der Eingemeindung in Achim wurden unter dem Deckmantel des „Gleichheitsprinzips" verschiedene Gebührenerhöhungen durchgeführt. So z.B. 1974 eine 100prozentige und 1976 eine 10prozentige Müllgebührenerhöhung. Begründung: Die weiten Anfahrtswege der Müllabfuhr auf dem flachen Land dürften nicht auf die in den abgelegenen Gebieten wohnenden Bürger abgewälzt werden, sondern müßten von allen einheitlich getragen werden. Ähnlich wurde mit den Wassergebühren 1976 (10prozentige Erhöhung) argumentiert. Seit 1971 hat es in Achim eine ganze Reihe von Gebühren- und Preiserhöhungen gegeben, u.a. Erhöhung der Eintrittspreise im Schwimmbad um 50 %. Strompreise mehrfach um 10 und 15%, Gaspreise um 8%, Kanalanschlußgebühr von mindestens 1 500 DM, Zwangsanschluß an das Wasser- und Abwässernetz, Verwaltungsgebühren. Gegen all diese Gebührenerhöhungen hat es Kampf gegeben. 1974 wurde in öffentlichen Versammlungen mit bis zu 700 Teilnehmern die Rücknahme der Plünderungsmaßnahme gefordert, 1976 schlossen sich die Arbeiter, Angestellten und Bauern gegen die Wasserpreiserhöhung zusammen; Bauern gruben sich unsichtbare Brunnen, um nicht das teure Wasser bezahlen zu müssen. In Achim wollte ein Bauer den Stadtdirektor wegen Zwangsanschluß an die Kanalisation verprügeln. In Langwedel rief ein Beamter wegen derselben Sache unter dem Beifall der 200 Teilnehmer einer Veranstaltung auf, man soll den ganzen Gemeinderat und den Kreistag zusammen in einen Sack stecken, fest verschnüren und in der Weser öffentlich versenken.

Das Kapital hat die Verwaltung zentralisiert. Insbesondere wurde mit der Gemeindereform das Polizeiaufgebot erheblich vergrößert. Die für den Bereich Achim-Oyten-Ottersberg-Thedinghausen zuständige Polizei hatte früher insgesamt 15 Polizisten im Dienst. Mit der Gemeindereform wurde die Polizei auf insgesamt 42 aufgestockt, wovon allein 34 in Achim (früher sechs) sind. Auf 54 000 Einwohner in einem 382 qkm großen Gebiet kommt, wie Polizeikommissar Oehl, Leiter des Polizeireviers Achim, mitteilt, eine „personell gut besetzte Polizei". Ziel: Auf 1 000 Bewohner ein Polizist zur Kontrolle und Überwachung. Des weiteren wurde der Ausbau des technischen Apparates mit schnellen PKW's, Maschinenpistolen, chemical mace, Fernschreiber, Funkanlagen, Datenkartei, einheitlichem Notruf, mit dem die bessere Kontrolle erfolgen soll, vorangetrieben. Die „Notrufe" sind zentralisiert in den Wohngebieten der Arbeiterklasse; gibt es „Schwierigkeiten", ist die Polizei sofort zur Stelle. Die Einrichtung des Notrufs wird als Hilfeleistung getarnt, tatsächlich ist er ein Instrument, um bei „Gefahren", bei Auseinandersetzungen der Polizei schnelles Eingreifen zu ermöglichen. Allein 37 solcher „Notrufe" wurden aufgestellt, die eigens mit einer „Kommandozentrale" verbunden sind.

Die Massen wissen, weshalb sie gegen die Gebietsreform kämpfen.

Ein neuer Schritt auf dem Weg zum Finanzmakler Europas

SPD-Propaganda für ein imperialistisches „Solidaritätsprogramm Südeuropa" / „Leitlinien" der EG-Finanzminister

Letzte Woche trafen sich zweimal die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft. Auf der einen Tagung gab es einen standhaft geführten Streit, wer wieviel für die Finanzierung des EG-Haushaltes zahlen muß. Zum zweiten ging es um die „Anpassung der wirtschaftlichen Leitlinien in der EG". Nach Auskunft der „Neuen Züricher Zeitung" verlief die Tagung „ohne allzu tiefschürfende Diskussion". Die Europäische Gemeinschaft ist konzipiert als Völkergefängnis und Instrument der westeuropäischen Monopolbourgeois, durch gegenseitige Hilfestellung die Auspressung von Mehrarbeit auf Rekordniveau zu bringen und sich jeweils gegenseitig das Ergebnis abzujagen. Gegenwärtig befinden sich die Finanzbourgeois schon wieder oder immer noch in einer tiefen Krise. Sechs Millionen Arbeitslose sind bei den Arbeitsämtern der EG-Staaten registriert. Was wird ein Haufen Imperialisten da zu beraten haben? „Als wichtigsten Ansatzpunkt betrachtet die Kommission (deren Vorschläge gebilligt wurden) die Ankurbelung der Privatinvestitionen und die Sicherstellung ausreichend hoher Investitionen der öffentlichen Hand. Eine dauerhaft und gesunde Belebung der Investitionen setzt voraus, daß sich die bereits seit einigen Monaten abzeichnende Mäßigung des Anstiegs der direkten und indirekten Lohnkosten fortsetzt." (Neue Zürcher Zeitung, 20.7.77) So die Umschreibung für die gemeinsame feste Absicht, die Löhne unter allen Umständen weiter zu drücken und die „indirekte" Ausplünderung vermittels Steuer, Versicherung usw. ebenfalls zu steigern. *Darin* ist sich der Imperialistenhaufen einig und trachtet sich gegenseitig zu überbieten. Dennoch trügt die Langeweile. In Wirklichkeit werden die Messer gewetzt – für die Verteilung der Beute.

Insbesondere für die westdeutsche Bourgeoisie ist die EG ein Mittel, ihre Herrschaft über die eigene Arbeiterklasse hinaus auszudehnen. Um diesen Absichten weitere Erfolge zu sichern, haben die westdeutschen Imperialisten eine ganze Reihe ergänzender Interventionsinstrumente geschaffen. Die CDU hat nach Kohl nunmehr ihren Generalsekretär Heiner Geißler auf Inspektionsreise zur christlichen Bruderpartei nach Italien geschickt. Dieser hat gleich die Bildung einer „Christlichen Internationale" angeregt. Er ist angetan von der sogenannten „Sozialistischen Internationale" der sozialdemokratischen Parteien. Seit Willy Brandt mit dem Gewicht des westdeutschen Finanzkapitals im Rükken Vorsitzender dieser sozialdemokratischen Imperialistenvereinigung geworden ist, wurde sie bedeutend aufgewertet und hat bereits für allerhand Erpressungen hergehalten. Diese Taten konzentrierten sich gegen die Staaten des südlichen Europa: Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Türkei. Die Reisen der SPD-Politiker in diese Länder in den letzten zwei Jahren sind kaum noch zu zählen.

Auf seiner Sitzung am 27. Juni hat der SPD-Parteivorstand eine Vorlage seiner wirtschafts- und finanzpolitischen Kommission mit dem Titel „Vorausschauende Strukturpolitik, Vollbeschäftigung und humanes Wachstum" begrüßt und veröffentlicht. Es enthält den Vorschlag zu einem „Solidaritätsprogramm Südeuropa" nach Muster des US-imperialistischen Marshall-Planes. Wir haben darüber berichtet.

Die Sozialdemokratie, die die Regierungsgeschäfte für die westdeutsche Finanzbourgeoisie führt, macht sich Gedanken über die Forcierung der imperialistischen Expansion und der Absicherung ihrer europäischen Basis.

Ein wesentliches Mittel, um die südeuropäischen Staaten unter die Knute zu bekommen und den Mehrwert der dort ausgebeuteten Arbeiter in den westdeutschen Geldsack zu scheffeln, ist die Vergabe von Krediten an diese Länder. Sie liefern nicht nur Zins, sie dienen der ökonomischen Durchdringung und der Erpressung. Diese Politik auszudehnen, ist Ziel des SPD-Planes.

In einem Interview mit der Deutschen Welle hat das Vorstandsmitglied Wolfgang Roth den Plan ausgeführt. Freimütig gab er zu , daß es sich um eine Fortsetzung der Einmischung über die sozialdemokratische „Internationale" handelt: „Ja, ich glaube, daß es die logische Folge dieser früheren Bemühungen ist. Wir haben ja damals versucht, in aller Zurückhaltung ... zu helfen, daß die demokratischen Parteien, vor allem die uns nahestehenden Sozialisten oder Sozialdemokraten unterstützt werden. (...) Ich finde es nur logisch, wenn wir jetzt die Hilfe auf staatliche Ebene heben und mithelfen, ... denn auf Dauer hält sich ja keine parlamentarische Demokratie ohne daß es eine soziale Demokratie wird." Für den ehemaligen Juso-Vorsitzenden ist es „logisch", daß die SPD mit Hilfe des imperialistischen Staatsapparates alles unternimmt, um die Diktatur der Bourgeoisie – in Form der parlamentarischen Demokratie – gegen die Revolution zu verteidigen , und die Ausbeutung fremder Völker besorgt. Erfahren im Volksbetrug führt er aus: „Es ist nicht etwa der Versuch eines mitteleuropäischen, nordeuropäischen Imperialismus auf wirtschaftlichem Gebiet ... Ich bin der Auffassung, daß wir hier versuchen müßten, eine internationale Bank zu gewinnen, die die Verwaltung (des Kreditfonds) übernimmt." Triefend vor geheuchelter „Hilfsbereitschaft" gibt der Ex-Juso Roth von sich, was ihm das Finanzkapital auf den Weg gegeben hat. Im Geschäftsbericht der Commerzbank steht: „Wir begrüßen es, wenn Währungshilfen an einzelne Länder vorzugsweise über internationale Institutionen gegeben werden, deren Kredite an stabilitätspolitische Auflagen gebunden sind. Der Druck zur Selbstheilung ließe sich noch verstärken, wenn dabei – jedenfalls von den Industrieländern – marktnahe Zinsen gefordert würden." Die „weichen" Kredite bereiten den „harten" den Boden, über Wucherzinsen ziehen die Gläubiger den Profit ab. Gierig hat eine dieser internationalen Banken den SPD-Vorschlag aufgeschnappt.

Anfang Juli hat sich Professor Alexandre Lamfalussy von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) auf einer Podiumsdiskussion der Dresdner Bank in Luxemburg geäußert. „Wenn einige Länder wegen ihrer Defizite keinen *Bankkredit* mehr bekommen, dann wäre es unklug, sie im Anpassungsprozeß unter Druck zu setzen, schon im Interesse *erwünschten politischen Gleichgewichts,* so z.B. im Mittelmeerraum. *Diese* Frage der politischen Ausgewogenheit bei solchen Ländern könne *nicht* von den Geschäftsbanken gelöst werden, deshalb müßten *andere* Formen der Finanzierung ermutigt werden." Der Mann weiß, wovon er spricht. Als Banker kennt er die Möglichkeit des Kredits. Er sagt, wenn die Geschäftsbanken sich wegen zu großem Geschäftsrisiko zurückziehen müssen, dann sei es Aufgabe der imperialistischen Staaten, mit anderen Formen des Kredits den notwendigen Druck zur Herstellung des „erwünschten politischen Gleichgewichts" auszuüben. Eine solche „andere Form" ist der SPD-Kreditplan. Soll einer sagen, das ganze sei nicht wohl vorbereitet und abgekartet. – (Z-Red.)

Sterben „leicht gemacht"

„An die Leistungsgewährung in der Krankenversicherung werden strengere Maßstäbe hinsichtlich der medizinischen Erfordernisse gestellt", hatte Ehrenberg im Entwurf für das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz gedroht. Unter Punkt B: Lösungen steht's.

Die Finanzbourgeoisie herrscht. Die Kassen, die Versicherungen sind ihr Kapitalgeber, sie sollen sprudeln. „Leistungen" an die Arbeiter und Angestellten sind da nur hinderlich, vermindern das einsetzbare Kapital. Frisch und unverbraucht wollen sie die ausbeutbare Arbeitskraft, keine Reparaturkosten. Nichts gilt der Bourgeoisie die erste Produktivkraft, der Arbeiter, bis auf den Mehrwert, der sich aus ihm herauspressen läßt. Alte, kranke Arbeiter sind ihr tote Kosten. Zum Beispiel Alfred B., 35 Jahre hat er geschuftet für den Profit der Siemens-Kapitalisten, hat er zusammen mit seinen Klassenbrüdern die Produktion gemacht. Die Siemenskapitalisten sind dabei reich geworden. Sie haben seine Fähigkeiten und Kenntnisse, die er innerhalb der Klasse weitervermittelt hat, ausgebeutet und die Arbeitskraft bis zum letzten ausgepreßt.

Die letzten drei Arbeitsjahre „durfte" er aufgrund eines Arbeitsunfalls für einen verminderten Lohn Botengänge verrichten. Jetzt liegt er in Westberlin im Krankenhaus Moabit. Krebs ist vor Wochen festgestellt worden. Der Arzt hat ihn in eine Ecke eines Saals schieben lassen, mit der Anweisung, ihn dort liegen zu lassen, innerlich verfaulend, hilflos im eigenen Kot. Noch in dieser Lage hat man ihn isoliert von den anderen Patienten, aus Furcht vor Rebellion und möglicher Solidarität. Medikamente seien zwecklos, Pflege weitgehend überflüssig. Abgeschoben zum Verrecken, möglichst schnell. Unwürdig wollen die Bourgeois diesen Arbeiter sterben lassen. Die Krankenschwestern haben das nicht zugelassen, sie haben ihn trotz verschärfter Arbeitshetze gepflegt so gut es ging, die Anweisungen des Arztes nicht durchgeführt, sich dagegen gestemmt, Ausführungsorgan zu werden bei planmäßiger Tötung.

Das Töten wird organisiert in den Krankenhäusern und in den sogenannten Pflegeheimen. Die Krankenhausrationalisierung, die Bettenstreichungen und Krankenhausschließungen bedeuten vielfachen Mord. „Die Überdimensionierung des Bettenangebots beseitigen", nennt das der Westberliner „Gesundheitssenator" Pätzold. Gar nicht erst reinkommen sollen die Arbeiter und Angestellten in die Krankenhäuser. Im Siechenheim dahinsterben oder am besten allein zu Hause. Vielleicht wird man dann in der „BZ" lesen können: „Erst nach sechs Wochen toten Rentner gefunden."

„Strengere Maßstäbe hinsichtlich der medizinischen Erfordernisse", „Kostendämpfung". So stellt es sich Ehrenberg, der Schreibtischtäter vor. Er und seine Klasse werden für die Kosten aufkommen. Das ist sicher.

„Den Mieterschutz beweglicher machen"

Freihändler sein ist „in" bei der Bourgeoisie. Freihandel auf dem Weltmarkt gegen den Zusammenschluß der Dritten Welt, Freihandel gegen den imperialistischen Konkurrenten, der seinen Markt schließt, Freihandel auf dem Arbeitsmarkt, Einreißen aller Schranken auf der Jagd nach Mehrwert und Profit, so der Ruf der Bourgeois-Ideologen. Nun auch der Ruf, der Wohnungsmarkt müsse freier werden, der Kündigungsschutz müsse „flexibler" werden. Es wird wissenschaftlich begründet, die „Mieterschutzgesetze" hätten den privaten Wohnungsbau vergrault. Dies sei der tiefe Grund für die wachsende Wohnungsnot. Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" hat geforscht und gefunden, nur eine „*Gesundung der Renditen* im frei finanzierten Wohnungsbau" könne den Markt wieder ins Gleichgewicht bringen. Das Institut nennt auch Zahlen, wo das Gleichgewicht liegen sollte: bei 11,50 DM je Quadratmeter und Monat. Für eine Wohnung mit 80 Quadratmetern wären das dann 920 DM.

Solche Zweckpropaganda, die den Spekulanten, Siedlungskonzernen und Grundbesitzern eine goldene Zukunft erbringen soll, ist keineswegs bloß auf Wunschträume gebaut. Schon jetzt zahlt ein Arbeiterhaushalt zwanzig, dreißig oder vierzig Prozent des Lohnes für das Dach über dem Kopf weg.

Die Kapitalistenklasse besitzt nicht nur die von Arbeiterhand produzierten Produktionsmittel, sie besitzt auch weitgehend Grund und Boden. Die Arbeiterklasse wird vom Besitz an Grund und Boden ferngehalten, die grundbesitzenden Kapitalisten haben das Monopol darauf.

Sucht der Arbeiter eine Wohnung, so konkurriert er mit dem Kapitalisten, für den Grund und Boden – auch der bebaute – Hilfsmittel zur Erzielung von Profit ist. Das treibt den Mietzins in die Höhe. Und die Arbeiterfamilie wird nicht bloß durch den Arbeitsmarkt äußerst mobil gehalten, der erbarmungslose Druck der Ausgaben für eine Bleibe treibt sie laufend von hier nach dort. Im Durchschnitt wird jede Wohnung alle 14 bis 18 Monate neu belegt. Der Grund- und Hausbesitzer nutzt jeden Wechsel in seiner Wohnung zur Mieterhöhung.

Aber das reicht den Bourgeois noch nicht. Sie klagen, es sei schwierig geworden, Mieterhöhungen durchzusetzen, weil „dem Wunsch nach höherer Miete nicht mehr mit Kündigung Nachdruck verliehen werden dürfe". Die Freiheit des Raubtiers, das ungehinderte Recht des Besitzes, so der Geist der Zeit auf seiten der Bourgeoisie. Da darf das uneingeschränkte Recht der Siedlungskonzerne, mit ihren Wohnungen zu wuchern, nicht fehlen. – (Z-Red.)

„Lebendiger Staat".

Hannover. Die Regierung muß mit ihren Gesetzen schon hausieren gehen, mit einer Wanderausstsellung „lebendiger Staat" zieht sie durch die Städte. Zwei Plastiktüten voll Papier kann man sich dort mitnehmen: kalorientabellen(‚Fit statt fett'), Entwicklungshilfe, „Reform im Bildungswesen" usw. „Das bezahlen wir auch noch von unseren Steuergeldern, daß die hier ihre Scheißgesetze anpreisen", war die Meinung von vielen Besuchern. Viele haben sich allerdings nicht durch das schwarz-rot-goldene Tor lokken lassen, voll wurde es nur, wenn es Auseinandersetzungen gab, wenn die Regierung angegriffen wurde. Am Donnerstag haben sie eine Veranstaltung zur Jugendarbeitslosigkeit gemacht mit Staatssekretär, wo es Beifall gab, als die Genossin Ennker, Sekretärin des Bezirksverbandes Hannover des KBW, klar gesagt, was in diesem Schulwesen los ist, wie es den Jugendlichen geht, die eine Fünf im Zeugnis haben und zum Arbeitsamt kommen, und daß die Schule unter die Kontrolle des Volkes gehört. Dann war der Staatssekretär schnell verschwunden.

Genausowenig sind sie mit Ehrenbergs Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz durchgekommen, der gewaltsame Tod der Rentnerin Emma Lueg im Krankenhaus Siloah ist jedem bekannt, der daher rührt, daß in den Krankenhäusern bis ins letzte rationalisiert wird. Das wußten alle anwesenden Rentner zu bestätigen und es gab ziemlich Krach, als die Regierungsbüttel unsere Propagandaplakate gegen das Rentenanpassungsgesetz wieder abreißen wollten von ihrem sauberen Pavillon.

Am Samstag haben sie ein „3. Welt-Quiz" gemacht. Der Teilnehmer war ein Land der dritten Welt und mußte Fragen beantworten, wie er sich am besten von den „Industriestaaten" ausplündern und unterjochen läßt. Anschließend Diskussion mit Staatssekretär. Als er die Bühne betrat, herrschte eisiges Schweigen. „Unser gemeinsames Schicksal mit den Entwicklungsländern", davon hat er gesprochen und von den Ländern, „wo nur Erdnüsse angebaut werden, von Natur aus." Beifall gab es, als klar gelegt wurde von uns, daß die Interessen der Länder der dritten Welt denen der BRD-Imperialisten entgegengesetzt sind, und daß die Regierung überhaupt nicht für die Unabhängigkeit dieser Länder ist, sondern für das Gegenteil. Es wurden dabei 10 DM für Gewehre für die Jugend Zimbabwes gesammelt. Bei der Frage, wozu denn die Bundeswehr Landemanöver in Namibia probt und wozu wohl die Fregatten gebaut werden, war die Veranstaltung sofort beendet und der Staatsskretär verließ unter Gelächter die Bühne. „Wir brauchen auch Gewehre, anders werden wir die nicht beseitigen, zweimal haben wir die Gelegenheit nicht genutzt, haben uns von der SPD in die Irre leiten lassen. Das darf uns nicht nochmal passieren", hat ein Rentner zum Schluß gesagt.

Wirtschaftsminister Friderichs: „Fragen an die Fünf Weisen"

(Fortsetzung von Seite 1)

Und überhaupt, liegt da nicht eher das Unglück in jener veralteten und frauendiskriminiererischen Regelung, die die Schichtarbeit für Frauen einschränkt. Wenn beide Teile Conti-Schicht gehen, so kann man sich in nur einer halben Stunde ausrechnen, wie oft sie sich treffen. Die Wahrscheinlichkeit ist besser als 1 : 4, viel besser als im Lotto, und das spielen doch auch viele!

Sei dem wie es sei. Bevor die Kapazitätsauslastung nicht gestiegen ist, wird auch die Investitionsneigung nicht steigen. Die sozialliberale Koalition plant an einer Änderung der Arbeitszeitordnung. Sie erkennt ihre Verantwortung und handelt. Von den „Reformen" geht es über „Reformen, die nichts kosten" jetzt zu den Reformen, die gleich was kosten.

Dann wird es auch gelingen, die „pessimistischen" Absatzerwartungen der Kapitalisten zu zerstreuen, denn jetzt ist dieser Pessimismus immerhin verständlich.

Der Minister Friderichs will, und das ist schon was Neues, vom wirtschaftlichen Sachverstand der „Fünf Weisen" aber nicht nur das Obige gesichert haben. Er will auch noch politische Einschätzung. „Der Rat soll die Auswirkungen der verstärkten Energie- und Umweltschutzdiskussion einschätzen."

Bestimmt wird sich herausstellen, daß diese „Diskussion" mit Brachialgewalt abgestellt werden muß, wenn es mit der Wirtschaft vorangehen soll. Der Vorteil liegt auf der Hand. Die Arbeiter läßt man die Stromverteuerung zahlen. Den billigen Strom nutzen die Kapitalisten zu Rationalisierungen. Die Bauern, die dabei kaputt gehen, werden auf den Arbeitsmarkt gedrückt und drücken dort auf die Löhne. Das bedeutet ein nettes kleines Profitparadies. Diskussion darüber ist unverantwortlich, volkswirtschaftlich einwandfrei schädlich und richtet sich gegen die Arbeitsplätze. Aktion dagegen ist direkt ein Verbrechen. Alles wissenschaftlich ausgemacht.

Zusammenfassend will der Minister Friderichs wissen:

„Welche Nachfrageentwicklungen sind notwendig und möglich, um angesichts unterausgelasteter Kapazitäten und der vorhandenen Strukturen des Arbeitsmarktes schnellstmöglich zur Vollbeschäftigung zu gelangen."

Die Antwort ist vorhersehbar. Die Bourgeoisie beginnt jetzt über den Sommer hinweg die theoretische Rüstung. Wofür? Besser wogegen. Herbst und Winter stellen die Sollbruchstellen dar, an denen das Gestänge der sozialdemokratischen Einkerkerung der Arbeiterbewegung den größten Belastungen ausgesetzt ist. Da traditionell die Tarife gekündigt werden, setzt eine Vereinheitlichung der Arbeiter im Kampf um den Lohn unvermeidlich ein. Da muß die Bourgeoisie ihre Spaltungsbemühungen vervielfachen. Dafür wird gerüstet.

Wenn sich die Gegensätze der kapitalistischen Produktion steigern, dann ist es nicht mehr möglich, daß die Arbeiterbewegung ihren erkämpften Lohn und die erkämpften Arbeitsbedingungen bloß verteidigt. Man kann eine Arbeitsordung, die den Normalarbeitstag bloß als Fiktion, als eine Illusion vorsieht, nicht verteidigen. Nicht dann, wenn die Kapitalisten ernst machen, die Schichtarbeit ausdehnen, zur Überstundenarbeit zwingen, weil ihnen der Arbeitsmarkt das gestattet. Da ist man doch schon gespalten, bevor man antritt. Es geht bloß noch in Richtung nach vorne oder eben zurück.

Genauso mit dem Lohn. Wie soll man mit einer Lohnforderung antreten, die einen Teil der Arbeiter zu Hungerleidern macht, die einem frühen Tod entgegengetrieben werden?

Es müssen *hohe* Lohnforderungen sein. Diese Lohnforderungen müssen für die neuen Tarife mindestens auf 200 DM auf den Monat hinauslaufen, eher auf 220 DM oder 230 DM. In verschiedenen Belegschaften ist man sich heute schon einig, daß 60 Pfennig sofort her müssen. Genauso müssen politische Forderungen auf einem hohen Niveau aufgestellt werden. Die Kapitalisten, die bürgerliche Gesellschaft bezeichnet den gegenwärtigen Zustand der Profitschinderei als „verhaltenen Aufschwung". Bereits in diesem „verhaltenen Aufschwung" kommen die Wirkungen der gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen der Verwertung der Arbeitskraft grausam heraus. Das ist bei Renten und Krankenversicherungen so. Das ist bei der Arbeitslosenversicherung so. Das ist da so und das ist dort so. Diese gesetzlichen Regelungen lassen sich gar nicht verteidigen. Ohne politische Einheit über politische Forderungen, die den Interessen der Arbeiterklasse genau, kompromißlos entsprechen, ist kein Kampf mehr möglich.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3 406. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 30 / 1977: 32 000

Die Imperialisten wollen in Genf die Interessen der arabischen Völker verschachern

Begin bei Carter / PLO bekräftigt Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes

Begin war in Washington zu Gesprächen mit Carter, und schon kurz nach seiner Ankunft hörte man, daß die Genfer Konferenz nach Meinung Carters schon im Oktober dieses Jahres stattfinden soll.

Sadat hat am Montag der letzten Woche geäußert, daß er ebenfalls für eine Friedenslösung im Nahen Osten sei. Das ZDF meldete:

„Der Staatspräsident Sadat hat noch einmal seine Bereitschaft bekräftigt, Israel als einen Staat im Nahen Osten anzuerkennen.“

Man weiß noch. Sadat war vor einigen Monaten in Washington. Alle Imperialisten sprachen von einem Marshal-Plan, der für Ägypten jetzt anstünde. Ägypten ist sowohl bei den Sozialimperialisten als auch bei den US-Imperialisten verschuldet. Auch die westdeutschen Imperialisten beuten ägyptische Arbeitskräfte aus und sind Gläubiger beim ägyptischen Staat.

Nachdem Sadat abgereist war, hörte man erst nichts mehr von dem Marshall-Plan. Man hörte nur, daß auch die US-Imperialisten nach den Sozialimperialisten es ablehnten, dem ägyptischen Staat Waffen zu liefern.

Der Besuch Begins, der Besuch Sadats und auch der Besuch Husseins ließ Carter die Sache so einschätzen, daß die Lage jetzt reif genug ist, um am Verhandlungstisch über die Interessen der arabischen Nation zu schachern. Schon im Vorfeld des Begin-Besuchs und vor allen Dingen nach der Wahl Begins ist man mit den Sozialimperialisten übereingekommen. Die treten ebenfalls für eine Friedenslösung ein, die die arabischen Staaten zur Anerkennung des Staates Israel zwingen soll.

Die Imperialisten rechnen: Der Zionistenstaat ist bis oben hin gerüstet. Vor seiner Reise nach Washington protzte Begin vor der Imperialistenpresse:

„Seit Ende des Jom-Kippur-Krieges verfüge Israel vor allem durch amerikanische Waffenlieferungen über eine Luftwaffe, deren Stärke der Englands und Frankreichs entspreche, seine Gesamtzahl an modernen Panzern mache gut die Hälfte der gesamten Panzerbestände der NATO aus. Israel habe heute, selbst wenn ihm Amerika, was moralisch kaum denkbar sei, weitere Waffenhilfe versage, militärisch zureichende Ausrüstung für eine Kriegsdauer von 12 bis 18 Monaten.“ (FAZ, 18.7.)

Weiter berichtete die FAZ, daß der Generalstabschef der Zionisten Gur erklärt habe, daß die Zionisten stark genug seien, um sich im Rahmen einer Friedenslösung aus besetzten arabischen Gebieten zurückzuziehen.

„Vor den Delegierten der Zionistischen Organisationen erklärte am Dienstag Gur in Tel Aviv, das Land müsse stark genug bleiben, um ‚so wie heute politische Risiken auf uns nehmen zu können.‘ Sollte es zu einem Krieg im Nahen Osten kommen, müsse Israel einen entscheidenden Sieg anstreben.“

Diese Lage spricht dafür, im Oktober nach Genf zu gehen. Denn diese Lage bringt die arabischen Staaten unter Druck. Weiter scheint den Imperialisten dafür zu sprechen, daß die Verschuldung einiger arabischer Staaten jetzt hoch genug ist und ihre Spaltungsbemühungen, die ja jetzt schon Früchte gezeigt haben, in Genf erweitert werden müssen. Was spricht dagegen, daß sie Erfolg haben werden? Was spricht dagegen, daß es ihnen gelingen wird, die Existenz der imperialistischen Streitmacht Israel im Nahen Osten zu festigen, die arabischen Staaten zu seiner Anerkennung zu zwingen und eine Zerschlagung der PLO durch Kasernierung und vollständige Kontrolle durch die Zionisten einzuleiten?

Dagegen sprechen die Interessen der arabischen Staaten. Dagegen spricht die zunehmende Festigung der PLO! Dagegen sprechen die Interessen der arabischen Nation und der arabischen Völker.

Die PLO hat auf dem 13. Nationalrat in ihrem Abschlußkommuniqué beschlossen:

„Der Nationalrat, in Anbetracht aller täglichen Maßnahmen des zionistischen rassistischen Gebildes in Form von Aggressionen, erklärt unserem Volk, unserer Nation und der ganzen Welt, daß die Erreichung eines gerechten Friedens in diesem Raum noch zahlreiche Kampftage verlangt, daher gibt es keinen anderen Ausweg als den Kampf für die Befreiung aller arabischen Gebiete. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt, daß die Erreichung eines solchen Zieles den Wiederaufbau und die Befestigung der nationalen Einheit auf der palästinensischen Ebene verlangt und die Erweiterung des bewaffneten Widerstandes, um den Massenwiderstand gegen die Besatzung, die Mobilisierung aller arabischen Kräfte durch eine einheitliche arabische Haltung zu erreichen.

Er bekräftigt in diesem Zusammenhang die Bande insbesonders mit den arabischen Frontstaaten und den übrigen arabischen Staaten. Der Weg zur Erreichung eines solchen Zieles auf internationaler Ebene ist die Verstärkung des politischen Kampfes in Zusammenarbeit mit der Dritten Welt, der islamischen Welt und den sozialistischen Staaten, um das zionistische Gebilde zu isolieren. Revolution bis zum Sieg!“

Das Haupthindernis dafür, daß die Rechnung der Imperialisten, im Oktober nach Genf zu gehen, um dort einen Durchbruch zu erreichen, aufgeht, ist die Bewußtheit darüber, daß der bewaffnete Kampf geführt werden muß gegen die Imperialisten und daß die Befreiung der Völker vom Imperialismus nur so vorankommen kann.

Für die Imperialisten sind diese Konferenzen nichts als die Oberfläche, unter der sie ihre Kriegsvorbereitungen intensivieren und neue Aggressionen planen.

Umgekehrt sind diese Verhandlungen seitens der Völker eine Kampfform, die sie nutzen können, um gegenüber den Völkern der Welt ihre Interessen darzulegen und den Imperialisten auch an dieser Front entscheidende Schläge zu versetzen.

Die Grundlage, um diese Konferenzen nutzen zu können, ist jedoch die Forcierung des bewaffneten Kampfes. Die Herstellung der Einheit im Kampf gegen die Aggressoren. Die PLO hat sich in den letzten Monaten gefestigt. Im Südlibanon hat sie ein Gebiet, von dem sie aus operieren kann. Auf der 12. Sitzung des Nationalrats wurde die Einheit der palästinensischen Organisationen bekräftigt und die Voraussetzungen für die Einheit mit den arabischen Staaten verbessert.

Umgekehrt ist der Hebel der Aggression der Imperialisten, der Zionistenstaat, zwar hochgerüstet, aber innerlich zerrissen und vollkommen unsolide. Im letzten Jahr wies Israel ein Zahlungsbilanzdefizit von 7 Milliarden DM auf. Erst letzte Woche hat der Zionistenstaat sein israelisches Pfund abwerten müssen. Das hat Preissteigerungen bei den Lebensmitteln um 25 % nach sich gezogen. Das wird zu einer Verstärkung der Kämpfe der unteren Klassen in dem Siedlerstaat führen. Schon im Jahr 1976 waren die Streiktage doppelt so hoch wie 1975.

Das Menschenmaterial, das gebraucht wird, um die Waffen der Imperialisten gegen die arabischen Staaten und gegen die PLO zu führen, ist zwar da, wird aber nur durch brutalste Unterdrückung an den Waffen gehalten, während auf der anderen Seite die Massen kämpfen und wissen, daß von dem bewaffneten Kampf, den sie führen, ihre und die Freiheit der gesamten arabischen Nation abhängt und daß ein Verzicht auf den bewaffneten Kampf Versklavung, Ausbeutung und Ausplünderung ihres Landes bedeutet.

Die Aussicht, längerfristig spalten zu können, ist für die Imperialisten schlecht, und um die Aussicht, im bewaffneten Kampf mit Truppen, die nicht für ihre Interessen, sondern für die Interessen von Unterdrückern kämpfen, ein Volk zu besiegen, das im jahrzehntelangen Kampf Erfahrungen gesammelt hat und trotz Niederlagen nicht von seinem Ziel abgewichen ist, sind noch schlechter. – (Mi-Red)



PLO: „Die Erreichung eines gerechten Friedens in diesem Raum verlangt noch zahlreiche Kampftage“

Nach der Dollarabwertung wetzen die westdeutschen Kapitalexporteure das Messer

Pünktlich zum Empfang des westdeutschen Bundeskanzlers in den USA haben die USA-Finanzbourgeois einen Schlag gegen die Weltmarktanteile der westdeutschen Imperialisten eröffnet. Am Dienstag Abend, 12. Juli, warfen sie an der Devisenbörse in New York, dem Hauptquartier der amerikanischen Monopolkapitalisten, einige hundert Millionen Dollar auf den Devisenmarkt und bewirkten so einen Kursverfall des Dollar. Der Vorgang setzte sich an allen Devisenmärkten fort. Inzwischen hat die amerikanische Währung mit etwa 2,26 DM je Dollar den tiefsten Kurs seit je erreicht. Vergeblich hatte die westdeutsche Bundesbank einige Tage versucht, durch Aufkauf der auf den Devisenmarkt geworfenen Dollars für einige hundert Millionen Markt die Abwertung des Dollar und die Aufwertung der DM im selben Maße zu verhindern.

Durch die Aufwertung der DM werden sich die westdeutschen Warenexporte gegenüber den US-amerikanischen verteuern und weniger konkurrenzfähig sein. Die Kapitalisten werden diese Vorgänge nutzen, um die Arbeiter zu noch mehr Arbeit für noch weniger Lohn aufzufordern. Mit ihrem Amtsantritt betreibt die Regierung Carter das Projekt, die westdeutschen Imperialisten gefügiger zu machen, um sich verlorene Weltmarktanteile wieder zurückzuholen und das eigene Bedürfnis auszurichten auf die Front gegen die sozialimperialistische Supermacht. Mehr als zweimal die Woche erklärte ein Beamter der USA-Regierung irgendwo, die westdeutschen Imperialisten wie auch die japanischen müßten ihre Währungen gegenüber dem Dollar verteuern, weil sie sonst die Konjunktur in den USA kaputtmachten. Stattdessen sollten die BRD-Imperialisten mehr Waren aus den USA kaufen. Die USA, die 1971 zum ersten Mal in diesem Jahrhundert mit einem Defizit in ihrer Handelsbilanz abschlossen, rechnen in diesem Jahr mit einem Rekorddefizit. Die alte Herrlichkeit des USA-Imperialismus ist schwer angeschlagen und dies bleibt nicht ohne Wirkung. Die westdeutschen Imperialisten konnten in der letzten Zeit Erfolge in der Steigerung der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse erzielen, die anderen Imperialisten vor Neid erblassen lassen.

Es kommt hinzu, daß diese relativ höhere Ausbeutung eine Kredit- und Wirtschaftspolitik erlaubt, die gegenüber den anderen Imperialisten eine geringere Inflation bewirkte. So verbilligten sich die westdeutschen Waren in der Vergangenheit gegenüber den Waren anderer Länder. Die BRD-Imperialisten konnten in neue Märkte eindringen, alte Konkurrenten verjagen, weil sie billiger liefern konnten und trotzdem noch einen ansehnlichen Profit machten. Ein hoher Überschuß in der Handelsbilanz war die Folge. Zwar werden damit dem westdeutschen Markt Waren entzogen, aber die Kapitalisten haben ihren Profit davon, ist ihnen der innere Markt doch längst zu eng geworden.

Im Zuge des Warenhandels fließt natürlich in jeweils umgekehrter Richtung Geld verschiedener Länder und bildet die Manövriermasse für einen raschen Schlag am Devisenmarkt. Grundlage für die Schlachten am Devisenmarkt ist die ungleichmäßige Entwicklung in den verschiedenen imperialistischen Ländern und die Jagd der Imperialisten nach Höchstprofit. Der eine sucht den anderen auszustechen.

Kurz vor dem Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in den USA hatte der Finanzminister der USA-Regierung, Blumenthal, ein Interview im „Handelsblatt“ gegeben. Er eröffnete es mit dem Hinweis, daß die *Priorität* der USA-Regierung nicht darin liege, den westdeutschen Bourgeois zu sagen, was sie zu tun hätten. Ob nun im konkreten Fall die Priorität auf der Planung gemeinsamer Verbrechen lag, oder die Priorität im Streit um die erzielte Beute, Tatsache ist, daß das Bündnis zwischen der USA-Supermacht und den BRD-Imperialisten ein Bündnis von Verbrechern ist, und auch nach den für solche Vereinigungen üblichen Grundsätzen funktioniert. Wahrscheinlich wußte Blumenthal zum Zeitpunkt des Interviews bereits von der Aktion am Devisenmarkt, die den BRD-Imperialisten einen Teil der Beute aus ihrem Exportüberschuß abjagen sollte. Kurz zuvor noch hatte er auf einer OECD-Konferenz in Paris erneut die Aufwertung der DMark gefordert. Mit den Operationen am Devisenmarkt wurde diese Aufforderung durchgesetzt.

Die Reaktion der westeuropäischen und besonders westdeutschen Kapitalisten war tief empört. Washington ginge nun zum Diktat über, hieß es. Die westdeutschen Imperialisten sind wie sonst fast keine Kapitalistenklasse vom Weltmarkt abhängig. Keines der großen imperialistischen Länder exportiert einen so hohen Anteil seiner Industrieproduktion, und sind daher die Kapitalisten so sehr auf den Weltmarkt für die Realisierung ihres Profits angewiesen. Allein der Warenexport konnte die Produktion in der letzten Zeit etwas beschleunigen. Im Jahre 1976 erlösten die westdeutschen Imperialisten für ihren gesamten Export, in Dollar gemessen, 102 Milliarden Dollar. Dafür bekamen sie im Verkauf des Dollar gegen DM 256 Milliarden DM. Nach dem abgewerteten Dollar-Kurs vom letzten Dienstag hätten sie dafür noch 230 Milliarden Mark bekommen, also rund 26 Milliarden Mark an Profit werden den westdeutschen Imperialisten beim Warenexport verglichen mit den Verhältnissen 1976 verloren gehen. Sie werden mit solchen Rechnungen in die Fabriken gehen und verlangen, daß die Arbeiter zum Zwecke der Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit noch mehr „Zurückhaltung“ bei Lohnforderungen üben sollten. Dabei sind die Kursverschiebungen am Devisenmarkt überhaupt Ergebnis der zuvor erhöhten Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Imperialisten gegenüber den USA-Imperialisten. Gegenseitig konkurrieren die Kapitalistenklassen verschiedener Länder darum, wer aus seinen Arbeitern mehr herauspressen kann.

Kapitalexport USA – BRD

Prozent 1970 gleich 100

	BRD insges. Mio DM,	BRD nach USA	USA insges. Mio US-D	USA in BRD Mio DM	% BRD insges.	BRD nach USA	USA in BRD
1970	21113	1795		9887	100,0	100,0	100,0
1971	23780	2095	83033	11850	112,6	116,7	119,8
1972	26596	2234		13311	125,9	124,9	134,6
1973	32235	2605	103675	15254	152,6	145,1	154,3
1974	36745	3479	118819	16512	174,0	193,8	167,0
1975	41991	4227	133168	17134	198,9	235,5	173,3
1976	47048	5366		17560	222,8	298,9	177,6

In Wirklichkeit werden die Bourgeois so traurig nicht sein. Denn was ihnen im Warenexport an Nachteil entsteht, entsteht ihnen zum Vorteil beim Kapitalexport. Für die USA ist es umgekehrt, aber für sie geht es im Augenblick vor allem um eine Ausweitung des Warenexports. Ihre Tochterunternehmen außerhalb der USA in aller Herren Länder erzielen immerhin einen Umsatz, der das Bruttosozialprodukt Westdeutschlands deutlich übersteigt. Die im Ausland erzielten Profite sind so gewaltig, daß die USA-Monopole das in Kauf nehmen. Und die westdeutschen Imperialisten können jubeln. US-Waren werden billiger für sie. Und da die Arbeitskraft im Kapitalismus ebenfalls eine Ware ist, die sie für Lohn kaufen und dann benutzen, werden die amerikanischen Arbeiter billiger und werden die Produktionsanlagen billiger. Daher werden die westdeutschen Bourgeois den Schlag gegen ihren Warenexport beantworten mit einer Steigerung des Kapitalexports, wo immer Arbeitskraft und Fabriken für Dollar zu haben sind. VW hat den Weg in die USA schon eingeschlagen, Daimler-Benz ist dabei, sich über die LKW-Produktion auf dem US-Markt einzukaufen. Vorletzte Woche ging es durch die Presse, daß nunmehr auch Siemens eine Fabrikation in den USA aufnimmt. „Siemens nimmt Uncle Sam's Riesenmarkt in Angriff“, so bläst die „Welt“ zu diesem Vorstoß.

Der größte Teil des westdeutschen Kapitalexports geht in die USA, ins Herz des größten Konkurrenten. Für neue Vorstöße müssen riesige Kapitalmengen angesammelt werden. Sie werden aus den westdeutschen Arbeitern herausgepreßt und die Kapitalisten werden zum zweitenmal auftreten, nicht nur die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt müsse erhöht werden, jetzt müsse auch der Markt gehalten und erweitert werden. Dazu sei aber Kapitalexport unumgänglich. Daher sei doppelte Arbeitsleistung für den halben Lohn nötig. Man kann sicher sein, daß solche verrückten Aufrufe seitens der Kapitalisten in Zukunft noch häufiger ergehen werden. Sie werden aber auch besser durchschaut werden. – (Z-Red.)

Das Investitions- und Rüstungsprogramm. Einführung des Arbeitsdienstes und Vorbereitung des imperialistischen Krieges

Viel hat die Bundesregierung im letzten halben Jahr getan „zum Nutzen der Arbeitsplätze“, wie sie sagt:

– Im November hat sie ein „*Arbeitsmarktpolitisches Programm*“ beschlossen. Hauptsächlich diente es der „Förderung der Mobilität“ der Arbeiter, des Einsatzes der zu verkaufenden Arbeitskraft an jedem Ort, ganz nach Belieben des kaufenden Kapitalisten. Gleichzeitig wurden „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ „verstärkt gefördert“: „Im Jahresdurchschnitt wird die Beschäftigung von über 30 000 Arbeitslosen (insbesondere längerfristig Arbeitslosen, Älteren, Angestellten) ermöglicht“, heißt es in dem Programm.

– Im März hat die Bundesregierung das „*Programm für Zukunftsinvestitionen*“ verabschiedet. 13,72 Milliarden sollen bis 1980 „zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge“ ausgegeben werden. Gemeint sind damit vor allem Straßen-, Eisenbahn- und Kanalbau (über 700 Millionen), Abwässerbeseitigung, Wasser-Notversorgung, unter anderem der Versuch der Entgiftung des Rheins (840 Millionen), Fernwärme und sonstige Energieversorgung (über 700 Millionen), „Verbesserung der Wohnumwelt“, was zum Beispiel „Infrastrukturmaßnahmen in städtischen Innenbereichen“ meint. Die Liste der profitbringenden Maßnahmen ist noch länger.

– Im Mai wurden „*Maßnahmen zur Stützung der Bauwirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*“ beschlossen. Dazu gehört die Förderung der Baukapitalisten, sofern sie Wohnungen bauen lassen; die „Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld bei Sperrzeiten“ wie auch Förderung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der „Mobilität“ in der Lohnsenkung; nämlich: „Keine Verminderung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld bei Teilnahme an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder vorübergehender Ausübung einer minderbezahlten Tätigkeit.“ Schließlich: „Einstellung von 1 600 zusätzlichen Bediensteten durch die Arbeitsämter zur Verbesserung der Vermittlungs- und Beratungstätigkeit.“ Schließlich müssen die Arbeitslosengeldkürzungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen usw. auch *durchgeführt* werden.

– Im Juni hat die Bundesregierung *Rüstungsaufträge* für über zwölf Milliarden Mark vergeben, darunter die Fregattenbauten, der Leopard II und Panzerabwehrhubschrauber.

Die Bourgeoisie hängt sich das Schild der „Arbeitsplatzsicherung“ um. Wenn sie auf den Betrug hereinfällt, hat die Arbeiterklasse den Kampf gegen das *Ziel* dieser Maßnahmen schon halb verloren. Denn worum geht es bei „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“, „Zukunftsinvestitionen“ und Rüstung?

Der *Zweck* ist der Höchstprofit. Fieberhaft ist der Expansionsdrang der westdeutschen Imperialisten. Der Zusammenstoß mit der Konkurrenz wird heftiger. Billige Energie! rufen die Kapitalisten und meinen ein Mittel, um den Fall der Profitrate wenigstens kurzzeitig zu bremsen und so den Konkurrenten auszustechen. Autobahnen, Häfen! Transportkosten sind teuer, und ohne Autobahnnetz kann der westdeutsche Imperialismus schwerlich den Handelskrieg gegen die westeuropäischen Konkurrenten führen und hätte ihn auch nicht schon zum Teil gewinnen können. Und daß für die Kriegführung der Imperialisten Straßen und Autobahnen, Häfen und Kanäle unbedingt nötig sind, ist spätestens seit Hitlers Autobahn-Programm bekannt.

Dem Handelskrieg dienen auch die Rüstungsmaßnahmen. Für den Kapitalisten beruhigende Wirkung können Fregatten von fremden Hafeneinfahrten, zum Beispiel der Dritten Welt, haben. Und wie nützlich ist es, sie zu besitzen, wenn man z.B. um die Ausbeutung der Fischgründe konkurriert. Herabdrückung der *Kosten* für die Kapitalisten, also bessere Bedingungen für den Handelskrieg, das ist eine Seite des Investitions- und Rüstungsprogramms. Direkte Vorbereitung auf die militärische Austragung der Konkurrenz um die Beherrschung von Arbeitern und Produktionsmitteln die andere.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ist eine entschiedene Stütze dieser imperialistischen „Zukunftsinvestitionen“ und „Arbeitsbeschaffungsprogramme“. Die Bourgeoisie will über die Arbeiteraristokratie die ganze Arbeiterklasse für dieses Programm gewinnen:

„Ihr Abbau (der der ‚strukturellen Arbeitslosigkeit‘, KVZ-Red.) verlangt spezielle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie sie die Bundesregierung in ihrem Arbeitsmarkt-Programm bereits eingeleitet hat“,

heißt es in der „Welt der Arbeit“ über das „Programm für Zukunftsinvestitionen“. Allerdings seien 13,7 Milliarden zuwenig, um den „inzwischen eingetretenen Wachstumsrückstand“ aufzuholen. Dazu brauche man 12 Milliarden und mehr jährlich.

„Da jedoch weder der Kapitalmarkt noch vor allem die wirtschaftlichen Kapazitäten ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in der rechnerisch benötigten Größenordnung zulassen, ist es einzubinden in ein Bukett weiterer Maßnahmen, die teils die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes verbessern, teils ihn entlasten. Dazu gehören die bereits durchgeführten Umschulungs- und Mobilitätshilfen. Über weitere Maßnahmen ist noch – auch mit dem Mut zum Unkonventionellen – nachzudenken.“ (Welt der Arbeit, 8. April)

Ehrenberg hat der Arbeiterklasse ein „Bukett weiterer Maßnahmen“ serviert. Das „Arbeitsvermittlungsförderungs- und -erleichterungsgesetz“ wurde inzwischen im Bundesrat gebilligt. Die Ausleihe von Bahnarbeitern unter öffentlichem Dienstrecht an die Automobilkapitalisten ist erwogen. Die Zivildienstleistenden werden kaserniert und „umfassender“ eingesetzt. Alles dies sind Maßnahmen, die der weiteren Verschärfung der Ausbeutung und der Kriegsvorbereitung dienen.

Nur durch die Verschärfung der Ausbeutung konnte die westdeutsche Kapitalistenklasse, die nicht über alten Kolonialbesitz oder Neokolonien verfügt, die nicht nur große Naturreichtümer im eigenen Land hat, die Expansion bestreiten. Jetzt, wo sie auf neuer Stufe in der Konkurrenz stehen, kann die Ausbeutung nur weiter verschärft werden, wenn eine umfassende Entrechtung der Arbeiter gelingt. Geschaffen werden soll ein Arbeitsdienst – als rechtlose Arbeiterarmee, jederzeit einsetzbar gegen Streiks, als Sturmtruppe der Bourgeoisie. Die Voraussetzungen hat das neue Wehrdienstgesetz gelegt. Geschaffen werden sollen in weiten Bereichen der Industrie rechtlose Verhältnisse; wie auf den Werften, die die Fregatten bauen werden: Der MAD läßt bei HDW in Kiel Fragebogen ausfüllen, in denen der Aufenthalt in den letzten zehn Jahren, die Mitgliedschaft in „verfassungswidrigen“ „kommunistischen oder sonstigen links- oder rechtsradikalen Parteien“ erfragt wird und der Arbeiter am Schluß drei Personen („Verwandte und Untergebene sind nicht anzugeben“) aufschreiben muß, die „Auskunft über die persönlichen Verhältnisse geben können“. Nicht umsonst werden die Fregatten auf fünf und nicht auf einer Werft gebaut. Fünf Belegschaften statt einer, die sich gut auskennt mit der Montage dieser Waffensysteme, fünf strategisch wichtige Betriebe statt einem, den der MAD überwachen kann.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung unterstützt bewußt diese Politik. Auf der gleichen Seite, auf der wir von der Lobgesang auf das Investitionsprogramm lesen können, warnt die „Welt der Arbeit“ davon, „Arbeit leichtfertig“ abzulehnen, wenn sie „nach dem Gesetz als zumutbar gilt“. Heinz H. „hatte eine Arbeit abgelehnt, wo er nur nach Tarif entlohnt worden wäre. (...) Pech für ihn: Das Arbeitsamt sperrte das Arbeitslosengeld“.

Das „Pech“ ist Ergebnis planmäßiger imperialistischer Politik. Festhalten muß man: „Unkonventionell“ waren die Maßnahmen Ehrenbergs nicht. Mit den „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ und dem Zweck ihrer Veranstaltung hat die Arbeiterklasse Erfahrungen. Herauskommen soll schließlich Zwangsarbeit in der Kriegsproduktion. Anders als durch die proletarische Revolution können die Imperialisten nicht gehindert werden, ihre Absichten durchzusetzen. – (Z-Red.)

Gesetze der Bourgeoisie für die Zwangsarbeit

Beispiele:

Art. 12 a GG

„(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden: (...)

Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.

(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. (...)“

Arbeitssicherstellungsgesetz.

„§ 2 Für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung kann nach den Vorschriften dieses Gesetzes
1. das Recht zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Männern vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundsechzigsten und von Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr beschränkt werden,
2. ein Wehrpflichtiger in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden, (...)

§ 103 Arbeitsförderungsgesetz

„(1) Der Arbeitsvermittlung steht zur Verfügung, wer
1. eine zumutbare Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausüben kann und darf sowie
2. bereit ist, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, die er ausüben kann. (...)

Der Arbeitsvermittlung steht nicht zur Verfügung, wer (...)
3. wegen seines Verhaltens nach der im Arbeitsleben herrschenden Auffassung für eine Beschäftigung als Arbeitnehmer nicht in Betracht kommt.

(1a) Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit sind die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes, die Interessen der Gesamtheit der Beitragszahler und die des Arbeitslosen zu berücksichtigen. Beschäftigungen sind nicht allein deshalb unzumutbar, weil
1. sie nicht der bisherigen beruflichen Tätigkeit des Arbeitslosen entsprechen,
2. der Beschäftigungsort vom Wohnort des Arbeitslosen weiter entfernt ist als der bisherige Beschäftigungsort oder
3. die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als bei der bisherigen Beschäftigung, insbesondere lediglich der tarifliche Arbeitslohn gezahlt wird oder im Vergleich zur früheren Beschäftigung übertarifliche Zuschläge oder sonstige Vergünstigungen entfallen.“

§ 25 Bundessozialhilfegesetz

„(1) Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt.

(2) Die Hilfe kann bis auf das zum Lebensunterhalt Unerläßliche eingeschränkt werden, (...)
3. bei einem Hilfesuchenden, der sein Arbeitsverhältnis gelöst oder durch sein vertragswidriges Verhalten Anlaß für die Kündigung des Arbeitgebers gegeben hat. (...)
§ 26
(1) Weigert sich jemand trotz wiederholter Aufforderung beharrlich, zumutbare Arbeit zu leisten, und ist es deshalb notwendig, ihm oder einem Unterhaltsberechtigten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt zu gewähren, so kann seine Unterbringung zur Arbeitsleistung in einer von der zuständigen Landesbehörde als geeignet anerkannten abgeschlossenen Anstalt nach den Bestimmungen des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen (...) angeordnet werden. (...)“

§ 26 BSGH wurde 1974 zunächst aufgehoben, weil „für die Unterbringung geeignete Einrichtungen in den Ländern nicht vorhanden seien“. Bereits am 15.12.1970 hatte aber das Bundesverfassungsgericht diese Vorschrift für verfassungskonform und damit für zulässig erklärt. Die Zwangsarbeitsanstalten sind also vorhanden oder werden gebaut.

Übersicht über Rüstungsprojekte der Bundeswehr

Name	Art der Waffe	Beschaffung	Zahl	Stückpreis	Gesamt	Hersteller
Heer						
	Neues Sturmgewehr	in Planung		–	–	–
Leopard II	Kampfpanzer	1977 – 86	1 800	3 Mio.	6 – 7 Mrd.	Kraus-Maffei
Gepard	Flakpanzer	1976 – 1980	420	6 Mio.	2,5 Mrd.	(Generalunternehmer)
Roland	Flak-Raketenpanzer	bis 1978	200			(Generalunternehmer)
Transportpanzer 1		Erprobung	etwa 1000	–	–	–
Luchs	Spähpanzer	1976/77	408	0,735 Mio.	300 Mio.	Thyssen-Henschel
HOT	Panzerabwehrrakete (Abschußanlage)		750		300 Mio.	Euromissile
BO 105 M (PAH 1)	Panzerabwehrhubschrauber		212		858,6 Mio.	Messerschmidt-Bölkow-Blohm
HOT	Panzerabwehrrakete (Flugkörper)	ab 1977	7 560	35 000 DM	265 Mio.	
TOW	Panzerabwehrrakete	7 000 Flugkörper	350 Abschußanlagen			Nord-Aviation (France) Messerschmidt-Bölkow-Blohm
Wiesel	Luftlandepanzer	in Erprobung, geplant ab 1980	–	–	–	Porsche
Lance	Artillerierakete					
Milan	Panzerabwehrrakete	bis 1981	2500Abschußanlagen 40 000 Flugkörper			Nord-Aviation (France) Messerschmidt-Bölkow-Blohm
Feldhaubitze 70	Artilleriekanone	in Erprobung, ab 1983	216	1,57 Mio.	340 Mio.	u.a. Rheinmetall
FüSysH80	„Führungssystem des Heeres“ 80 – Gefechtssteuerungssystem auf EDV-Grundlage	in Planung	–	–	–	–
Marine						
Fregatte 122		1981 – 86	12, zunächst 6		2,5 Mrd. (6)	5 Werften (Vulkan-WerftGeneralunternehmer)
Troika	Minensuchboote	ab 1978	6 Umbauten	54,3 Mio.	326 Mio.	
Luftwaffe						
MRCA Tornado	Kampfflugzeug (auch Marine)	1979 – 87	322	32,81 Mio.	15,6 Mrd.	VFW, MBB, MTU
Alpha-Jet	Jagdbomber	bis 1981/82	175	20 Mio.		Daussault, Frankreich Dornier
Improved Hawk	Luftabwehrrakete					
Bundeswehr ges.						
Verschiedene Kraftfahrzeuge (v.a. PKW, LKW)		bis 1985	115 000		7 Mrd.	Daimler-Benz, Henschel, VW, Ford M.A.N., Magirus-Deutz, Faun

Die Angaben über die *Kosten* sind Berechnungen des bürgerlichen Staatsapparates, die regelmäßig überschritten werden. – Keineswegs sind *alle* Waffensysteme genannt. Nach Angaben des Chefs der Abteilung III – Heeresrüstung – im Heeresamt, Brigadegeneral Schöppe, hat allein diese Abteilung „derzeit gut 3000 Geräte/Projekte/Systeme in der Entwicklung und Beschaffung zu bearbeiten“. (Das Heer Nr. 5/1977) Nach den „Verteidigungspolitischen Informationen für Politik und Presse“ vom 19. August 1976 wird die *langfristige* Materialbeschaffung der Bundeswehr bis 1981 46 Milliarden, bis 1988 etwa 100 Milliarden kosten.

„Vaterländischer Hilfsdienst“ und „freiwilliger Arbeitsdienst“

Marx berichtet im „Kapital“ über einen Bourgeoisideologen, der nach eigenen Worten zur „Ausrottung der Faulenzerei, Ausschweifung und romantischen Freiheitsduselei“ wie auch „zur Minderung der Armentaxe, Förderung des Geistes der Industrie und Herabdrückung des Arbeitspreises in den Manufakturen“ im Jahr 1770 vorschlägt, ein „öffentliches Arbeitshaus“, also eine Zwangsarbeitsanstalt einzurichten.

Die Bourgeoisie hat dies Ziel immer mehr oder weniger erfolgreich verfolgt, die Arbeiterklasse als Zwangsarbeiterarmee zu halten.

Im *1. Weltkrieg* wurde das *Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. November 1916* mit Unterstützung der Mehrheitssozialdemokraten und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung durchgesetzt. In ihm heißt es:

„*Jeder männliche Deutsche vom vollendeten siebzehnten bis zum vollendeten sechzigsten Lebensjahre ist, soweit er nicht zum Dienst in der bewaffneten Macht einberufen ist, zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet. (§ 1)*

„*Als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten alle Personen, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, beschäftigt sind, (...) (§ 3)*

„*Die nicht im Sinne des § 2 beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen können jederzeit zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden. (...) (§ 7)*

„*Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen oder mit Haft wird bestraft:*
1. wer der aufgrund des § 7 Abs. 3 angeordneten Überweisung zu einer Beschäftigung nicht nachkommt oder sich ohne dringenden Grund beharrlich weigert, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten. (...) (§ 18)“

Im übrigen gab es die Methode, Fabrikbelegschaften komplett als zum Militärdienst eingezogen zu erklären, den Lohn durch Sold zu ersetzen, einen Offizier als Sprachrohr für die Befehle des Kapitalisten neben diesen zu stellen und jeden Widerstand mit Erschießung wegen Meuterei zu bedrohen.

Die sozialdemokratische „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ lobt am 8. Dezember öffentlich das Gesetz, weil es „durch die Einführung der Arbeitspflicht den festen
Einführung der Arbeitspflicht den festen
Boden für die Organisation der Arbeit im Dienste der Nation geschaffen“ hat. Lenin schrieb:

„*Sowohl Amerika als auch Deutschland ‚regulieren das Wirtschaftsleben‘ so, daß dabei für die Arbeiter (und zum Teil für die Bauern) ein Militärzuchthaus, für die Bankiers und Kapitalisten aber ein Paradies geschaffen wird. Ihre Regulierung besteht darin, daß man die Arbeiter ‚durchhalten‘ und hungern läßt, den Kapitalisten aber (insgeheim, auf reaktionär-bürokratische Art und Weise) höhere Profite sichert als vor dem Krieg.*“ (*Werke, Band 25, S. 343*)

Die deutsche Bourgeoisie lernte und beschloß, solche Gesetze *vor* dem nächsten Krieg zu schaffen. Brüning setzte an und plante 1931 eine „Arbeitsdienstpflicht“, die aber zunächst nur als sogenannter „freiwilliger“ Arbeitsdienst durchgesetzt werden konnte. Hitler setzte nach. Im „Gesetz über den Freiwilligen Arbeitsdienst“ vom 13. 12. 1934 heißt es:

„*§ 1. Die Angehörigen des Freiwilligen Arbeitsdienstes unterliegen einer öffentlich-rechtlichen Dienststrafgewalt nach Maßgabe der Vorschriften, die der Reichsminister des Inneren auf Vorschlag des Reichskommissars für den Freiwilligen Arbeitsdienst erläßt. Außer den sonst üblichen Dienststrafen können auch Haft und Arrest verhängt werden.*“

Oberst a.D. Hierl, Beauftragter Hitlers für den Arbeitsdienst, am 4. Mai 1933 über den Arbeitsdienst:

„*Unsere wichtigste Aufgabe bestand und besteht auch heute noch darin, daß wir unser deutsches Volk und vor allem unsere Jugend geistig und seelisch auf die Einführung des Arbeitsdienstes vorbereiten (...)*“

„*Arbeiten für den Arbeitsdienst gibt es ausreichend ... Allein für Bodenmelorationen können 800 000 Arbeitsdienstwillige auf zehn Jahre hinaus eingesetzt werden. Dazu kommt noch der große Plan, den unser Führer in seiner Rede bekannt gegeben hat, den Umbau unseres Straßennetzes in Angriff zu nehmen (...)*“

„*Ab 1. Oktober wird es keine Freiwilligen bisheriger Art mehr geben, sondern an ihre Stelle wird ein staatliches Arbeitsheer von 120 000 Mann treten.*“ „*Im nächsten Jahr wird der Jahrgang unserer deutschen Jugend zur Arbeitsdienstpflicht eingezogen werden, der 1934 das neunzehnte Lebensjahr vollendet.*“

Im Emsland sind Turnhallen zu „Werkstätten“ für arbeitslose Jugendliche umgeräumt worden. Die Leitung hat ein Oberst a.D. Das „Arbeitshaus“ des 17. Jahrhunderts existiert heute (siehe „Bundessozialhilfegesetz“), wie es Jahrhunderte existiert hat. Die westdeutsche Kapitalistenklasse hat, wie man nebenstehenden Gesetzestexten entnehmen kann, vorgesorgt.

Über ein Drittel des Lohns ist tariflich nicht abgesichert

Die Kluft zwischen Tarif- und Effektivlohn am Beispiel der Metallindustrie

Am Freitag letzter Woche hat der „weise“ Professor Gutowsky auf Anfrage von Bundeswirtschaftsminister Friderichs mitgeteilt, warum es mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der BRD nicht vorangehe. „Bonn habe die Investitionen der Unternehmen und die Beweglichkeit von Arbeitskräften nicht genügend gefördert. Auch seien die Reallöhne zu hoch.“ Die Kapitalisten blasen also aktuell ihren Angriff auf den Reallohn ein.

Wo liegen die offenen Flanken der Arbeiterbewegung? Eine offene Flanke hat die Tarifpolitik der Sozialdemokratie in der Gewerkschaft gerissen, die Riesenkluft zwischen dem tariflich abgesicherten Grundlohn und dem effektiven Bruttoverdienst. Die Spanne ist gefüllt mit tausenderlei betrieblichen Einzelregelungen über Akkorde, Erschwerniszulagen, Schmutzzulagen, Schichtzulagen, betrieblichen Zulagen usw. Alles Mittel für die Kapitalisten, die Lohnstruktur in der Metallindustrie immer weiter zu zerklüften und so die Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung voranzutreiben. Die Differenz zwischen tariflichem Grundlohn und Effektivlohn beträgt im Durchschnitt ungefähr ein Drittel des Bruttoverdienstes, eine große Spanne für die Angriffe der Kapitalisten.

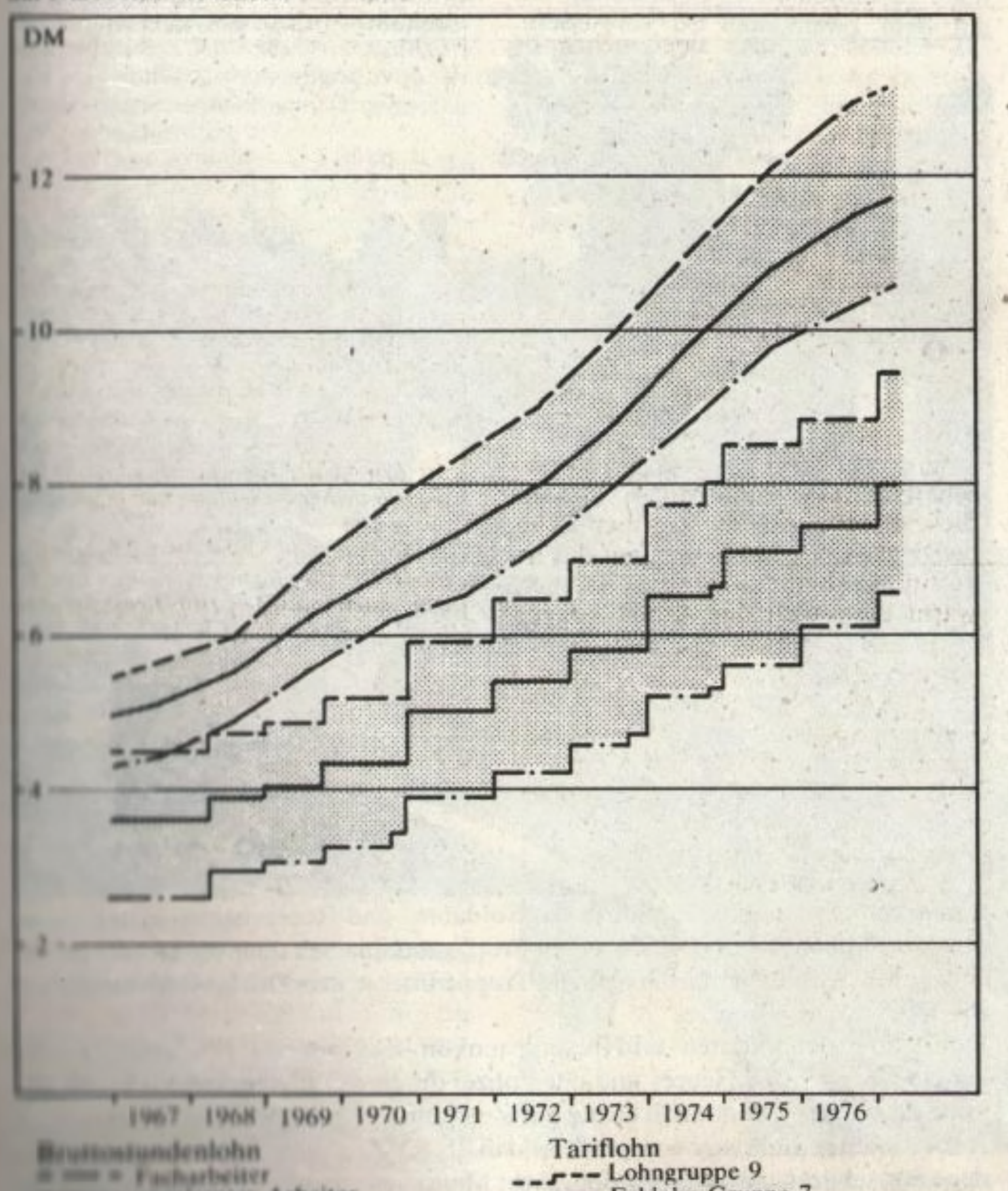
Im Durchschnitt hat sich in den letzten zehn Jahren seit 1967 der Tariflohn in der Metallindustrie von 3,62 DM auf 7,46 DM und der Bruttostundenlohn von 5,50 DM auf 12,42 DM erhöht. Die Steigerung des Tariflohns betrug also 106%, die Steigerung des Bruttostundenlohnes dagegen 226%. Was verbirgt sich hinter diesen Zahlen?

Nicht nur, daß der Teil des Lohns, der tariflich abgesichert ist, im Verhältnis zum ausgezahlten Lohn immer kleiner wird, sondern daß sich der Abstand zwischen den einzelnen Lohngruppen immer mehr vergrößert. Über drei Mark beträgt der tarifliche Lohnunterschied schon zwischen Lohngruppe 2 und Lohngruppe 10, und mit jedem Prozentabschluß, den die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung durchdrücken, vergrößert sich dieser Abstand. Der tarifliche Grundlohn liegt weit unter dem Existenzminimum, deshalb ist für die Arbeiter beständig der Zwang zu Akkordarbeit, Nacht- und Schichtarbeit gegeben, deshalb gelingt es den Kapitalisten immer wieder, die Konkurrenz zwischen den Arbeitern im Kampf um Prämien und Pfennige zu schüren. Unter den Bedingungen des absolut zu niedrigen Tariflohns kann auch der Kampf für den 7-Stunden-Tag nicht erfolgreich geführt werden, weil dieser Hungerlohn den Kapitalisten mannigfaltige Möglichkeiten bietet, die Arbeiter zu Überstunden und maßloser Ausdehnung des Arbeitstages zu zwingen.

Die Erkämpfung eines genügend hohen Tariflohns muß die Richtschnur in den unausweichlich anstehenden Lohnkämpfen sein, sonst kann die Arbeiterbewegung den Angriffen der Kapitalisten auf den Reallohn nicht wirksam entgegentreten. – (Z-Red.)

Spanne zwischen Tarif- und Bruttolöhnen in der Metallindustrie

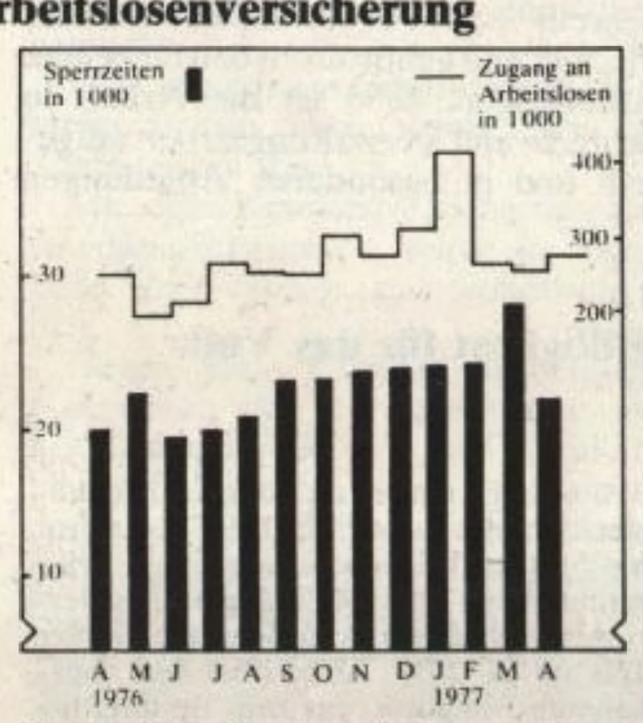
Quelle: Statistisches Bundesamt, Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen und Tariflöhne. Die Bruttostundenverdienste beziehen sich auf den Straßenfahrzeugbau, die Tariflöhne auf Nordrhein-Westfalen.



Anmerkung zu den Schaubildern: Die Zahlen sind den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank entnommen. Die Angaben über die beschäftigten Lohnabhängigen 1977 und über die Bruttolohn- und Gehaltssumme für die ersten beiden Vierteljahre 1977 sind geschätzt: die beschäftigten Lohnabhängigen in Anlehnung an die Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg; für die Schätzung der Bruttolohn- und Gehaltssumme wurde ein nominaler Zuwachs von 6% gegenüber dem Vorjahr angenommen.

Zwangsmaßnahmen der Arbeitslosenversicherung

31/2 Millionen Arbeiter und Angestellte sind im angegebenen Zeitraum von April 76 bis April 77 von den Kapitalisten auf die Straße gesetzt worden. Seit dem 1. Mai ist die „Anordnung zur Förderung der Arbeitsaufnahme“ von der Bundesanstalt für Arbeit in Kraft. In Paragraph 25 sieht sie die „Probebeschäftigung“ vor. „Die Kosten für eine befristete Probebeschäftigung können übernommen werden, wenn dadurch die Vermittlungsaussichten für den Arbeitssuchenden verbessert werden.“ Für die Kapitalisten ist es eine Musterschau wie auf dem Sklavenmarkt, wobei ihnen die „Erprobung“ auch noch bezahlt wird. Die „Probe“ besteht, wer durch gesperrtes Arbeitslosengeld oder gesperrte Arbeitslosenhilfe gezwungen ist, seine Arbeitskraft unter ihrem Wert zu verkaufen. Die steigende Zahl der



Sperrzeiten für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe – über 27 000 im Monat März – zeigt die Dringlichkeit, die Forderung nach Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung durchzusetzen.

Verdichtung des Arbeitstages in der Metallindustrie

DIAG Westberlin: 100 % sind kaum zu schaffen

Westberlin. Bei Fritz Werner werden Fräsmaschinen, Keilwellenschleifmaschinen und Bearbeitungszentren hergestellt. In der mechanischen Fertigung werden die Einzelteile für die Werkzeugmaschinen gefertigt, zum Beispiel Wellen, Zahnräder usw. Dort wird überwiegend Akkord gearbeitet. Wenn ältere Arbeiter nicht mehr Akkord arbeiten können, werden sie im Tariflohn heruntergestuft. So einer, der 25 Jahre im Werk gearbeitet hat, von Lohngruppe 6 (Tariflohn: 8,79 DM) auf Lohngruppe 4 (Tariflohn: 7,50 DM). Die Akkordzeiten sind so berechnet, daß sie im Durchschnitt nicht eingehalten werden bzw. Prozente dabei gemacht werden können. Gerade in der Schleiferei, wo manchmal auf 1/1000 mm genau gearbeitet werden muß. Ein Beispiel: ein Zahnrad, Bohrung und Stirnfläche schleifen, Durchmesser der Bohrung 28 mm, Qualität H 7 (das heißt Toleranz von 28,00 bis 28,02 mm, also 2/100 mm). Das Zahnrad muß in der Maschine auf 1/100 mm im Rundlauf ausgerichtet werden. Dafür bekommt man vier Minuten Zeit. Die Maschine muß in 13 Minuten eingerichtet werden. Diese Zeiten sind gerade mal zu schaffen, wenn man eine größere Serie hat (ab 30 Räder) und dann ohne Pause durchackert.

Die Akkordarbeiter haben Lohngruppe 6, das ist durchgesetzt worden. Bei 100 Prozent sind das 8,79 DM zuzüglich 15 Prozent Verteilzeit (1,31 DM), also 10,10 DM. Aber selbst 100 Prozent sind nicht zu schaffen, wenn man viele Einzelteile hat und die Maschine oft umrüsten muß. Man ist darauf angewiesen, daß der Meister Zeiten zuschreibt, um auf seine Prozente zu kommen. Das benutzt der Meister, um die Arbeiter zu Überstunden zu zwingen. Wie jetzt, wo unbedingt die Ausstellungsmaschine für die Messe in Hannover fertig werden soll. Zugeschrieben auf 120 oder 130 Prozent bekommt nur, wer jeden Tag zwei Überstunden macht und sonnabends kommt. Der niedrige Tariflohn zwingt dazu.

Zug um Zug wird jetzt auch der Fertigungsleitstand eingeführt, zunächst „zur Probe“. Der Fertigungsleitstand ist eine Anlage zur Kontrolle und Überwachung der Arbeiter. Er ist so angelegt, daß Arbeitsbeginn und Arbeitsende eines Arbeitsganges an eine Zentralstelle gemeldet werden, die alle Daten darüber, insbesondere die gebrauchten Zeiten, speichert. Ostern wurde der Leitstand montiert, nach einem langen Kampf der Belegschaft (die KVZ berichtete mehrfach darüber). Dann wurde die Fertigmeldung eingeführt. Man konnte zunächst noch fertig melden, wann man wollte. In einigen Abteilungen wird jetzt bereits die Anfangsmeldung verlangt. Man muß genau melden, wann man angefangen hat und wann man fertig ist. Der Leitstand kann sogar zurückfragen. Damit ist jede Minute des Arbeitstages kontrolliert.

In der Härterei, einer reinen Zeitlohnabteilung, wollte die Fertigungsleitung Vorgabezeiten durchsetzen: ein Zahnrad härten gleich sechs Sekunden. Diese Maßnahme konnten die Arbeiter zurückschlagen.

Die Debatte über den Lohn ist ständig im Gang. „Was die in England fordern, zwischen 60 und 90 Prozent Lohnerhöhung, das ist doch zuviel“, meinte ein Arbeiter. Anhand der KVZ konnte nachgewiesen werden, wie der sogenannte Sozialpakt die absolute Verelendung der englischen Arbeiterklasse vorangetrieben hat und daß solche Lohnforderungen daher notwendig sind. „Unsere 6,9 Prozent sind auch schon weg und wenn die jetzt die BVG-Erhöhung durchsetzen und der Urlaub vorbei ist, dann kommt's dikke.“ Darüber sind sich die Arbeiter einig. Dies muß genutzt werden, um die Belegschaft für eine Lohnerhöhung in Höhe von 60 Pfennig die Stunde zusammenzuschließen. – (Zelle DIAG/Fritz Werner, Westberlin)

Zeiss Göttingen: von 382 auf 1 200 Teile pro Kopf

Göttingen. Auf der letzten Betriebsversammlung bei Zeiss in Göttingen hat die Geschäftsleitung verkündet, daß sie den Kapitalexport steigern will, um ihren Konkurrenten Absatzmärkte abzujagen. Grundlage dazu ist die Ausbeutung der Arbeiter. Bei Zeiss Göttingen wurde sie in den letzten Jahren folgendermaßen gesteigert:

1960 fertigten in der Optik-Poliererei 90 Arbeiter im Monat pro Kopf 382 optische Teile. 1970 waren es 107 Arbeiter, die 543 Teile pro Kopf schaffen mußten. Erreicht wurde dies, indem mehr Maschinen aufgestellt und gleichzeitig die Vorgabezeiten gekürzt wurden. 1977, nach einer Welle von Rationalisierungen, sollen 67 Arbeiter eine Leistung pro Kopf von etwa 1 200 Teilen bringen.

Beim Polieren von Einzelflächen haben die Kapitalisten versucht, die Vorgabezeiten um die Hälfte zu kürzen, nachdem jetzt nicht mehr mit Pech, sondern mit Kunststoff poliert werden soll. Mußte früher ein Arbeiter etwa 100 Stück schaffen, um auf einen Akkordverdienst von 140 % zu kommen, was 12,25 DM Stundenlohn in der Lohngruppe acht sind, so soll er jetzt 200 Stück schaffen, um auf den gleichen Lohn zu kommen. Viel mehr Arbeitskraft müßte für den gleichen Lohn verausgabt werden. Mit den neuen Vorgabezeiten sind die Kapitalisten bis heute nicht durchgekommen. Die Arbeiter haben durchgesetzt, daß jeder, der an den neuen Maschinen arbeitet, seinen durchschnittlichen Akkordlohn weitererhält, ohne daß er die neuen Akkordzeiten schaffen muß.

Gegenwärtig ist es so, daß die Arbeiter mit der neuen Poliermethode etwa 140 Stück am Tag polieren, 40 Stück mehr als nach der alten Methode. Der Lohn ist aber nominal gleich geblieben.

Systematisch wird durch die Kapitalisten der Arbeitstag verdichtet und der Lohn gesenkt. Das Akkordsystem ist für sie ein ausgezeichnetes Mittel dazu. Der Akkord muß weg. Das kann nur durchgesetzt werden, wenn ein ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag erkämpft wird. – (Zelle Zeiss, Göttingen)

HDW Kiel: „Hebung der Arbeitsdisziplin“

Kiel. „Verstärkung der Rationalisierungsmaßnahmen und Verbesserung der Arbeitsdisziplin“ hat der HDW-Vorstandsvorsitzende Henke auf einer Veranstaltung während der Kieler Woche als „entscheidende Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage“ angekündigt. Seit neuestem stehen zwecks Hebung der „Arbeitsdisziplin“ die Meister in dunklen Ecken auf den Schiffen und in den Hallen herum und kontrollieren die Einhaltung der Pausenzeiten. Wer sie überschreitet, kommt auf die Schwarze Liste. An die 40 Arbeiter sind allein in den letzten Tagen auf Dock 7 eingetragen worden. Praktisch laufen die kleinlichen Pausenkontrollen auf eine Verkürzung der Pausenzeiten hinaus.

Fast überall wird im Programmlohn gearbeitet. Wo der nicht durchführbar ist, haben die Kapitalisten ein besonders hinterhältiges System des Zeitlohns eingeführt: die „analytische Arbeitsplatzbewertung“. „Das ist mörderischer als der Programmlohn“, sagte uns ein Arbeiter: „Wenn man den Lohn bekommen will wie bei 130 % Akkord, macht man sich tot.“

Arbeiter, die im „Sonderschiffbau“, also zum Bau der Fregatten für die Bundesmarine, eingesetzt werden, müssen jetzt Fragebogen des Bundesministers für Wirtschaft ausfüllen, in denen sie lückenlose Auskunft über ihre eigenen Wohnorte und die ihrer Verwandten in den letzten zehn Jahren geben müssen, um die Schnüffelei des MAD zu erleichtern. Ein Militärzuchthaus für die Arbeiter errichten die Imperialisten, um den Krieg vorzubereiten. Gegen die Intensivierung der Ausbeutung haben die Arbeiter eines Docks gerade eine Unterschriftensammlung gegen den Programmlohn durchgeführt. – (Bezirk Holstein)

Die englischen Arbeiter beseitigen den Sozialkontrakt

Die Arbeiter und Arbeiterinnen von Grunwick haben das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung erkämpft. Das Gericht mußte dies im Urteil festlegen.

Endgültig vom Tisch gewischt haben die englischen Arbeiter den Sozialkontrakt. In den Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaftsführung konnten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Kontrakt nicht mehr durch ihre Unterschrift erneuern, ohne daß sie ihren Gewerkschaftsposten riskiert hätten:

„Die TUC (Transportarbeitergewerkschaft) hat recht, wenn sie Mr. Healey erklärt, daß der hauptsächliche Effekt einer Unterzeichnung sein würde, daß vertrauenswürdige Gewerkschaftsführer an Einfluß verlieren würden im Gegensatz zu den militanten gewerkschaftlichen Vertrauensleuten.“ (Economist, 16.7.)

Mit großem Interesse verfolgen die europäischen Imperialisten die Anstrengungen der englischen Regierung, einen weiteren Lohnraub gegen die englische Arbeiterklasse durchzusetzen.

Die westdeutschen Imperialisten und ihr Sprachrohr „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ sind direkt in Schwermütigkeit verfallen darüber, daß die englische Arbeiterklasse ihre Rechte geltend macht, und sie denken schon voll Sorge an die Lohnkämpfe, die ihnen die westdeutsche Arbeiterklasse liefern wird:

„Die britische Regierung muß sich vorkommen wie eine Gruppe erschöpfter Touristen am Ende eines langen Marsches im Gebirge mit vielen Verirrungen. Sie klimmen gerade den letzten steilen Hang empor, an dessen Ende eine Schutzhütte Wärme und Geborgenheit verheißt. Aber da prasseln schwere Regentropfen hernieder, aus einem plötzlich tiefschwarzen Himmel. Sie können nicht mehr darauf hoffen, auf dem glitschigen Grund die Hütte zu erreichen, rutschen sogar zurück und stehen wieder am Anfang des beschwerlichen Aufstieges.“ (19.7.77)

Die lyrische Schwermut ist von kurzer Dauer. Die englischen Bourgeois sinnen deshalb auch bereits nach Wegen, die Arbeiterklasse zu spalten, um den Lohnraub fortzusetzen. Sie erhalten dafür auch gleich entsprechende Vorschläge:

„Daß dem Scheitern des neuen dirigistischen Anlaufs kein Erfolg beschieden war, sollte wirtschaftspolitisch im Prinzip keine Träne nachgeweint werden, sofern nur auf eine effizientere Politik umgeschwenkt wird!“ (Neue Zürcher Zeitung, 16.7.)

Die Bourgeois von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ bieten das „Modell Deutschland“ als Vorbild an:

„Nach allen bisherigen Erfahrungen ist vorstellbar, daß Regierung und Notenbank einen Kompromiß suchen: Ein Teil der Lohnforderungen wird durch Geldvermehrung finanziert, ein anderer Teil erledigt sich durch Arbeitslosigkeit.“ (19.7.77)

Die Empfehlung ist, einen Teil des Lohns durch steigende Inflation aufzufressen, das Geld durch die Plünderung der Kassen der Sozialversicherungen „zu vermehren“ und zu rationalisieren, was das Zeug hält.

In diesem Sinne bereitet die englische Regierung jetzt auch die Lohnkämpfe vor.

Schatzkanzler Healey hat erklärt, daß Lohnerhöhungen auf keinen Fall über 10 Prozent liegen dürfen, und bis zu 10 Prozent auch nur unter der Bedingung, daß für die nächsten 12 Monate ein Stillhalteabkommen zwischen den Kapitalisten und den Gewerkschaften geschlossen würde. Es ist der „Sozialkontrakt“, nur soll das Kind einen anderen Namen bekommen. Als Lockvogel bietet die englische Regierung den Arbeitern die Erhöhung des Kindergeldes und Erhöhung von Sozialhilfen an. Die Spaltung der Arbeiter will die Regierung erreichen, indem sie mit allen Kräften die Forderungen der Arbeiter und Angestellten in Staats- und Landesdiensten niederbügeln will. Hat sie das erreicht, so denkt sie, können auch die Forderungen der Arbeiter in der Industrie auf das gewünschte Maß gestutzt werden.

Der Sozialkontrakt läuft endgültig im August aus. Dann beginnen auch die ersten Tarifverhandlungen, die die Polizeigewerkschaft eröffnet. Die Bedingungen für die Arbeiterklasse sind nicht schlecht, denn sie hat sich mit ihren Kämpfen in den letzten Monaten eine starke Ausgangsposition geschaffen und die Kapitalisten das Fürchten gelehrt. Die Polizeigewerkschaft hat demonstriert für höhere Löhne und Streikrecht. Die Angestelltengewerkschaft war eine der ersten, die den Sozialkontrakt abgelehnt hat, die Arbeiter von Leyland haben sich mit Streik eine Lohnerhöhung trotz Sozialkontrakt erkämpft. Die Bergarbeiter haben für die jetzigen Verhandlungen Forderungen zwischen 20 und 30 Prozent aufgestellt und haben in ihren Kämpfen zu Beginn des Jahres die Senkung des Rentenalters gefordert.

Die englischen Imperialisten sind sich keineswegs sicher, daß ihnen eine weitere Lohnsenkung gelingen wird. Nachdem der „Sozialkontrakt“ gescheitert ist, sind die Kurse an der englischen Börse gleich gesunken. – (Z-Red.)



200 Arbeiter der Rollei-Werke in Uelzen haben am 20.7.77 gegen die Stillegung des Werkes demonstriert. Am kommenden Montag will der Aufsichtsrat der Rollei-Werke in Braunschweig über die Schließung der Projektorenmontagefabrik in Uelzen entscheiden.
250 Arbeiter werden dadurch arbeitslos und die Arbeitslosigkeit wird dadurch in Uelzen auf 7,5 % steigen. Die Arbeiter können also kaum mit neuer Arbeit rechnen.

MAN-Kapitalisten behalten Lohn ein

Hamburg. In mehreren mehrstündigen Betriebsversammlungen hat die Belegschaft von MAN-Hamburg beraten, wie der Kampf gegen die Stillegungspläne der MAN-Kapitalisten geführt werden kann. Die Betriebsversammlungen wurden gegen den hartnäckigen Widerstand der Geschäftsleitung durchgesetzt. Jetzt haben die MAN-Kapitalisten einen Teil des Lohns, den für die Zeit der Versammlungen, bei über 600 Arbeitern und Angestellten einbehalten – zwischen 40 und 60 DM. Der Kesselbau werde unwiderruflich geschlossen, tönen die Kapitalisten. Zynisch wird den entlassenen Arbeitern die Möglichkeit der Übernahme in die Werke Frankfurt, Nürnberg oder München angeboten.

Ermuntert werden die Kapitalisten zu diesem Auftreten durch die Politik der Sozialdemokraten. Conrad Ahlers, Chefredakteur der „Hamburger Morgenpost" und SPD-Bundestagsabgeordneter, hat einen Spendenaufruf losgelassen, um die durch freche Einbehaltung des Lohns „entstehenden erheblichen finanziellen Nachteile ... ausgleichen zu helfen ... Jeder möge daran denken, daß auch er eines Tages in eine solche Notlage geraten kann."

Aus vielen Hamburger Betrieben ist der Kampf der MAN-Arbeiter unterstützt worden, um die Entlassungen zu verhindern und die Kapitalisten zur Auszahlung des Lohns zu zwingen, nicht, um selbst dafür aufzukommen. „Mottenpest" wird die Zeitung von den Arbeitern genannt.

Nachteile ... ausgleichen zu helfen ... Jeder möge daran denken, daß auch er eines Tages in eine solche Notlage geraten kann."

Aus vielen Hamburger Betrieben ist der Kampf der MAN-Arbeiter unterstützt worden, um die Entlassungen zu verhindern und die Kapitalisten zur Auszahlung des Lohns zu zwingen, nicht, um selbst dafür aufzukommen. „Mottenpest" wird die Zeitung von den Arbeitern genannt.

Lohn auf Abschlag.

Braunschweig. Die Siemenskapitalisten lassen sich in Braunschweig von den Arbeitern einen zinslosen Kredit von etwa 18 000 DM zahlen. Das ist eine vorsichtige Schätzung. Übervorteilung gehört mit zum Geschäft der Kapitalisten untereinander. Diese „Kenntnisse" versuchen sie auch bei den Arbeitern zusätzlich zur Lohndrückerei und Intensivierung der Arbeit anzubringen: Bei Siemens wird kein Lohn gezahlt sondern ein „Richtbetrag". Den errechnen die Kapitalisten auf Grund des Nettostundenlohns vom Monat vorher. Besonders übel wirkt sich das bei den Akkordarbeitern aus, deren Lohn keinen Monat gleich ist. Denn damit nicht „zuviel" gezahlt wird, ist die Berechnung immer so gemacht, daß man einen Monat später eine „Nachzahlung" erhält. Der Betriebsrat, der nach den von den Sozialdemokraten vielgerühmten Mitbestimmungsrechten des Betriebsverfassungsgesetzes der Auszahlungsweise des Lohns zuzustimmen hat, nutzt diese „Rechte" auf seine Weise.

Wollen die Arbeiter den vollen Lohn haben, müssen sie einen Antrag beim Lohnbüro stellen. „Jedesmal sollen wir den Rest selber beantragen, das ist wie betteln um den eh schon niedrigen Lohn, der uns zusteht." Der Betriebsrat muß gezwungen werden, dieses Auszahlungssystem zu kündigen. Daß das technisch kein Problem ist, wissen die Arbeiter.

An Urabstimmung und Streik für 170 DM festhalten.

Westberlin. Am Montag, den 18.7., hat die Tarifkommission Buchhandel und Verlage mit zehn gegen fünf Stimmen den Beschluß gefaßt, von der 170 DM-Forderung runterzugehen. Der Kompromißvorschlag an die Kapitalisten lautet: 100 DM plus 3 %, mindestens 150 DM.

Die Kapitalisten bieten 6,5 %. Die bürgerliche Presse meldete am Dienstag, das Angebot der Gewerkschaft sei 6,9 %. In einem Flugblatt schrieben die Solzialdemokraten gegen das 6,5 %-Angebot: „Den Unternehmern wurde mitgeteilt, daß höchstens ein Angebot in Abschlußhöhe des vergleichbaren Einzelhandels ein ernstzunehmendes Angebot sein könne. Ein solches Angebot hätte über 7 % liegen müssen."

Die Abschlußhöhe im Einzelhandel war 6,9 %. Für Dienstag ist eine Mitgliederversammlung einberufen worden: „Zur Durchsetzung unserer Kompromißforderung mindestens 150 DM."

Die Angestellten der Buchhandlung Kiepert und Angestellte anderer Buchhandlungen sind weiterhin für die Forderung von 170 DM, für die Einleitung der Urabstimmung und Streik für 170 DM. Sie werden auf der Mitgliederversammlung eine entsprechende Resolution einbringen.

„Mutige Expansion" der Klöckner-Kapitalisten stößt auf Widerstand.

Bremen. „Wir bei den Klöckner-Werken haben in früheren Jahren gezeigt, daß wir zu den im Interesse des Gesamtunternehmens unvermeidlichen Einschränkungen ebenso bereit und in der Lage sind, wie zu sinnvoller, mutiger Expansion. Wir haben das gleiche in der jüngsten, schwierigen Vergangenheit bewiesen. Und das soll auch für die Zukunft so sein." Mit diesen Worten machte der Vorstandsvorsitzende der Klöcknerwerke Herbert Gienow auf der Jahreshauptversammlung im Mai 1977 den versammelten Blutsaugern an Leben und Gesundheit der Klöckner-Arbeiter Hoffnung auf weitere Profite. In ihrem Hausblatt „Pütt und Hütte" erklären die Klöckner-Kapitalisten, daß ihnen die Personalkosten trotz Kurzarbeit, Rationalisierung und Senkung der Löhne noch zu hoch seien. Um 200 Millionen DM jährlich an Personalkosten einzusparen, sollen auf der Hütte Bremen 450 entlassen werden. Davon etwa 300 bei den Angestellten. Die Klöckner-Kapitalisten haben ein neues Verwaltungsgebäude mit Großraumbüros bauen lassen. Nach eigenen Angaben, um die Angestellten aus den Baracken, in denen sie bisher „hausen" mußten, rauszuholen. In Wirklichkeit geht es ihnen darum, zu rationalisieren und den Arbeitstag zu verdichten.

Früher hatten die Sekretärinnen Schreib- und Verwaltungsarbeiten zu machen und gehörten zu den einzelnen Abteilungen. Jetzt ist die Arbeit in Schreib- und Verwaltungsarbeit aufgeteilt und in besonderen Abteilungen (Textverarbeitungssekretariat, Verwaltungssekretariat) zusammengefaßt. Die Angestellten vom Schreibdienst müssen den ganzen Tag unter Aufsicht einer Gruppenleiterin schreiben. Dies ist für die Frauen eine große Belastung und eine erhebliche Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Die Klöckner-Kapitalisten wollen dadurch etwa 40 bis 50 Schreibkräfte „freisetzen". Des weiteren soll die Neubauabteilung, in der etwa 100 Schreibkräfte arbeiten, aufgelöst oder zumindest verkleinert werden.

In der letzten Zeit sind in der Produktion viele junge Arbeiter, so 18, 19 Jahre alt, eingestellt worden. Sie arbeiten voll im Dreischichtbetrieb und in Contischicht. Dies ist die Vorbereitung für die geplanten Entlassungen der Arbeiter, die über 59 Jahre alt sind.

Sie sollen nach ihrer Entlassung ein Jahr ihren Lohn aus der Arbeitslosenversicherung und von den Klöckner-Kapitalisten weiter erhalten, und nach dem Jahr dann eine Rente bekommen. Ein Angestellter, der 59 Jahre alt ist, meinte dazu, er würde wohl gern auf Rente gehen, nur könne er von seiner Rente nicht leben. Also muß er sehen, daß er es noch schafft.

Die Maßnahmen der Klöckner-Kapitalisten dienen ausschließlich der Erhöhung des Profits über die Verschärfung der Ausbeutung. Mit den verschiedenen Maßnahmen erhoffen sie, daß sie verschiedene Spaltungslinien ziehen können, – Angestellte gegen Arbeiter, Alte gegen Junge – um den Widerstand, der sich in der außerordentlichen Betriebsversammlung und in der Demonstration ausgedrückt hat, niederzuhalten. Die Spaltung kann von den Arbeitern überwunden werden.

Auf der Hütte bereiten sich die Arbeiter auf den Lohnkampf vor. In verschiedenen Abteilungen ist die Frage der Höhe und der Art der Lohnforderung diskutiert worden. Um den Kampf gegen die Entlassungen erfolgreich zu führen ist es notwendig, ihn mit dem Lohnkampf zu verbinden.

200 DM werden sicn die Stahlarbeiter schon holen müssen. Den 500 versammelten Aktionären in Duisburg ist das Herz in der Brust gehüpft, als sie hörten, daß mit „ihrem Sorgenkind", der Stranggießanlage, statt der 70 000 Tonnen Solleistung 90 000 Tonnen Stahl zu Brammen gegossen worden sind. Für die Arbeiter sind diese Tonnen Beweis, daß sie die produzierende Klasse bilden und in der Lage sind, die „mutige Expansion" des Herrn Gienow und seines Haufens endgültig zu vereiteln. – (Betriebszelle Klöckner, Bremen)



Am Sonntag, den 17.7.77 führte das Soldaten- und Reservistenkomitee Hamburg zusammen mit dem KBW einen Propagandamarsch über die Dörfer durch. In vier Marschsäulen marschierte die Truppe über je drei Dörfer sternförmig auf die Kreisstadt Uelzen zu.
Der Aufbau der Soldaten- und Reservistenkomitees unter der Forderung: Ersetzung des stehenden Heeres und der Polizei durch die allgemeine Volksbewaffnung ist bei der Landbevölkerung auf Zustimmung gestoßen. Das Interesse an revolutionärer Literatur war groß, so daß 48 KVZ, „Volksmiliz" und verschiedene Broschüren verkauft wurden. Acht Menschen spendeten für das Landwirtschaftspojekt der ZANU.

Am Sonntag, den 17.7.77 führte das Soldaten- und Reservistenkomitee Hamburg zusammen mit dem KBW einen Propagandamarsch über die Dörfer durch. In vier Marschsäulen marschierte die Truppe über je drei Dörfer sternförmig auf die Kreisstadt Uelzen zu.
Der Aufbau der Soldaten- und Reservistenkomitees unter der Forderung: Ersetzung des stehenden Heeres und der Polizei durch die allgemeine Volksbewaffnung ist bei der Landbevölkerung auf Zustimmung gestoßen. Das Interesse an revolutionärer Literatur war groß, so daß 48 KVZ, „Volksmiliz" und verschiedene Broschüren verkauft wurden. Acht Menschen spendeten für das Landwirtschaftspojekt der ZANU.

Billigbrot für das Volk

Ein einigermaßen ordentliches Brot kostet im Laden etwa 2,80 DM. Dieses Brot hat bei der Teigzubereitung einen Wasseranteil von ca. 40%. Beim Backen verringert sich dieser Anteil um die Hälfte, also auf ca. 20%. Anders bei dem sogenannten Billigbrot, das zum Beispiel bei Co-op einzukaufen ist. Dort hat das Brot beim Verkauf einen Wasseranteil von

Billigbrot für das Volk

Ein einigermaßen ordentliches Brot kostet im Laden etwa 2,80 DM. Dieses Brot hat bei der Teigzubereitung einen Wasseranteil von ca. 40%. Beim Backen verringert sich dieser Anteil um die Hälfte, also auf ca. 20%. Anders bei dem sogenannten Billigbrot, das zum Beispiel bei Co-op einzukaufen ist. Dort hat das Brot beim Verkauf einen Wasseranteil von
40%. Dieser hohe Wasseranteil wird durch Zusatz von chemischen Mitteln, die eine hohe Wasserbindung möglich machen, erreicht. Insbesonders durch das Mittel FH 2000. Bei Zugabe von 15% FH 2000 (berechnet auf die Teigmenge) kann das Brotgewicht um 17,8% gesteigert werden. Selbst bei sparsamster Verwendung von FH 2000 wird laut Firmenprospekt „im Minimum 7%" weniger Material gebraucht, weil der Teigzusatz „eine um 60% der Zusatzmenge höhere Wasserzugabe" erlaubt.

An der Luft trocknet dieses Brot schnell aus, weshalb es auch vakuumverpackt geliefert werden muß. Es wird durch chemischen Prozeß hergestellt und nicht ausgebacken. Statt den Teig sauer werden zu lassen, wird Fertigsauer zugegeben, was man sofort riecht, wenn man das Brot einen Tag geöffnet liegen läßt und dann vom Aroma nichts mehr zu spüren ist. Im Gegensatz zum ausgebackenen Brot ist bei der Kruste dieses Brotes nur ein matschiger Gummiüberzug festzustellen, der das Brot zusammenhält. Bei einem ausgebackenen Brot wird das Aroma in der Kruste durch Karamelisierung der Kohlenhydrate erreicht. Die Lagerfähigkeit, die bei einem guten Brot mehrere Wochen beträgt, dauert beim Billigbrot nach Öffnen der Verpackung nur zwei, drei Tage, dann beginnt das Brot zu schimmeln.

Die Volksmassen sind auf das billige Brot angewiesen, die entsprechenden Läden werden nicht umsonst in Arbeitervierteln aufgestellt. Anders in den Bourgeoisvierteln, wo es Schinkenbrot für 80 DM zu kaufen gibt.

Hering wird Delikatesse

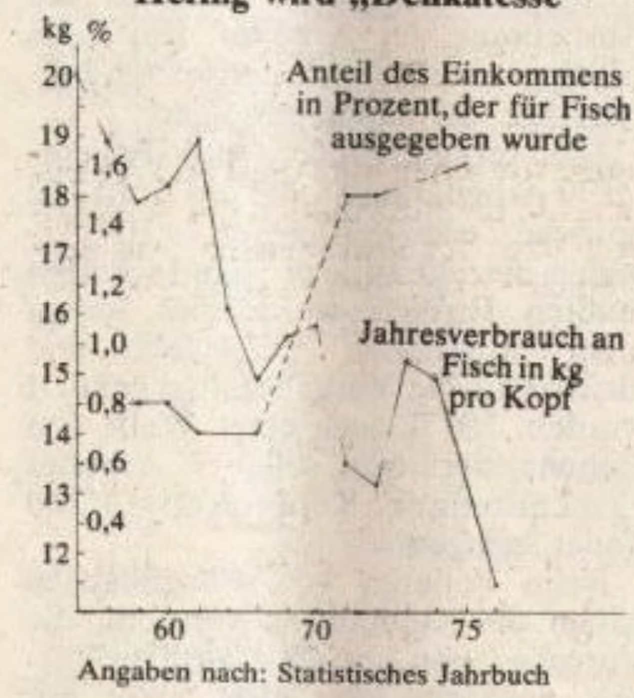
Der Fischverbrauch pro Kopf ist mittlerweile auf 11 Kilo gesunken. Die Eiweißstoffe, die in der Fischnahrung enthalten sind, fehlen der Arbeiterklasse, nachdem der Milchverzehr ebenfalls zurückgeht, zur Erhaltung ihrer Körperkräfte. Die Anfälligkeit gegenüber Infektionskrankheiten wächst mit sinkendem Eiweißverbrauch.

Hering wird Delikatesse

Der Fischverbrauch pro Kopf ist mittlerweile auf 11 Kilo gesunken. Die Eiweißstoffe, die in der Fischnahrung enthalten sind, fehlen der Arbeiterklasse, nachdem der Milchverzehr ebenfalls zurückgeht, zur Erhaltung ihrer Körperkräfte. Die Anfälligkeit gegenüber Infektionskrankheiten wächst mit sinkendem Eiweißverbrauch.

Nachdem der sinkende Lohn dazu geführt hat, Fleischgerichte durch Fischgerichte zu ersetzen, sind die Kapitalisten daran gegangen, den Fischpreis an die Fleischpreise anzugleichen. Allein im letzten Jahr ist ein Kilo Frischfisch um etwa eine Mark teurer geworden.

Der Lohn läßt sich jedoch nur noch in einen immer kleiner werdenden Teil nahrhafter Nahrung verwandeln. Nachdem die EG-Ministerkonferenz bis September ein Heringsfangverbot in der Nordsee erlassen hat – ausgenommen davon ist der Beifang von Hering – entfalten die Kapitalisten eine Propaganda, um den Fischpreis weiter heraufzusetzen. Die Nordsee AG hat Preiserhöhungen von 30 Prozent angekündigt.



Angaben nach: Statistisches Jahrbuch

Obsternte – türkische Arbeiter sollen den Lohn drücken

Mölln. 53 türkische Arbeiter sind in Mölln festgenommen und in Abschiebehaft genommen worden. Sie hatten, ohne eine Arbeitserlaubnis zu haben, „rund drei Wochen bei einem Bauern im Kreis Herzogtum Lauenburg als Obstpflücker gearbeitet". (Kiler Nachrichten, 21.6.)

Es muß allerdings schon ein ziemlich großer „Bauer" gewesen sein, der eine solche Zahl Arbeiter ausbeuten kann. Es sind vor allem die Besitzer der großen Obstplantagen, die in der Erntezeit Scharen von Saisonarbeitern anwerben. Die Löhne der Saisonarbeiter sind so niedrig, daß die Kapitalisten auf den Einsatz von Maschinen verzichten können. Durch den Einsatz ausländischer Arbeiter wollen sie den Lohn weiter senken. 5 DM Studenlohn zahlen die kapitalistischen Großbauern den Erntearbeitern, Krankenversicherung und andere Abgaben behalten sie gleich ein, denn viele der ausländischen Arbeiter haben keine ordentlichen Papiere. Auch in Mittelkirchen bei Stade und in Francop bei Hamburg wurden mehrere dieser Arbeiter bei Razzien festgenommen.

In der „Nordschau" forderten kürzlich Vertreter der Obstbaukapitalisten aus dem „Alten Land", dem größten Obstanbaugebiet der BRD bei Hamburg, daß für die Zeit der Obsternte von dem Anwerbestopp für Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern vorübergehend eine Ausnahme gemacht werden müssen, damit auch Arbeiter aus der Türkei beschäftigt werden könnten – zu so günstigen Löhnen könnten sie sonst keine Arbeiter bekommen.

Wie Vieh wollen die Obstbaukapitalisten die türkischen Arbeiter und Bauern heranschaffen und wieder abstoßen können. Die festgenommenen Arbeiter in Mölln waren alle zusammen in einer ehemaligen, völlig verdreckten Fabrikhalle in Etagenbetten untergebracht. „Jedem von ihnen standen lediglich zwei graue Wolldekken und eine Matratze zur Verfügung." (Kieler Nachrichten) Einige von ihnen besaßen keinerlei Ausweispapiere. Mit der ständig drohenden Abschiebung lassen sich noch günstigere Ausbeutungsbedingungen erpressen. Nach Angaben der Ausländerbehörde arbeiten gegewärtig mehrere tausend Türken ohne Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung als Erntehelfer. – (N-Red.)

Die Kaufhauskapitalisten bereiten sich auf die unvermeidliche Flaute vor

Braunschweig. Nach dem Lohnraubabschluß im Einzelhandel sollen die Beschäftigten im Kaufhaus Karstadt in Braunschweig sich zu einer „Umstrukturierung" ihres Lohns bereit erklären. Die Abteilungsleiter laufen herum und erzählen den Verkäuferinnen, der Plan der Geschäftsleitung sei zu ihrem Besten. Tatsächlich hat es den Anschein. Da das aber nach allem, was die Verkäuferinnen täglich erfahren an Rationalisierung, Schikane und Lohnraub nicht stimmen kann, muß eine größere Schweinerei dahinterstecken. Das tut es auch.:

Der jetzige Lohn einer Verkäuferin z.B. setzt sich zusammen aus 600 DM Grundgehalt und Verkaufsprovision nach drei Stufen von 1 %, 2 %, 3 % und für Ladenhüter 4 und 5 %. Bei einem durchschnittlichen Umsatz von 1 500 DM am Tag mit mittlerer Provision von 2 % kommt die Verkäuferin dabei auf rund 1 200 DM brutto. Das wechselt natürlich, durchschnittlich kommt sie so auf einen Hungerlohn von 700-800 DM netto.

Jetzt soll die Provision gesenkt weden und vereinheitlicht werden auf 0,6 % bis 1,2 %, also ziemlich drastisch. Dafür sollen die Verkäuferinnen einen höheres Grundgehalt kriegen, natürlich nicht einheitlich, sondern jeder was anderes.

Natürlich haben alle ein Interesse an einem höheren Grundgehalt. So wie es jetzt ist, sind die Verkäuferinnen gezwungen, sich gegenseitig die Kunden vor der Nase wegzuschnappen. Das erschwert ungeheuer den Zusammenschluß gegenüber den Kaufhauskapitalisten.

Die Verkäuferinnen sind an einem einheitlichen Tariflohn interessiert, bei dem sie auf keine „Verkaufsprovision" angewiesen sind. Die Betriebsleitung will jeden nach seinen bisherigen „Verkaufserfolgen" einstufen. Bei einem Umsatz von 1 500 DM mit der gesenkten Provision von durchschnittlich 0,9 % statt 2 % werden das so 300 DM im Monat weniger sein durchschnittlich. Was man so weiß, kann nach der neuen „Struktur" ein Grundgehalt von 800 statt bisher 600 DM erwartet weden. Das heißt aber 100 DM weniger. Ein schöner Vorteil.

Aber, sagen die Abteilungsleiter, die Zeiten werden schlechter, es wird weniger verkauft werden, und dann habt ihr mehr Grundgehalt. Bei 50 % des bisherigen Umsatzes sind das nochmal über 130 DM weniger. Offensichtlich wissen die Abteilungsleiter, wovon sie reden sollen, und die Verkäuferinnen wissen es aus ihrem eigenen niedrigen Lohn, daß er sogesehen recht hat, daß eine „Flaute" ins Haus steht.

Bei dem jetzigen Grundgehalt ist das aber überhaupt nicht zu halten, davon gehen selbst die Kaufhauskapitalisten aus. Auch sie beobachten natürlich den steigenden Organisationsgrad der Beschäftigten in den Kaufhäusern.

Bislang wurde die Auswirkung der Lohnsenkung durch die Tarifabschlüsse in allen Branchen notdürftig verhüllt durch Urlaubsgeld, Nachzahlung etc. Nach dem Urlaub wird das nicht mehr möglich sein. Die Kaufhauskapitalisten haben die Einführung der neuen Lohnstruktur für Oktober ins Auge gefaßt. Mit Lohnsenkung bei den Verkäuferinnen wollen sie auf die erwartete „Flaute", (ist gleich Einschränkung der Konsumption der Arbeiter und lohnabhängigen Volksmassen), antworten. –(Bezirk Braunschweig/ N-Red.)

Operation gelungen – Patient tot

Hamburger Senat verordnet Krankenhausschließung – Bettenstreichung und Kürzung der Verweildauer.

Hamburg. Anfang des Jahres schon jubelte Hamburgs bürgerliche Presse, daß es nach neuesten Berechnungen möglich geworden sei, in Hamburg nicht nur 3 800 sondern 5 000 der 16 000 Betten zu schließen, weil insbesondere die Senkung der Liegezeiten so gute Fortschritte mache. Betrug im Jahr 1970 die durchschnittliche Liegezeit noch etwa 18,2 Tage, so im Jahr 1976 nur noch 15,3 Tage. Einige Krankenhäuser sind sogar noch weiter gegangen, so das Universitätskrankenhaus Eppendorf mit 13,8 und das Krankenhaus Bergedorf mit 12,8 Tagen. Gefeiert wird dieser Angriff auf die Gesundheitsversorgung von der Bourgeoisie als wichtiges Ergebnis der „Kostendämpfung".

Daß der Angriff insbesondere den Rentnern gilt, wird aus dem Geschäftsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkassen Hamburg von 1975 deutlich: Für „normale" Mitglieder war die Liegezeit in den Jahren 1969 bis 1975 um 1,3 % zurückgegangen, während es bei den Rentnern schon 16,9 % waren. Die Rentner möglichst schnell in die Siechenheime und ins Grab zu bringen, um die Rentenkassen selbst ausplündern zu können, ist das Ziel der Bourgeoisie. Die Verkürzung der Liegezeiten wirkt sich in vielerlei Hinsicht auf die Patienten und das Personal aus:

Möglichst schnelle Entlassung aus den Krankenhäusern. Es wird z.B. nicht mehr der Zeitpunkt des Ziehens der Nähte abgewartet, sondern der Patient in die Poliklinik oder zum Hausarzt bestellt. Damit haben die Chirurgen keine Kontrolle mehr über die Entwicklung der Naht, evtl. auftretende „Defekte" können nicht schnell behandelt werden.

Die Mobilisierung der Patienten nach einer langen Operation ist entscheidend für einen Patienten, um die alte Sicherheit zurückzuerlangen, insbesondere nach orthopädischen Operationen. Doch kaum saß der Patient einmal auf der Bettkante oder hat den Weg zur Toilette erfolgreich überstanden, wird seine Entlassung freigegeben. Notwendig ist die Anleitung durch Krankengymnastinnen, die zu Hause nicht erfolgen kann.

Verlegung in kleine Krankenhäuser: Patienten, die nach einer Operation unausweichlich einen längeren Krankenhausaufenthalt benötigen, werden möglichst schnell ins kleinere Krankenhaus abgeschoben, denn dort sind die Pflegesätze niedriger. So wird z.B. aus dem Universitätskrankenhaus Eppendorf möglichst schnell in solchen Fällen in das benachbarte „Bethanien" verlegt, was in Ausstattung und Qualifikation überhaupt nicht vergleichbar ist.

Die kürzeren Liegezeiten bedeuten für das Pflegepersonal einen größeren Zeitaufwand, weil die „Durchlaufquote" erhöht wird. Mehr Patienten in kürzerer Zeit mit weniger Personal, auch das senkt die Kosten. Wie sich dies auswirkt, schreiben Schüler aus dem Krankenhaus St. Georg in einer Broschüre, die von der Schülermitverwaltung aus Anlaß der Nichtübernahme von 13 Pflegeschülern herausgegeben wurde:

„Die Senkung der Liegezeit wirkt sich auch insofern negativ auf die Patienten aus, indem der Durchlauf auf den einzelnen Stationen erhöht worden ist. Bei personeller Unterbesetzung, wie sie die Regel ist, aber auch bei Besetzung nach dem Bettenschlüssel heißt das, daß für die Pflege des einzelnen Patienten nicht mehr soviel Zeit aufgewendet werden kann. Hier kann sich das Personal noch so sehr bemühen, die Zeit reicht einfach nicht. Hauptsächlich die alten Leute leiden natürlich darunter, weil ihre Pflege besonders aufwendig ist, z.B. Dekubituspflege (Druckgeschwürpflege), Mobilisation, Pneumonie (Lungenentzündung), Prophylaxe (Vorbeugung) etc. Auf den Intensivstationen ist beispielsweise aufgrund des Personalmangels eine sorgfältige Dekubitusprophylaxe, Pneumonie- und Kontrakturenprophylaxe nicht möglich, hygienisches Arbeiten kaum und Asepsis so gut wie gar nicht. Es ist kein Wunder, wenn auf den Stationen alte Menschen, die sich nicht selbst helfen können austrocknen, weil sie nicht häufig genug etwas zu trinken bekommen oder beim Trinken oder Füttern aspirieren (sich verschlucken, Red.) weil es schnell gehen muß. Hauptsächlich die älteren Leute, Rentner, sind – insbesondere, wenn sie schwerkrank sind – betroffen von den Plänen des Senats. Das Personal hat nicht mehr die Zeit, ihnen die intensive Pflege zu geben, die sie brauchen, selbst wenn es sich noch so sehr bemüht."

Durch die Verkürzung der Liegezeiten und den größeren Patientendurchlauf kann die Hygiene auf den einzelnen Stationen nicht mehr gewährleistet werden. So müßten Matratzen, Decken und Kopfkissen bei jedem neuen Patienten vorher zur Desinfektion gegeben werden. Oft ist dies nicht möglich, weil der nächste Patient schon mit Koffern in der Tür steht, wenn der andere seine Sachen gerade packt.

Ebenso ist das Desinfizieren der Zimmer in einem bestimmten Zeitraum erforderlich. Das ist häufig nicht möglich, weil man für diesen Vorgang ein Zimmer für einen ganzen Tag leer haben muß. So können diese insbesondere für chirurgische Stationen notwendigen Dinge oft nicht vorgenommen werden.

Es kommt häufiger zu Infektionen, weil die Keime auf den Stationen überall herumschwirren. Im Universitätskrankenhaus Eppendorf gibt es in der Chirurgie eine Station, die nur für septische Patienten gedacht ist. Ständig ist diese Station voll belegt, so daß auch auf anderen Stationen, wo nur „saubere" Patienten liegen sollten, septische Patienten liegen. Auf der Intensivstation der Chirurgie im Universitätskrankenhaus liegen sogar septische und aspetische Patienten in einem Zimmer. Nur Zufall ist es, wenn die bis dahin „sauberen" Patienten sich nicht auch eine Infektion einfangen und daran evtl. zugrundegehen. Die Eindämmung der Keimverbreitung ist durch die Verkürzung der Liegezeiten und den höheren Patientendurchlauf für das Pflegepersonal oft unmöglich gemacht.

Mit Gesundheitsversorgung hat dies nichts zu tun. Viele Schwestern und Ärzte wissen das.

Mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz wird die planvolle Vernichtung jetzt weiterbetrieben.

Gegen den Krankenhausbedarfsplan haben sich Vertrauensleute und Mitglieder der ÖTV in den Krankenhäusern Heidberg, Barmbek, Eppendorf und Bergedorf sowie die Personalversammlung im Krankenhaus St. Georg ausgesprochen. Sie fordern die sofortige Rücknahme dieses Plans durch den Senat. Die Mitgliederversammlung im Krankenhaus Barmbek hat gefordert, daß eine Demonstration gemacht werden soll, um diese Forderung gegen den Senat durchzusetzen. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Sepsis: Vorhandensein von Keimen
Asepsis: Keimfreiheit



Adel verpflichtet, entsprechend wurde der Preußenprinz von seiner inzüchtigen Adelsverwandtschaft zu Grabe getragen, samt Preußenfahne. Auf der Trauerfeier wurde der Lieblingswein des edlen Lulu gereicht: „Rose Madeus" aus Portugal.
Der Prinz, „unrühmlich" im Manöver gefallen, wurde noch schnell auf dem Sterbebett von höheren Chargen wenigstens zum Leutnant der Reserve ernannt. Seine Klasse hat in der imperialistischen Armee sonst bekanntlich keine Opfer zu beklagen. Die mit Befehl und Gehorsam erzwungene Schinderei kostet jedoch hunderten von Soldaten das Leben oder die Gesundheit. Dagegen wiegt der Tod dieses Schmarotzers nichts, im Gegenteil, jetzt gibt es einen weniger.

Urlaubsgeld für Beamte nicht ausgezahlt.

Braunschweig. Die über 900 Beamten der Stadtverwaltung Braunschweig haben mit dem Juligehalt das Urlaubsgeld nicht ausbezahlt bekommen. Erst soll das 6. Besoldungserhöhungsgesetz und mit ihm das „Gesetz über die Gewährung eines jährlichen Urlaubsgelds" endgültig verabschiedet werden, dann werde gezahlt. Einige Änderungen seien zu erwarten. Bevor das Land Niedersachsen keine Anweisung gibt, könne nicht ausgezahlt werden. Es herrsche Rechtsunsicherheit, so heißt es von seiten der Stadtverwaltung. Und das, obwohl auf Intervention des DGB die Bundesregierung entgegen ihren ursprünglichen Plänen am 8. Juni einen Beschluß gefaßt hat, „der sicherstellt, daß nunmehr mit den Juli-Bezügen die Abschlagszahlung des Urlaubsgeldes vorgenommen werden kann." (Der Deutsche Beamte, 7/77, S. 27) Die Bundesbeamten haben ihr Urlaubsgeld dementsprechend auch mit den Julibezügen erhalten, wie Anfragen bei Beamten der Bundespost und Bundesbahn in Braunschweig ergaben.

Das Urlaubsgeld sei die „soziale Komponente", so haben Kluncker und seine SPD-Gewerkschaftsfraktion ihre Zustimmung zu dem Lohnraubabschluß begründet. Jetzt sagen die Sozialdemokraten: „Wir könnten höchstens einen Bittbrief an den Oberstadtdirektor schreiben. Dafür sind wir uns aber zu schade." Von wegen Bittstellerei!

In einem Leserbrief an die „Braunschweiger Zeitung", der jetzt auch als Wandzeitung in der Rathauskantine aufgehängt wurde, haben 21 Beschäftigte, Angestellte, Beamte und Beamtenanwärter, die sofortige Auszahlung des Urlaubsgeldes gefordert. „Jetzt reicht es aber hin! Das Urlaubsgeld muß sofort ausgezahlt werden."

„Härteregelung" oder: „Endlösung"

Mit dem betrügerischen Versprechen, Beiträge nicht erhöhen zu wollen, versucht die Bundesregierung mit Unterstützung der Kassen, derzeit die Gebühr von 1 DM für jedes verordnete Heilmittel durchzusetzen. Nach Auskunft der AOK Frankfurt ist eine Flut von Anträgen zur Befreiung von der Gebühr eingegangen, jedoch im Verhältnis zur Zahl der Mitglieder wenig.

Am Freitag, dem 22. Juni, hat das Bundesministerium die Richtlinien für Härtefallregelung verschickt, während am Tag vorher die Auskunft von der AOK Frankfurt für diese Fälle „auf jeden Fall erst mal zahlen" geheißen hat.

Drei Monate muß man krank sein und nicht mehr als 620 DM brutto 1977 verdienen, daß man von der Gebühr befreit werden kann.

Dies ist wohl die Auszeichnungsprämie für Rentner, die es nach dreimonatiger Krankheit und so einer niedrigen Rente geschafft haben, trotzdem noch zu leben.

Weiter wird in die „Härteregelung" mit einbezogen, wer nachweisen kann, daß „aus anderen Gründen (wie den vorgenannten), z.B. Belastung durch Pflege- oder Unterbringungskosten, Fehlen ausreichender Mittel zum Lebensunterhalt, eine unzumutbare Härte" vorliegt.

Ein großzügiges Almosen. Und damit das auch entsprechend gewürdigt wird, darf man bei der Kasse – die jetzt als Spitzelinstanz der Kapitalisten ausgebaut wird – einen Antrag ausfüllen und dort seine Einkommensverhältnisse offenlegen.

„Bagatellarzneimittel werden künftig von den Krankenkassen nicht mehr bezahlt. Das sind solche Mittel, die im allgemeinen bei geringfügigen Gesundheitsstörungen verordnet werden (z.B. Kopfschmerztabletten, Abführmittel). Es handelt sich also um Mittel, deren Bezahlung dem Versicherten zuzumuten ist." (Aus der Richtlinie des Bundesministeriums)

Der letzte Satz ist konkret, das heißt nämlich nichts anderes: Willst du gesund werden, so ist es für dich zumutbar, die Arzneimittel selbst zu bezahlen. Für die Konkretisierung der Endlösung hat Ehrenberg gesorgt.

In den Praxen ist zu erfahren, daß noch wenig Leute Gebrauch machen vom Antrag auf Befreiung. Noch wird versucht, das Geld aufzubringen. In einer Kassenarztpraxis (praktischer Arzt) werden täglich durchschnittlich etwa 100 Rezepte verordnet. Geht man davon aus, daß wenigstens zwei Medikamente drauf stehen, so sind das pro Praxis und Tag 200 DM. In Frankfurt gibt es allein 282 niedergelassene praktische Ärzte, was bedeutet, daß die Frankfurter Arbeiterbevölkerung allein über die Notwendigkeit der Versorgung mit Medikamenten 56 400 DM täglich aufbringen muß. Rechnet man den Fortfall der Bezugsfreiheit unter anderem für die Rentner und der Höchstbegrenzung von 2,50 DM je Rezept, so ergibt sich, daß dieser Betrag sich mehr als verdoppelt hat gegenüber dem bisherigen. Für die Versicherten bedeutet dies Verzicht auf Lebensmittel oder kleinlichste Bespitzelung bei den Kassen.

Das Kostendämpfungsgesetz muß bekämpft werden. Durchgesetzt werden muß die im Programm des KBW erhobene Forderung: „*Unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln. Übertragung des Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Krankenkasse, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird.*" – (Z-Red.)

An den Folgen der Krankenhausbehandlung gestorben.

Hannover. Am 7.7. 1977 starb im Städtischen Krankenhaus Siloah eine 80 jährige Rentnerin an den Folgen eines Darmwanddurchbruchs. „Fest steht, daß unsere Mutter nicht an der Erkrankung verstorben ist, deretwegen sie eingewiesen wurde, sondern an den Folgen der Krankenhausbehandlung", schreiben die Angehörigen in einem Anklagebrief an die verantwortlichen Ärzte und Politiker.

„Wie ist es möglich, daß eine rüstige alte Frau, die selbständig bis wenige Tage vor ihrer Einweisung ihren Haushalt geführt ... wiederholt so starke Beruhigungsmittel bekommt, daß man sie am Nachmittag zur Besuchszeit ständig wecken muß, um sich mit ihr unterhalten zu können?" Warum vier Wochen lang eine Urinkatheter, der eine Blasenentzündung verursachte? Warum erst so spät ein Darmeinlauf, daß dadurch ein Darmwanddurchbruch auftrat, an dem sie starb. Wie konnte der Totenschein des diensthabenden Arztes, der auf „unnatürlichen Tod" lautete, verschwinden? Aufgedeckt werden konnten diese Vorgänge von den Angehörigen deshalb, weil sie vom dem betreffenden Arzt Dr. Lampe informiert wurden. Die Angehörigen wollten mit diesem Schritt an die Öffentlichkeit nicht Rache nehmen an einzelnen Lohnabhängigen im Krankenhaus, sondern sie schreiben: „Mit unserem Brief wollen wir einen Beitrag leisten, daß die Lohnabhängigen im Krankenhaus mit den Lohnabhängigen draußen gemeinsam für ein Krankenhaus kämpfen, das den Interessen der arbeitenden Menschen – auch und gerade, wenn sie alt und berentet sind – dient."

Die verantwortlichen Ärzte sind aufgefordert worden, den Brief allen Beschäftigten bekannt zu machen, was die angesprochenen Chefärzte bis heute nicht gemacht haben. Das Personal kennt natürlich den Brief.

Der Gesundheitsdezernent und Stadtrat Beste hat in der Woche, bevor der Brief der Angehörigen bekannt wurde, bereits die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, damit sicher gestellt werde, daß man nötigenfalls dem Volk einen Lohnabhängigen präsentieren könne, der für die Verbrechen geradestehen soll, die die Bourgeoisie an den Alten, Gebrechlichen und Kranken aus dem Volk begeht.

Daß dies die Aufgabe des Staatsanwaltes ist, wissen die Krankenschwestern und -pfleger. Deshalb reagierten einige von ihnen mit Angst und Ablehnung auf die Information der Angehörigen bzw. der Volksmassen. Aus dem Brief der Angehörigen geht aber hervor, daß die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sich mit den anderen Lohnabhängigen im gemeinsamen Kampf verbinden können.

Darüber ist die Bourgeoisie aufgeschreckt, denn den Lohnabhängigen in den Krankenhäusern hat sie die grausame und schändliche Aufgabe zugedacht, die Verrottung des Gesundheitwesens vor dem Volk zu kaschieren, zu beruhigen, zu beschwichtigen nach dem Motto: „Es wird schon alles Notwendige getan."

Hier muß die Bourgeoisie spalten. Der Staatsanwalt allein reicht nicht. Seine Absichten sind zu deutlich und stoßen auf allseitige Ablehnung bei den Volksmassen.

Der vorhandene Unwille bei vielen Assistenzärzten soll abgebogen werden. Dr. Lampe hätte sich vertrauensvoll an Oberärzte, Chefärzte oder Gesundheitsdezernat wenden sollen. Was soll das für ein Vertrauen sein, das auf Lügen und Vertuschung gegenüber dem Volk basiert. Weil sie ahnen, daß dieser Ratschlag nicht ziehen wird, haben sie rechtzeitig Dr. Lampe mit einem Redeverbot belegt und ihm mit Kündigung gedroht. Die dunklen Absichten der Bourgeoisie scheuen das Licht der Öffentlichkeit. Umso notwendiger müssen die Verhältnisse in den Krankenhäusern ans Licht gezerrt werden.

Enthüllungen wie in diesem Fall dienen den Interessen der Volksmassen. – (GUV Hannover)

Hamburg: Lehrerstreik von den Sozialdemokraten abgesetzt

Lemke und Frister „hoffen" auf Bürgermeister Klose (SPD)

Hamburg. Am 18.7. beantragte der Hamburger GEW-Vorsitzende Lemke im Hauptvorstand der GEW, am 25.7. in Hamburg den Warnstreik auszurufen, wie von 80 % der gewerkschaftlich organisierten Lehrer in einer Urabstimmung beschlossen. Mit 12 zu 7 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) wurde der Antrag abgelehnt. Begründung Fristers: Man dürfe dem Hamburger Senat, der sich für die Interessen der Lehrer im Bundesrat am 15.7. eingesetzt habe, nicht in den Rücken fallen.

Frister schlug eine „Entschließung" vor, in der SPD und FDP aufgefordert werden, sich gegenüber der CDU/CSU für die GEW einzusetzen. Für den Herbst werden bundesweite „Protest- und Kampfmaßnahmen" der GEW angekündigt, falls der Vermittlungsausschuß des Bundestages die Lohnsenkung für Stufenlehrer beschließt. Mit 20 zu 1 Stimmen wurde dem Antrag Fristers zugestimmt. Nur Lemke stimmte dagegen. Im Hamburger Landesvorstand plusterte er sich am 22.7. als „Kritiker" des Bundesvorstands auf und schlug vor, daß die Vertrauensleute-Versammlung am 25.7. dem anwesenden Frister folgenden Tadel erteile: „Die Gewerkschaftsspitze hat in einer für die gesamte GEW äußerst wichtigen Frage versagt." Mit dieser „Kritik" schloß sich die Mehrheit des GEW-Vorstandes Hamburg – allerdings „unter Protest" – dem Beschluß des Hauptvorstandes vom vergangenen Montag an.

Lemke nutzt seine Gegenstimme in Frankfurt als Alibi, um die Masse der Lehrer darüber zu täuschen, daß er sich auf derselben Linie wie Frister befindet, ob mit oder ohne Protest, wen schert's. Damit aber soll die heutige Vertrauensleutesitzung erneut getäuscht und in die Irre geführt werden. Während Millionen Beschäftigte in öffentlichen Diensten sich auf den Lohnkampf vorbereiten, sollen die Lehrer mit „Frister-Aktionen", die sich nur gegen eine Sache, nämlich die Einstufung der Stufenlehrer richten dürfen und noch nicht mal gegen die generelle Kürzung der Beamtenanwärterbezüge (siehe Frister-Brief in KVZ Nr. 29), von den Beschäftigen in öffentlichen Diensten abspalten lassen.

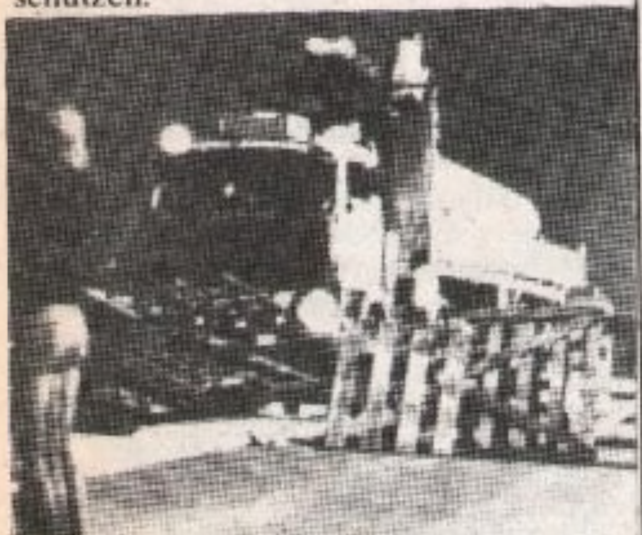
Das will sich Lemke von der Vertrauensleutesitzung gern bestätigen lassen. Aktionen vor der Zeugnisvergabe würden nur stören, denn die Hamburger Schulaufsicht schwingt gerade so wie in anderen Bundesländern den Notenknüppel gegen die Masse der Schüler. Die festgelegten Quoten für's Sitzenbleiben sollen in Hamburg ebenso wie anderswo erreicht werden.

Ebenso wie anderswo sollen die Lehrer durch Rationalisierung, politische Entrechtung und Lohndrückerei auf die Seite des bürgerlichen Staates gezerrt und zu dem Erfüllungsgehilfen seiner Politik gegen die Arbeiterklasse und das Volk gemacht werden. Aktionen gegen die Zeugnisvergabe an den Hamburger Schulen werden der Bourgeoisie zeigen, daß dazu die Lehrer nicht bereit sind. – (N-Red.)

Grohnde: Schwertransport gestoppt.

Grohnde. Am Donnerstag, den 21.7.77. kurz nach 3 Uhr, haben Gegner des Kernkraftwerks Grohnde einen Schwertransporter auf dem Weg zum Baugelände gestoppt. Die Aktion wurde von dem Lager aus durchgeführt, das seit Monaten auf dem Gelände zum Bau der Kühltürme errichtet ist.

Vier solcher Aktionen waren bereits fehlgeschlagen. Diesmal hat es geklappt. Die geladenen Kranteile waren mit vereinten Kräften entladen, ehe die Polizei sich zum Gegenangriff formieren konnte. Danach griffen Polizeitruppen das Lager mit Knüppeleinsatz an. Der Angriff konnte abgewehrt werden. Die Polizeiführung ließ Verstärkung auf das Baugelände fahren. Vom Lager aus wurden über Melder mehrere Bürgerinitiativen alakiert. In sehr kurzer Zeit gelang es, ca. 550 Menschen auf dem Lager zusammenzuziehen, um es gegen Polizeiüberfälle zu schützen.



Die Polizeitruppen wagten daraufhin keine weiteren Angriffe auf das Lager in der Nacht von Donnerstag auf Freitag. Die Aktion war ein Erfolg im Kampf gegen das Energieprogramm der Bourgeoisie. Insofern hat die Hetze der Bourgeoisie nicht verfangen: „Grohnde kostet Monat für Monat 8 Millionen DM / Die Preußen Elektra gibt die 'Verzögerungskosten' weiter in höheren Strompreisen / 1976 mit gutem Ertrag“ so Titel und Untertitel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 20.7.77, so ähnlich die Artikel auf den Wirtschaftsseiten der übrigen Bourgeoispresse. Schlecht ist aber, daß die Kampierer im Lager in Grohnde sich nicht darin einig sind, daß man sich im Kampf gegen das Kernenergieprogramm des imperialistischen Staates, gestützt auf die objektiven Interessen der Arbeiter und Bauern der Umgebung, mit diesen zusammenschließen muß, soll es der Bourgeoisie nicht gelingen, den gemeinsamen Kampf zu spalten. Wer das bewußt bestreitet steht selber auf Seiten der Bourgeoisie.

Die Entladung des Schwertransporters hat den Kampf der Volksmassen um Grohnde jedoch großen Auftrieb gegeben, weil es sich um eine Aktion handelt, die massiv die Fertigstellung des Kernkraftwerks behindert. Das entspricht den Interessen der Massen.

„Das mit dem Kernkraftwerk ist noch lange nicht gegessen“, meinte ein Bauarbeiter in Hameln bei einer Kundgebung vor der Polizeiwache für die Herausgabe von fünf beschlagnahmten Autos am Freitag.

Berufsverbot gegen Rechtsreferendar

Göttingen/Hannover. Vor drei Tagen erfuhr Rechtsreferendar Bernd-Michael Weide, daß er während seines Urlaubs mit sofortiger Wirkung aus dem Beamtenverhältnis entlassen worden ist. Damit soll verhindert werden, daß er Rechtsanwalt werden kann. Mitte letzten Jahres wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Er ist dafür bekannt, daß er die KVZ verkauft. Besonders schwerwiegend ist, daß er bei der polizeilichen Durchsuchung der KBW-Druckerei dem betroffenen Genossen beigestanden ist und den in Isolationshaft geworfenen politischen Gefangenen R. Recke besucht hat, während er bei der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung und Unterdrückung der Massen abgerichtet werden sollte. In beiden Fällen hat sich die bürgerliche Klassenjustiz nicht durchsetzen können. Vor wenigen Monaten mußte Recke aufgrund des vom KBW geführten Kampfes freigelassen werden. Die Bourgeoisie hatte vergeblich gedacht, die fortschrittlichen Juristen und Rechtanwälte mit ihrem Ausbildungsmonopol und Beamtenrecht und mit dem Verteidigerausschlußgesetz in den Griff zu kriegen, um den Klassenkampf aus den Gerichtssälen zu treiben. Das jetzige Berufsverbot ist der Beginn des Versuchs, durch frühzeitigen Ausschluß fortschrittlicher Juristen das zu erreichen, um der Verschärfung des Klassenkampfes gewachsen zu sein.

„Gewehre für die Jugend Zimbabwes“

Hamburg. Der KJB Hamburg hat insgesamt 379 DM aus Geldern von Schülern und Arbeiterjugendlichen für die ZANU gesammelt. Bei einem ZANU-Sportfest, das gegen das Verbot des bürgerlichen Staates durchgesetzt worden war, wurden 147 DM gesammelt. Der Rest wurde bei ZANU-Basaren in den Stadtteilen Eimsbüttel, Langenhorn und Barmbek gespendet.

Auf der abschließenden Feier der ZANU-Sportfestes wurde beschlossen, die Sammlung in den Schulen verstärkt anzugehen. Zu diesen 379 DM muß man noch über 800 DM hinzuzählen, die auf der 1. Mai-Feier des Bezirksverbandes Hamburg/Unterelbe vom KJB gesammelt wurden.

Lernen in den Ferien

Jugendlager der KJBs / Politische Kundschaft auf dem Lande

Vom Zeltlager der Kommunistischen Jugendbünde in Simonsberg aus haben wir über zwei Tage eine politische Kundschaft durchgeführt. In kleinen Trupps sind die Teilnehmer vom Lager mit dem Auto oder zu Fuß los. Vorher waren kurze Referate zur Lage der Bauern, der Fischer sowie der Arbeiter- und Schuljugend auf dem Land gehalten worden. Jeder Trupp hat dazu einen Fragebogen mitbekommen als Leitlinie für die weitere Untersuchung. Bis 17 Uhr mußte jede Gruppe den angegebenen Zielort erreicht, bis 20 Uhr eine Übernachtungsmöglichkeit gefunden haben. Die Rückkehr war auf spätestens 17 Uhr des nächsten Tages festgelegt. Die politische Kundschaft hat gezeigt, daß den revolutionären Auffassungen der Kommunisten auf dem Land viel Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das zeigt sich in den vielfältigen Untersuchungsberichten der Trupps. Die meisten Trupps haben einen Schlafplatz beim Bauern gefunden. Im folgenden der Bericht der Siemens-Zelle des KJB Westberlin, die bei der Auswertung den 1. Preis erhalten hat, ein Zimbabwe-Bildtransparent, das die Lagerwache in der Zwischenzeit angefertigt hat.

Wir fahren zu viert nach Brokdorf; haben uns vorgenommen, zum Bauern zu gehen.

Der erste Bauer, wo wir waren, der griff uns gleich an, als wir ihm sagten, daß wir vom KJB seien. „Die Roten haben hier nichts zu suchen.“ Später bekamen wir raus, dieser Bauer hatte zwei Höfe, je 30 ha, und hatte für den Verkauf von einem Teil seines Landes von den Kernkraftwerkskapitalisten viel Geld bekommen.

Wir gehen weiter zum nächsten Hof. Erklären dem Bauern, daß wir vom Zeltlager kommen der KJB's und etwas rauskriegen wollen über die Lage der Bauern. Mitarbeiten würden wir gerne. Der ist auch gleich damit einverstanden. Gibt uns Schippen und Besen, wir helfen mit, den Stall auszumisten. Der Bauer erzählt uns: „Der Hof gehört meinem Schwiegervater. Der besitzt noch einen, wo er selbst arbeitet. Der Hof hier ist 26 ha groß. Getreide bauen wir nicht mehr an. Bodenproben haben ergeben, daß der Boden nicht genug hergibt. Wir haben hier nur noch Milchwirtschaft, 37 Kühe, und Schweine. Knechte können wir uns nicht leisten, betreiben den Hof hier als Familie.“

Es geht weiter. Wir helfen die Kühe mit eintreiben und melken. Uns macht's Spaß, den Kühen weniger. Dem Bauern gefällt es, uns aus der Stadt mal zu zeigen, wie die Bauern produzieren.

Was wir machen, und ob die Kommunisten etwas gegen die Bauern hätten, will er wissen. Wir erklären es ihm: Die Arbeiter und Bauern müssen die Gesellschaft leiten, weil sie schaffen alles, nicht die Kapitalisten. Das interessiert ihn. Er will mehr von uns erfahren. Die Bäuerin hat uns Abendbrot gemacht. Wir quatschen beim Glas Milch. Wissen jetzt endlich mal, wie Milch frisch aus der Kuh wirklich schmeckt. Die Bauern kriegen 53 Pfennig pro Liter Milch, wir zahlen 1,15 DM. Absahnen tun die Banken über die Genossenschaften, erzählt er. „Ihr habt ja gar nicht so unrecht mit dem, was ihr sagt, aber ob die Bauern sich einigen können?“

Beim Abendessen lernen wir auch seine Kinder kennen. Zwei gehen noch zur Schule. Einer lernt Bauer, der andere hat Schmied für landwirtschaftliche Maschinen gelernt. Sie fordern uns auf, mitzukommen. 13 Jugendliche haben sich eine alte Scheune als Kneipe umgebaut. Dort kommen die Jugendlichen aus dem Dorf und Umgebung zusammen. Es ist billig, man wird vom Kneipenwirt nicht ausgenommen. Es wird ein gemütlicher Abend. Die Landjugend interessiert sich sehr für das, was die Kommunisten machen. Kein Wunder. Einer erzählt, er arbeitet auf der Werft. Anfangen tut ein Facharbeiter hier mit 8,00 DM die Stunde. Die Lehrlinge kriegen lumpige 150 DM im ersten Lehrjahr. Gegen das imperialistische Energieprogramm sind sie fast alle. Die Jugendlichen berichten von der täglichen Schikane der Polizei. „Seitdem die Bullen hier so zahlreich sind, ist's übel. Fährt einer, der erst 15 ist, Trecker, wird er angehalten. Anzeige. Wir wollten ein Lagerfeuer. Zwei kamen gleich rüber. Feuer ausmachen. Alleine trauen die sich hier überhaupt nicht aus ihrer Festung raus.“

Zwei KVZ können wir verkaufen, gehen dann schlafen. Der Bauer hat uns erlaubt, auf seinem Heuboden zu pennen. Morgens werden wir um halb sieben vom Trecker geweckt.

Ein Genosse kann mitfahren aufs Feld. Die Bullen füttern. Der Bauer läßt ihn auch mal mit dem Trecker rumgurken. Selbst ist er schon seit 4.30 Uhr auf den Beinen.

Dann gibt's Frühstück. Für jeden ein Ei dazu. Der Bauer will noch genaueres wissen, was wir wollen. Von wegen Genossenschaften und so. Wir erklären es ihm. Er kauft eine KVZ. Wir helfen ihm noch den Schweinestall ausmisten und seine kleine Werkstatt aufräumen. Er verabschiedet uns dann am Vormittag bei einer Flasche Bier. Er rät uns, ins Informationszentrum der Kraftwerk-Kapitalisten hier in Brokdorf zu gehen.

Wir tun's. Danach fehlen vom Modell Kernkraftwerk Brokdorf ein Kran und ein Abluftkamin.

Weiter geht's nach Brunsbüttel. Wir besichtigen dort die Schleuse des Nord-Ostsee-Kanals. Eine Ausstellung haben sie dort eingerichtet, die propagiert diesen Kanal als Mittel der deutschen bzw. westdeutschen Expansion im Handelskrieg wie im „heißen“ Krieg. Wir besorgen uns ein kurzes Referat über die Geschichte des Nord-Ostsee-Kanals. Der, der diese blutige Geschichte den Leuten schmackhaft machen soll, hat jetzt keins mehr.

Eine Schleusenkammer wird gerade repariert. Zehn Arbeiter steigen gerade aus einer Druckausgleichskammer. Der Durchgang, steht, sei für Besucher verboten. Wir sind nicht bloß Besucher, sondern Kommunisten. Gehen also hin zu den Kollegen. Die haben auch überhaupt nichts dagegen. Erzählen uns: „Wir haben gerade in 21 Meter Tiefe gearbeitet. Dazu mußt du erst in diese Kammer für 60 Minuten, um dich langsam dem Druck anzupassen. Nach Arbeit wieder für 70 Minuten. Dies geht auf die Gesundheit bei der Hetze hier.“ Fast alles sind es junge Arbeiter, die sich hier kaputt machen für die Kapitalisten, lange hält's keiner aus.

Am Nachmittag sind wir wieder im Lager, haben viel gelernt in den zwei Tagen. Klar ist uns, wenn man's anpackt, wird es gelingen, daß genauso wie die Arbeiter und Bauern sich zusammenschließen, auch die Arbeiterjugend sich mit der Landjugend verbindet. Dann gibt's die Kapitalisten nicht mehr lange.

Lernen in den Ferien – Angebote der Bourgeoisie

„Die Sommerferien gehen mit Schularbeiten drauf“, schreibt „Brigitte“ in Heft Nr. 6/77. Eine Mutter beschreibt ihre Erfahrungen mit einem sitzengebliebenen Sohn. Alles halb so schlimm: „Der Lehrer meines Sohnes ist nett. Vielleicht hätte ich mich während des Schuljahres öfter mit ihm beraten sollen.“ (Eltern kümmern sich nicht genug.) Ein Nachhilfelehrer für 15 DM die Stunde wird engagiert, der Sohn soll die Nachprüfung, die nach den Schulgesetzen einiger Bundesländer möglich ist, am Anfang des neuen Schuljahres machen. Er fällt auch da durch, damit die Geschichte recht lebensecht wird. Die Mutter hat inzwischen festgestellt – anhand ihrer alten Schulzeugnisse – daß sie in diesem Alter auch nicht die beste war. Da sie nicht berufstätig ist, hat sie Zeit, in alten Sachen zu kramen und „fühlt“ deshalb auch mit dem Sohn. „Er (der Sohn) hofft, daß einer oder zwei davon (Freunde aus der alten Klasse) im nächsten Sommer durchfallen und dann wieder bei ihm sind.“ So endet die Geschichte aus dem Leben einer Bourgeoisfamilie.

Wer schon in der Hauptschule gegen die Schulunterdrückung rebelliert, fliegt raus ohne Abschluß. „Bis zu 60 % ohne Hauptschulabschluß“, stellt die HAZ am 22.7. fest, unter „jugendlichen Arbeitslosen und gleichaltrigen Hilfsarbeitern.“

„Bessere Berufschancen durch Tages- und Abendlehrgänge“ versprechen die „Kieler Nachrichten“ vom 20.7. „Die Volkshochschule hat in den letzten Jahren kontinuierlich ihr Angebot zum Nachholen von Schulabschlüssen ausgeweitet. Die Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt zwingt dazu.“

Ihre Lage als Hilfsarbeiter in den unteren Lohngruppen bzw. fortdauernde Arbeitslosigkeit zwingt einen Teil der jugendlichen Arbeiter zurück in die Schule, aber auch hier wählt die Bourgeoisie weiter aus, „da nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen zur Verfügung steht.“ Also heißt es hier in der Tat, sich vorbereiten auf die „Aufnahmeprüfung“.

Aber lernen sollen die Schüler auch sozusagen spielend in den Ferien. In der „Aktion sauberer Stadtwald“ hat sich die Stadt Hannover 1 000 junge ehrenamtliche und vor allem unentgeltliche Helfer engagiert, die, wie die HAZ vom 6.6. berichtet, zusammen mit 1 000 weiteren unentgeltlichen erwachsenen Helfern „einen Berg Müll, so groß wie ein mittleres Zweifamilienhaus“ zusammengesammelt haben. „Wenn die Jugendlichen Umweltbewußtsein entwickeln, ist schon vieles gewonnen“, meinen die Organisatoren in der Presse. Als ob mit dem Sammeln von Papierfetzen etwas dagegen gewonnen sei, daß unter der Kapitalistenherrschaft die Produktion nach dem Profit organisiert wird ohne Rücksicht auf Zerstörung und Verseuchung von Luft, Land und Wasser.

Gewonnen, meinen die Herren, hätten sie mit „einer Vorlaufaktion in den Schulen mit Aufkleberfigur Ummi, dem kleinen Umweltverbesserer.“ Nach den Ferien läßt sich der ideologische „Gewinn“ dann auch leicht durch einen Deutschaufsatz mit entsprechender Bewertung überprüfen.

Der Realität können die Ferienlernprogramme der Bourgeoisideologen nicht standhalten. – (N-Red.)

Unter der Flagge „Schaffung von Ausbildungsplätzen“: Schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterjugend

Eine Million DM schießt die niedersächsische Landesregierung den VW-Kapitalisten zu. Dafür offerieren die VW-Kapitalisten in Emden 31 „zusätzliche“ Ausbildungsplätze.

Bei VW Emden sind zur Zeit 72 Lehrlinge, davon 51 im gewerblichen und 21 im kaufmännischen Bereich. Von den Betriebsschlosserlehrlingen ist bekannt, daß sie seit 1974 nicht mehr als Facharbeiter übernommen worden sind, sondern von den Kapitalisten vor die Alternative gestellt worden sind: ans Band oder Rausschmiß. Jetzt planen die VW-Kapitalisten, die Ausbildung auf „Produktionsfacharbeiter“ umzustellen. Das bedeutet: Die Lehre wird auf zwei Jahre verkürzt. Der Zweck: den Lohn der Arbeiter noch tiefer zu drücken und die Jugend vollends zum Anhängsel der Maschine abzurichten. Die Ausbildung wird auf die Kenntnisse reduziert, die notwendig sind, um nach der Lehre am Band bei Defekten die notwendigen Reparaturen ausführen zu können. Das machen bisher die Facharbeiter. Die sollen eingespart und die Arbeitszeit der Bandarbeiter verdichtet werden.

Man kann jetzt folgende Rechnung aufstellen: Was kostet die VW-Kapitalisten dieser Schritt? Die Lehrzeit wird um ein Drittel reduziert. Bei der gegenwärtigen Ausbildungskapazität würde das bei den 51 gewerblichen Lehrplätzen demnach 17 „zusätzliche“ Lehrstellen „schaffen“, ohne daß die Kapitalisten einen Pfennig zusetzen. Sie werden im Gegenteil ihre Profite vergrößern, weil der höhere Lehrlingslohn für das dritte Lehrjahr entfällt.

Kultusminister Remmers weiß schon, warum er den VW-Kapitalisten Millionen versprochen hat...

Nachdem dies Projekt zur Profitförderung den Handwerkskapitalisten bekannt wurde, forderten diese unverzüglich „Gerechtigkeit“. Die Elektroinnung preschte vor: „Der Minister soll aufgefordert werden, in Emden Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen. Dabei, so betonen alle Handwerksvertreter, ist nicht daran gedacht, dem VW-Werk den Zuschuß streitig zu machen, vielmehr erwartet man entsprechendes Entgegenkommen auch für das Handwerk.“ (Ostfriesenzeitung, 16.7.77)

Minister Remmers vier Tage darauf: „Wenn die mir ein Projekt nennen, können sie auch einen Zuschuß kriegen.“ Er gab ein Beispiel: „Bei Gesamtkosten von einer Million würden wir etwa 200 000 DM zuschießen.“

Der bürgerliche Staat fördert unter der Flagge „Schaffung von Ausbildungsplätzen“ die Profite der Kapitalisten. Ausgeplündert werden dafür die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Sie zahlen das „Lehrgeld“ auf neue Weise. Was die Arbeiterbewegung in den Lohnkämpfen um die Erhöhung des Lehrlingslohns den Kapitalisten abgezwungen haben, holt der Staat den Kapitalisten wieder herein.

Remmers hat ein Herz für Ostfriesland. Den Hinrichs, Oberst a.D., hat er geschickt, der sich kasernenhofmäßig um die Jugend kümmern soll. Seinen diesjährigen Urlaub hat der Kultusminister auf der Insel Langeoog verbracht. Gute Beziehungen verbinden ihn mit der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg. Im Jahresbericht der IHK heißt es: „Nach ausführlichen Beratungen in den zuständigen Gremien hat die Kammer beim Niedersächsischen Kultusminister angeregt, ein Vier-Punkte-Programm als Modellfall von Sondermaßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit im Jahre 1977 in Ostfriesland und Papenburg zu verwirklichen. Es soll unter anderem zeigen, wie schulorganisatorische Maßnahmen oder finanzielle Anreize das Angebot an Ausbildungsplätzen in der Region erhöhen.“ Die VW-Million ist Bestandteil der Umsetzung des Programms: „Wegen der besonderen Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region sollen in Emden 85 Ausbildungsplätze in gewerblich-industriellen Ausbildungsberufen bezuschußt werden. Für Hauptschüler ohne Abschluß und Sonderschüler, die aufgrund ihrer speziellen Lernausrichtung eine reguläre Berufsausrichtung nicht durchlaufen können, sind 20 Ausbildungsplätze in einer zweijährigen Berufsausbildung zum Metallwerker in Emden geplant.“

Die Kapitalisten wollen nicht alleine staatliche Zuschüsse, um dem Druck auf die Profitrate zu begegnen. 300 Schulabgänger sind in Emden ohne Arbeitsplatz, meldete das Arbeitsamt. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist von Mai zu Juni um 14,5 % von 800 auf 915 gestiegen.

Die Kapitalisten nutzen den Druck der Jugendarbeitslosigkeit, die gesetzmäßig der Profitproduktion entspringt, auf die Jugend und die gesamte Arbeiterklasse zum Angriff auf die bestehenden Schutzrechte und Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für den Bereich Weser-Ems Adolf Eden unterstützt die Forderung der Handwerkskapitalisten nach entsprechendem Landeszuschuß wie bei VW: „Die Schaffung von Ausbildungsplätzen ist in den letzten Jahren durch neue Gesetze keineswegs erleichtert worden. Adolf Eden glaubt, daß für ein strukturschwaches Gebiet, wie es Ostfriesland nun einmal sei, Lockerungen angebracht seien, um letztlich die Anstrengungen des ostfriesischen Handwerks zu honorieren.“ (Nach einem Bericht der Ostfriesenzeitung vom 16.7.)

Arbeitsamtsdirektor Baumann gibt in derselben Zeitung am 28.5.77 bekannt, was die Kapitalisten wollen: Der Lehrlingslohn ist ihnen zu hoch, die Lehrlinge sind zu häufig abwesend wegen der Berufsschultage, die gesetzlichen Reglementierungen belasten. Im Klartext: Die letzten Schranken, die die Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung ihrer Jugend erkämpft hat, sollen fallen. Verwohlfeilerung der Arbeitskraft!

So auch der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, der Peiner Lehrer Horst Horrmann vor „kleinem Kreis“ im ostfriesischen Filsum. Er machte Ausführungen über „Jugend ohne Chance?“. Horrmann hält die paar Stunden Berufsschulunterricht für zu viel, und der Angriff, der mit der Reform des Jugendarbeitsschutzgesetzes auf die Arbeiterjugend geführt wurde mit Einführung von Akkord-, Band- und Schichtarbeit, geht ihm noch nicht weit genug. Mit einer „sozialen Hängematte“ dürfe man den Heranwachsenden nicht zufriedenstellen. Er geriete sonst in die Gefahr, sich nutzlos vorzukommen.

Die Jugend soll ein Spielball werden für die unersättliche Profitgier der Kapitalisten. Das ist die Zukunft, in die die Bourgeoisie die Arbeiterjugend hineinpressen will. Dagegen ist Kampf nötig um Schutzrechte für die Jugend und für die Einheitsschule als Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse zum Sturz der drückenden Ausbeuterherrschaft und für die soziale Befreiung. – (Bezirk Weser-Ems)

„Militärische Zwecke haben Vorrang"

Die Bourgeoisie rüstet für den Krieg / Das wird von den Bauern bekämpft

Osterholz-Scharmbeck. Mit Riesenschritten ve·sucht die Bourgeoisie jetzt, ihr Vorhaben, in Garlstedt 3 000 US-Söldner zu stationieren, über die Bühne zu ziehen. Versuchen muß sie dies gegen den Widerstand der Arbeiter und Bauern im Kreis Osterholz-Scharmbeck. Zahlreiche Versammlungen haben stattgefunden, in denen Landtagsabgeordnete und Stadtverwaltung der Forderung der Bevölkerung gegenüberstanden. Regelmäßig spielten sich diese widerlichen Heuchler auf diesen Versammlungen als Verteidiger des „amerikanischen Volkes" auf. „Auch die Frau Smith aus Washington mit ihren drei Kindern kommt nicht freiwillig", sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Otte auf einer Bürgerversammlung im April, und weiter, man solle die neuen Bürger in der Stadt aufnehmen und nicht ausschließen.

Während sich die Stadtbourgeoisie in der Öffentlichkeit so sehr um das „amerikanische Volk" sorgt, tritt sie die Interessen der Arbeiter und Bauern mit Füßen. Fieberhaft wird am Bau der Kasernen und Wohnblöcke in Garlstedt gearbeitet, um den sich organisierenden Widerstand mit Tatsachen zu ersticken, die Stationierung als „unvermeidlich" auszugeben und die Debatte darauf abzulenken, wie man die „Reibungspunkte" möglichst gering halten könne. Im „Osterholzer Kreisblatt" jubelten die Bourgeois am 15.7. unter der Überschrift „Garlstedter Heide ein Schlachtfeld der Arbeit" über den Fortschritt ihrer Bemühungen.

Viel Geld lassen die westdeutschen und amerikanischen Imperialisten sich dieses Vorhaben kosten. Eine neun Meter breite Panzerstraße und rund acht Kilometer Straßen mit sechs Meter breiten Fahrbahnen, Beleuchtung usw. sollen im Herbst fertig sein. Weiter werden die „Kosten für die landschaftsgärtnerische Gestaltung der Garlstedter Garnison auf rund 20 Millionen Mark geschätzt". (Osterholzer Kreisblatt) Am 14.7. kann man unter der Überschrift „Grund und Boden wird in Garlstedt enteignet – militärische Zwecke haben Vorrang" lesen, wie sie daran gehen, die Existenz der Bauern zu vernichten. „Mit Enteignungsverfahren wird jetzt das letzte Kapitel der vor zwölf Jahren eingeleiteten Erweiterung des Truppenübungsplatzes Garlstedt geschrieben." Dieser Tage war in der Zeitung unter „Amtliche Bekanntmachung" zu lesen: „Auf Antrag der Bundesrepublik Deutschland, letztlich vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hannover, sollen für das Verteidigungsvorhaben Truppenübungsplatz Garlstedt – Erweiterungen" folgende Flurstücke enteignet werden..." Am 3. August soll im Osterholzer Kreishaus mit den Bauern erstmal verhandelt werden. „Dabei steht auch eine sogenannte vorzeitige Besitzanweisung nach dem Landesbeschaffungsgesetz (LBG) für Aufgaben der Verteidigung zur Debatte." (Osterholzer Kreisblatt) Das heißt nichts anderes, als sofortige Zwangsenteignung gleich sofortiger Ruin dieser Bauern. „Rund 40 Grundbesitzer waren aufgefordert, ihren Grund und Boden im Wald und auf der Heide gegen entsprechende Entschädigung zur Verfügung zu stellen."

Viele Bauern haben dem massiven Druck der Stadtbürokratie nicht mehr standgehalten und verkauft. Zum Leidwesen der Bourgeoisie „blieb schließlich ein harter Kern, der auf seinen Grund und Boden nicht verzichten will. Die notwendige Arrondierung des erweiterten Garlstedter Truppenübungsplatzes konnte nicht vollzogen werden. Rund 20 ha Land der benötigten Flächen befinden sich heute noch nicht im Besitz des Bundes. Die verschiedenen Flurstücke liegen mitten im künftigen Kasernenareal der im Bau befindlichen US-Garnison und werden jetzt benötigt". (Osterholzer Kreisblatt, 14.7.77)

Die Bauern Martin Tietjen und Johann Steilen aus Buggehorn gehören zu den Betroffenen. Sie bewirtschaften zwei rund 300 Morgen umfassende Vollerwerbsbetriebe. Das Land, das ihnen enteignet werden soll, ist ihr bestes Ackerland. Ein Verlust dieses Landes würde die Ruinierung ihrer bäuerlichen Existenz bedeuten. Bauer Tietjen sagte, „daß er auch für eine angemessene Entschädigung kein entsprechendes Ackerland neu erwerben könne." Schon 1936 war geplant, daß dies Gebiet ein riesiger Truppenübungsplatz werden soll. Schon damals haben die Bauern aus Buggehorn erfolgreich ihre Existenz verteidigt. Klar ist ihnen, daß über die Verhandlungen für sie nichts herauskommen wird. Klar ist ihnen auch, daß man mit Trekkern auf das Land fahren und es verteidigen müßte. Sie sehen jedoch noch nicht die Kraft, die dies erreichen könnte. Diese Kraft gilt es herzustellen durch die Einheit der Bauern und Arbeiter im Kreis. – (k/Bezirk Bremen-Unterweser)

Plünderung der Arbeiterbevölkerung bis aufs letzte Hemd

Apels Steuerphilosophie des Finanzkapitals

Nachdem die Bourgeoispolitiker das „Steueränderungsgesetz 1977" unter Dach gebracht haben mit Mehrwertsteuererhöhung von 11 auf 12% und für die Kapitalisten die Erleichterung von den verschiedenen geringen Steuern, die sie zu zahlen haben, machen die bürgerlichen Politiker jetzt einen großen Wind um die Lohnsteuer.

Wie die Sache anzusehen sei, hat Apel bei Verabschiedung des Steuergesetzes im Bundestag erklärt:

„Was die Lohnsteuer anbelangt, so können wir feststellen, daß wir hier eine Art Gesetz haben – das wir durch die Einkommen- und Lohnsteuerreform des Jahres 1975 wenigstens vorübergehend deutlich durchbrochen haben –, nach dem sich das Lohnsteueraufkommen alle fünf Jahre verdoppelt."

So ist es wörtlich im Protokoll des Deutschen Bundestages vom 16. Juni vermerkt. Das ist – kurz gefaßt – die Lohnsteuerphilosophie des Finanzkapitals: Die „Art Gesetze", die die Finanzbourgeoisie hat, sind bekanntlich keine Naturgesetze, sondern von ihren Politikern gemacht. Und sie sind nicht blind gemacht, sondern so, daß sie die Wirkung erreichen, sofern die Arbeiterklasse dieser fünfjährigen Verdoppelung ihrer Ausplünderung keinen Widerstand entgegensetzt.

Die Besteuerung des Lohns durch die Bourgeoisie zur Finanzierung ihrer gemeinsamen Staatsgeschäfte besteht aus einem ausgeklügelten System von Steuersätzen und Festlegungen der Einkommensgrenzen, in denen diese Sätze rasch ansteigen, damit sich in fünf Jahren das Lohnsteueraufkommen verdoppelt. Gleichzeitig müssen Vermögen und Einkünfte der Bourgeoisie und ihres Aufsichtspersonals gesichert werden.

Die Methode und Wirkungsweise ist plastisch und aus dem Vergleich der Abzüge auf dem Lohnzettel in diesem Jahr zum letzten Jahr leicht zu erkennen: mit dem nominalen Anstieg wächst zugleich der Steuersatz drastisch an, so daß kaum etwas bleibt. Für die Kapitalisten hat das einen doppelten Vorteil: es bringt ihnen die Finanzmittel, um den Staatsapparat für ihre imperialistische Politik einzusetzen. Und es bringt zugleich die Arbeiter in die Zwangslage, im Akkord, durch Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit die notwendige Ergänzung zu dem nicht mehr ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag zu suchen.

Unvermeidlich bildet das einen Kreislauf von zunehmender Ausplünderung und verschärfter Ausbeutung, aus dem es keinen Ausweg gibt, ohne das System dieser Steuerfallen zu zerschlagen: das heißt gegenwärtig einen Betrag von mindestens 1500 DM monatlich lohnsteuerfrei zu erkämpfen und einen Lohn für den Normalarbeitstag, der die notwendigen Lebensmittel ersetzt.

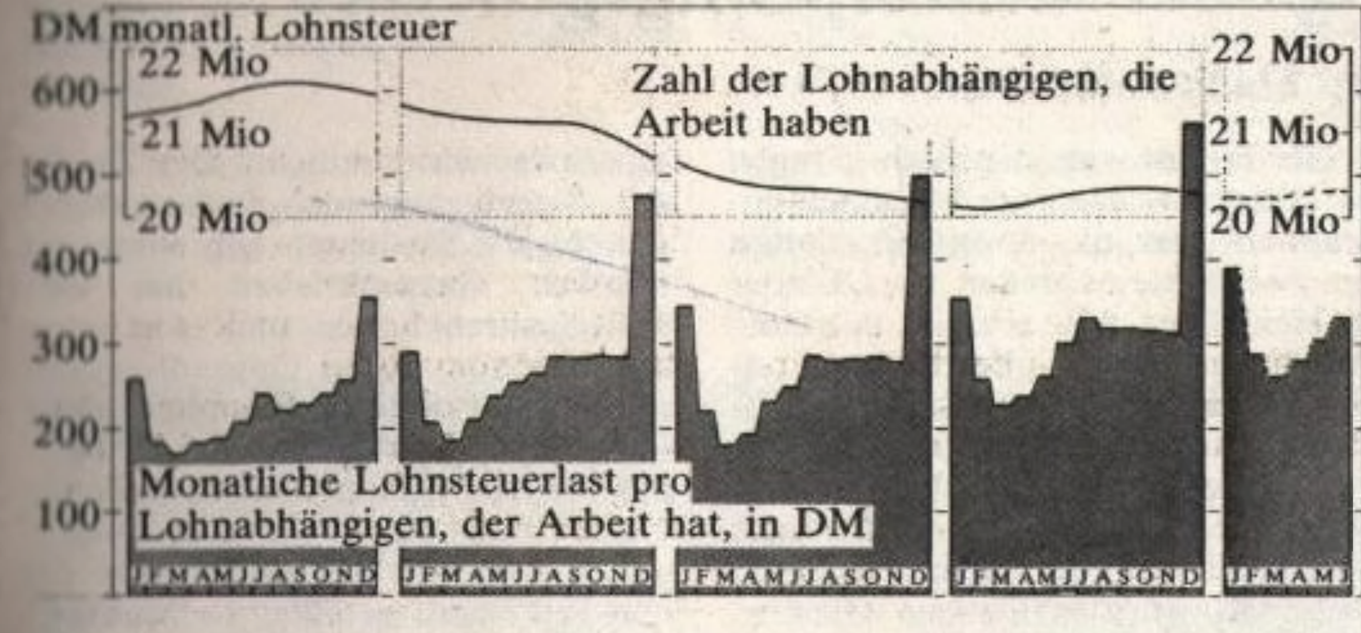
Apel und das ganze Lumpenpack bürgerlicher Politiker, die gegenwärtig „Besorgnis" über die Lohnsteuer heucheln, haben das Gegenteil im Sinn. „1980", sagt Apel, sei die Reform „fällig". *Tatsächlich* sind dann wieder fünf Jahre um seit der „Lohnsteuerreform 1975". Bis dahin, so Apel in der „Bild"-Zeitung, soll der Anteil der Lohnsteuer an der Finanzierung des Bourgeoishaushaltes von jetzt 30% auf 40% angestiegen sein, „wenn nichts geschieht".

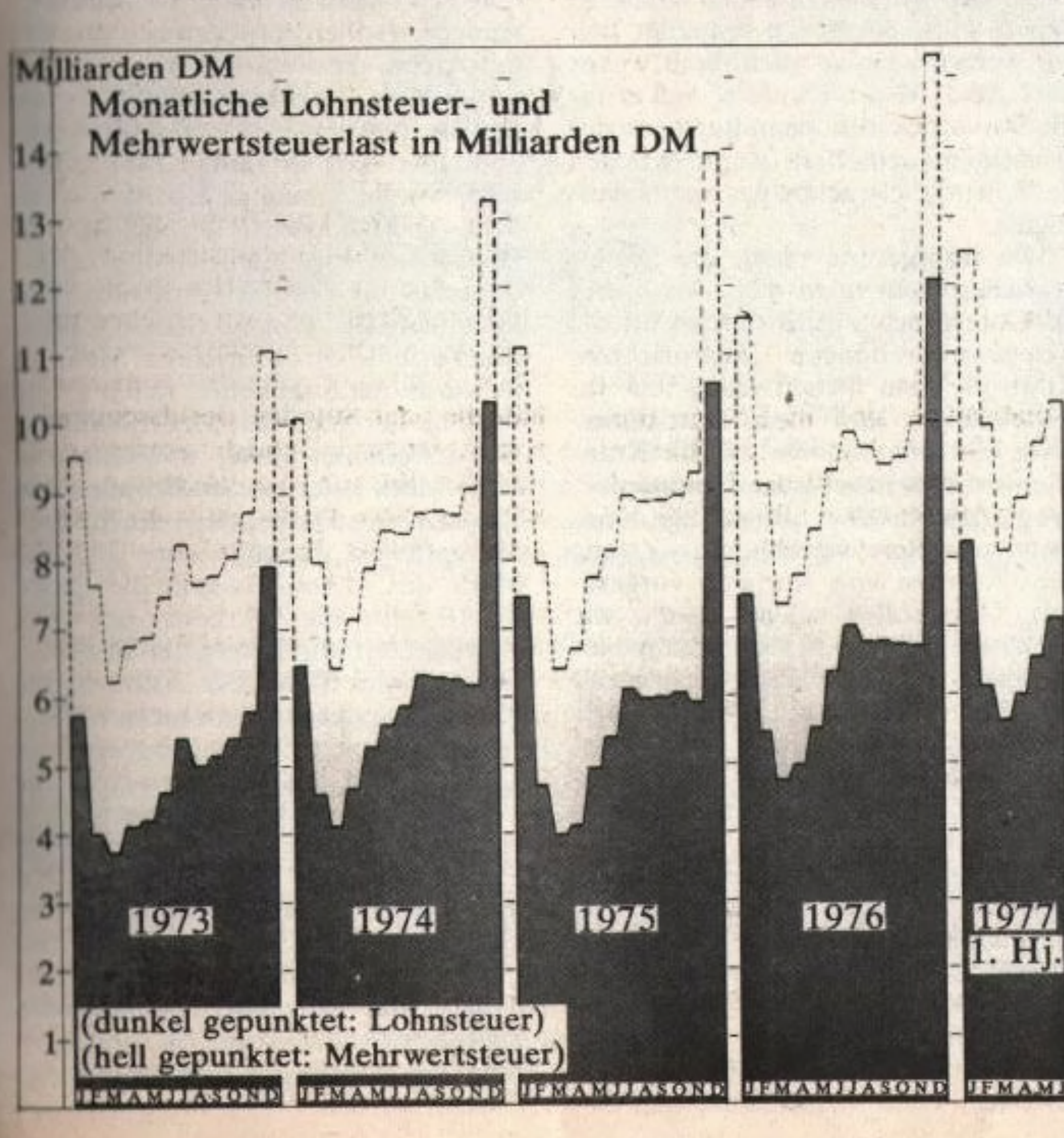
Dafür verlangt Apel „Ruhe an der Steuerfront". Dann hält Apel nach der „Art Gesetze" den Zeitpunkt für gekommen, die Fallen wieder neu einzustellen, damit sie ihre Wirkung nicht verlieren.

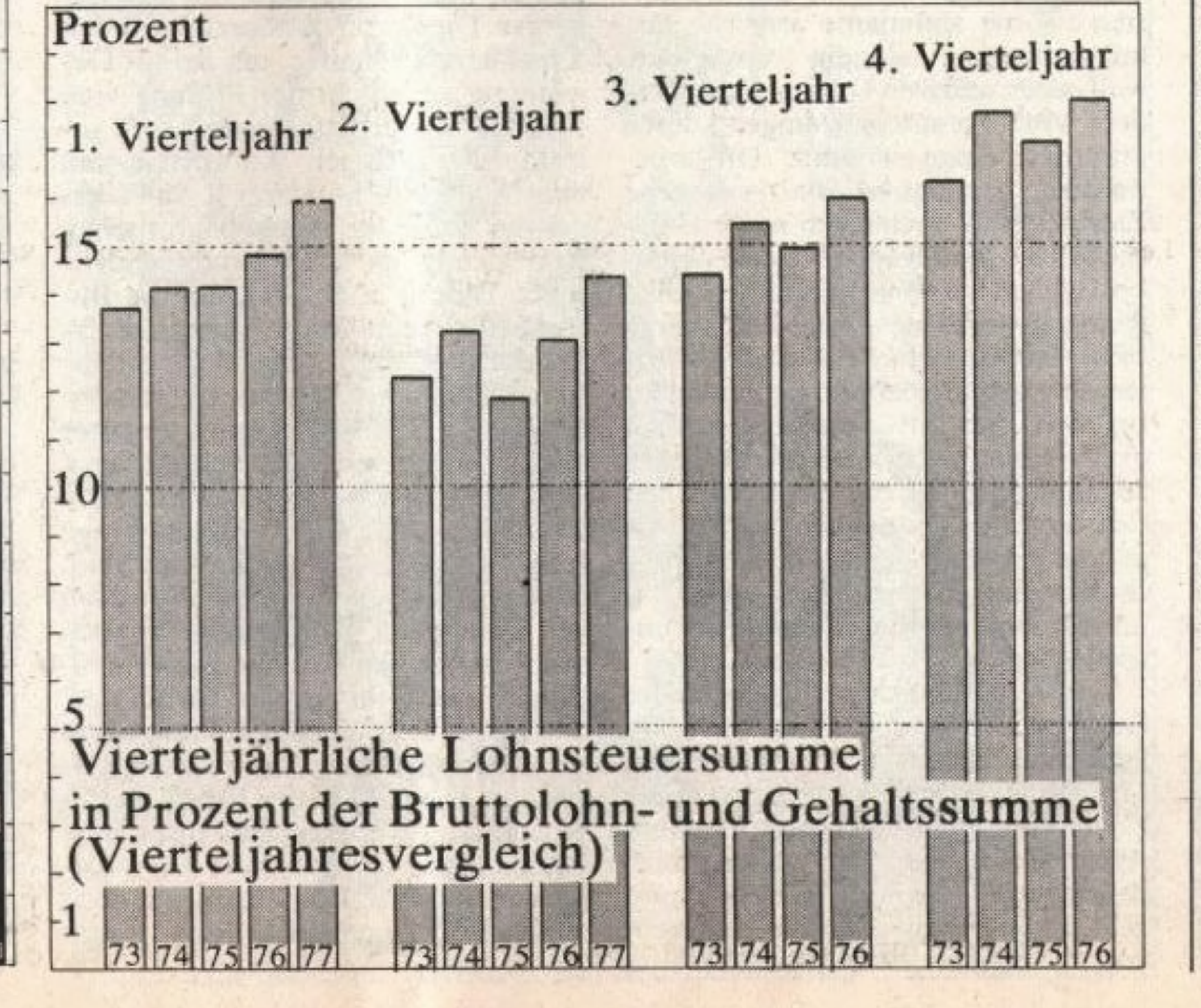
Für das Schärfen der Steuerfalle 1975 haben wir die Ergebnisse aufgezeichnet. Noch nicht einmal für das Jahr 1975 hat diese Reform eine „Atempause" bedeutet, denn die mit 71,2 Milliarden fast gleich große Lohnsteuersumme wie 1974 (72,0 Milliarden) wurde aus einem um knapp eine Million dezimierten Arbeiterheer herausgepreßt.

Was der Bourgeoisie diese seit 1975 neuaufgestellte Steuerfalle bereits jetzt einträgt, kann man daran sehen, mit welchen „Spitzenleistungen" dieses Lohnberaubungssystem auf die ungleiche Verteilung des Arbeiterlohns über das Jahr hinweg reagiert. Und man kann es sehen an den Ergebnissen der ersten beiden Quartale dieses Jahres.

Apel sagt, 1980 müsse wieder etwas für „die Leistungsanreize" getan werden. Im Klartext also, die Steuerschraube nachdrehen. „Wenn nichts geschieht" – das ist die Sorge der Bourgeoispolitiker, die hinter ihrer ganzen Heuchelei steckt: daß die Lohnabhängigen dieses „Geschehen" nicht mitmachen, sondern einen Strich durch „diese Art Gesetze". – (Z-Red.)







Spanien: „... alles ist noch wohlfeiler geworden"

„Spanien, meine Damen und Herren, ist für die Deutschen das Urlaubsland Nr. 1. Viele Deutsche besitzen dort schon eine Zweitwohnung oder ein Ferienhaus, manche siedeln sich sogar für immer an Spaniens Küste an ..." „Vom Vino tinto schenkt man für den gleichen DM-Betrag wie früher ein Glas mehr ein. Souvenirs, Kleidung, Benzin oder die Ferienwohnung, alles ist noch wohlfeiler geworden..." (ZDF, heute, 20. und 21. Juli)

Abgesehen davon, daß nicht Spanien, sondern Österreich an erster Stelle der Urlaubsfahrten in Westdeutschland steht, hat die Propaganda den Zweck, die westdeutschen Volksmassen für den Aufkauf Spaniens durch die Imperialisten zu begeistern. Auf der ersten Kabinettssitzung der Suarez-Regierung ist als eine Maßnahme die Abwertung der Peseta um 20% beschlossen worden. Der Import von Waren aus anderen Ländern soll damit gedrosselt werden, der Export spanischer Waren gefördert.

Die Auslandsverschuldung Spaniens vor allem gegenüber den amerikanischen und westdeutschen Imperialisten beträgt 27 Milliarden DM. Die „Verwohlfeilerung" Spaniens treibt die Verschuldung und die Unterwerfung Spaniens durch den Imperialismus auf immer höhere Stufen. Die Freude der westdeutschen Imperialisten über „das herrliche Spanien" ist dementsprechend unverhohlen.

Für die spanische Arbeiterklasse und die Volksmassen bedeutet die Abwertung eine weitere Einschränkung der Lebensmittel. Nachdem die Inflationsrate von etwa 30% die Preise bereits entsprechend in die Höhe getrieben hat, sind in den Supermärkten die Lebensmittelpreise sofort nach der Abwertung gestiegen. Der geplante Beitritt Spaniens in die EG wird nochmals zu einer erheblichen Verteuerung führen, da dann für alle Agrarprodukte Ausgleichszahlungen erhoben werden, die für neue Mitgliedsländer noch über den üblichen Ausgleichszahlungen liegen.

Die Öffnung Spaniens zum Aufkauf für die Imperialisten auf der einen und die Plünderung der Arbeiter und des Volkes auf der anderen Seite ist aber nur *eine* Maßnahme, die die Suarez-Regierung beschlossen hat.

Die Imperialisten sollen für zukünftige Investitionen „Investitionshilfen" ähnlich wie in Westdeutschland erhalten, wenn sie „Arbeitsplätze schaffen". Zusätzlich werden ihnen Steuererleichterungen gewährt.

Um dieses Geld flüssig zu machen, will die Regierung Ende des Jahres die Lohnsteuern erhöhen und indirekte Steuern auf einzelne Waren erhöhen und zum Teil ganz neu erheben.

Gegenüber den Lohnkämpfen der Arbeiterklasse ist die spanische Finanzoligarchie mit den Gewerkschaften in Verhandlungen über eine Art „Stillhalteabkommen" getreten. „Nach der Parlamentswahl und der Peseta-Abwertung gibt es neues Interesse", meldet deshalb entsprechend den profitgierigen Aussichten die Nachrichtensendung „heute".

Um sich auf die Kämpfe der Arbeiterklasse vorzubereiten, versucht die Suarez-Regierung ihren Unterdrückungsapparat instand zu setzen und gegen die Zersetzungserscheinungen innerhalb der Armee und der Polizei vorzugehen. Gegenwärtig wird mit großem Öffentlichkeitsaufwand gegen acht Polizisten ein Prozeß geführt. Das Madrider Militärgericht fordert eine Mindeststrafe von zehn Jahren wegen Aufruhr. Die Polizisten hatten sich im letzten Jahr an einer Demonstration der Polizeibeamten zum Innenministerium beteiligt unter den Forderungen nach einer Erhöhung des Mindestgehalts von 7000 auf 17000 Pesetas und Eingliederung der Polizei in die Sozialversicherungen. Während der Demonstration wurde der Polizeigeneral niedergeschlagen, weil er sich der Demonstration in den Weg gestellt hatte.

Die Angehörigen der angeklagten Polizisten haben zur Unterstützung der Forderung nach Freispruch eine Kirche in Madrid besetzt und führen seit mehreren Tagen einen Sitzstreik durch. Das alles drückt direkt auf die Freude der westdeutschen Imperialisten. – (Z-Red.)

Dokumentation

Auszug aus dem vom Zentralrat der VDS am 13.07.77 gefaßten Beschluß „Zur Vorbereitung und Durchführung des Wintersemesterstreiks":

„(. . .)
2. Die VDS schlagen für Ende November einen möglichst bundesweiten Streik, d.h. aktiven Boykott der Lehrveranstaltungen vor, um damit einen Beitrag zu leisten im Kampf gegen die Hochschulgesetze und deren Umsetzung. (. . .)

3. Ziel des Streiks ist es, sowohl kurzfristig Gegenmacht gegen die ständigen Studienverschärfungen zu organisieren und vor allem an den Fachbereichen Teilerfolge abzusichern und Studienalternativen gegen das LHG zu entwickeln als auch längerfristig die Bewegung gegen (. . .).

Im Mittelpunkt der auf Bundesebene von der VDS vertretenen Forderungen stehen die von der VDS-MV beschlossenen folgenden Forderungen:
1. für das ungehinderte Recht auf freie politische Betätigung und Meinungsäußerung.
2. Streichung des Ordnungsrechtes.
3. Die gesetzliche Absicherung der Verfaßten Studentenschaft mit Satzungs- und Beitragshoheit. Ihr Recht der Meinungs-, Informations- Versammlungs- und Handlungsfreiheit (politisches Mandat), ihr imperatives Mandat muß gewährleistet sein.
4. Keine Regelstudienzeit – Keine Zwangsexmatrikulation. Für eine materielle Absicherung des Studiums.
5. Öffnung aller Studiengänge auch für Nichtabiturienten. Der KMK-Erlaß muß fallen. Aufhebung aller faktischen Zweitstudiumsverbote für FH-Absolventen. Die Austrocknung des 2. Bildungsweges muß beendet werden. (. . .)
7. (. . .) Als Streikbeginn schlagen die VDS den 21. oder 28.11. vor. Die endgültige Entscheidung zwischen diesen Alternativen wird nach einer Befragung der ASten auf einer Zentralratssitzung im Oktober gefällt.

Die Vorbereitung und Beschlußfassung über den Streik wird je nach Aktivität und Kräfteverhältnis an den einzelnen Hochschulen beschlossen. Die VDS setzen sich nach Möglichkeit für die Durchführung von Urabstimmungen ein. (. . .)"

In Frankfurt sagt der LHV:

„Streik ist an sich für Studenten ein ungünstiges Mittel, denn man trifft sich zunächst einmal selbst. Ähnlich wäre eine Rentenverweigerung der Rentner. Aber es bleibt uns wohl nichts anderes übrig, denn alle anderen Mittel haben versagt. Der LHV ist also für eine Wiederaufnahme des PJ-Streiks als Ausdruck der Hoffnungslosigkeit und Resignation."

Aus der Plattform zur Vorbereitung des Wintersemesterstreiks gegen das HRG von SHB und MSB-Spartakus/Kiel

„Unsere wesentlichen demokratischen Alternativforderungen werden wir nur im Zusammenhang mit einer Veränderung des gesamtgesellschaftlichen Klimas durchsetzen. Zu einer solchen Veränderung kann die Studentenbewegung zwar einen wichtigen Beitrag leisten, sie kann einen wichtigen Beitrag leisten, sie kann sie jedoch nicht allein bewirken. Dazu ist vielmehr ein Erstarken der gesamten fortschrittlichen und außerparlamentarischen Bewegung notwendig, deren wichtigste Kraft nur die Arbeiterklasse sein kann. Was kurzfristig durch die studentischen Aktionen erreicht werden kann, sind *punktuelle Abwehrerfolge*"

Aus dem Beschluß der Uni-VV Münster:

„. . . ist ein bundeseinheitliches Vorgehen nötig. Wir wissen, daß . . . Vertretungsrechte der Studenten (nicht) festgelegt sind. Wir können uns also im Kampf gegen die Angriffe auf die Verfaßte Studentenschaft nicht auf bestehende rechtsgültige Satzungen an der Universität stützen. Wir fordern also den bundesweiten Kampf dafür, daß unsere selbstgewählten Vertretungsorgane bedingungslos und gesetzlich anerkannt werden."

Beschluß der VV der FH-Kiel FB Gestaltung:

„Die VV des FB Gestaltung verurteilt die Absetzung der VDS-MV vom 28.5.77, womit verhindert wurde, daß Beschlüsse zum bundesweiten Kampf der Studenten im WS 77/78 gefaßt werden . . . Unsere Erfahrungen zeigen auch, daß . . . die Einheit der Studentenbewegung nur erfolgreich unter positiven Forderungen hergestellt werden kann. Die Studentenbewegung muß sich das Streikrecht und Koalitionsrechte erkämpfen. Nur so kann der Kampf gegen die Legion von Ordnungsverfahren und anderen Unterdrükkungsmaßnahmen geführt werden, nur so kann der Kampf gegen die Prüfungsverschärfungen mit dem gegen politische Entrechtung zusammengeführt werden; und nur so ist es möglich, endlich die Bezahlung des Studiums durch den Staat durchzusetzen. Für die Durchsetzung dieser Forderungen muß bundesweit solange gestreikt werden, bis sie durchgesetzt sind. Dazu muß die abgesetzte VDS-MV erneut einberufen werden, auf der die Durchführung einer Urabstimmung für Streik zu einheitlichem Zeitpunkt an allen Hochschulen nach Beginn des kommenden Semesters geschlossen werden muß. Der FH-ASTA wird beauftragt, sich dafür einzusetzen."

Verabschiedet am 2.7.77 bei fünf Enthaltungen und einer Gegenstimme.

„Öffnung der Hochschulen" und Wiedereinführung der Leibeigenschaft

Reaktion bläst zur „zweiten Phase der Hochschulreform" / Im September muß die a.o. VDS-Mitgliederversammlung stattfinden

In der letzten Woche wurde ein „Zehn-Punkte-Programm" bekannt, das von Apel und Rohde aus der Bundesregierung, Maier aus dem bayerischen Kultusministerium und den Kultusministern von Hessen und Rheinland-Pfalz gemeinsam im Auftrage der Ministerpräsidentenkonferenz und der Bundesregierung ausgehandelt worden ist. Am 14. Oktober soll über dieses Programm von den Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzler beschlossen werden.

Knapp zwei Wochen davor, am 3. Oktober, ist eine Beratung der Bund-Länder-Kommission angesetzt, in der die Bourgeoispolitiker sich darüber einigen wollen, wie „die Strukturprobleme der Ausbildungsförderung unverzüglich in Angriff" genommen werden sollen.

Mit diesem Programm will sich die Reaktion an der Hochschule so ziemlich alles herausnehmen, was Kapitalisten und Bourgeoispolitiker in den letzten Jahren an Wünschen geäußert und an Maßnahmen verlangt haben:

Mehr als doppelt soviele Studenten sollen herausgeprüft werden

Das ist die Methode und das Ziel, auf die sich die Bourgeoispolitiker in ihrem Zehn-Punkte-Programm geeinigt haben. Wie stets, wenn die Bourgeoispolitiker Verschärfung der Unterdrückung im Auge haben, breiten sie darüber einen Nebelschleier aus und stellen die Sache dar, als ob die Bourgeoisie eine Last für die Studenten auf sich nähme:

„Die Hochschulen sollen auf 850 000 Studienplätze ausgebaut werden. Darüberhinaus soll bis 1990 eine ‚Überlast' in Kauf genommen werden",

beschreibt die „Frankfurter Rundschau" diesen Teil des „Zehn-Punkte-Programms", das unter dem klangvollen Aushängeschild „Öffnung der Hochschulen" präsentiert wird.

Im Durchschnitt des vergangenen Jahres betrug die Zahl der Studenten nach Angaben einer Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission 877 000. Für die kommenden Jahre erwarten die Bourgeoispolitiker einen Anstieg auf rund 1 Million. Also 150 000 Studenten „Überlast", die die Bourgeoisie nicht als ausgebildete Hochschulabsolventen für nötig hält, aber als Druckmittel gegenüber den übrigen Studenten einsetzen will.

Seit Jahr und Tag reden die bürgerlichen Politiker davon, daß die Vergabe der Darlehen und Zuschüsse nach dem BAFöG direkt und in vollem Umfang verbunden werden müsse mit der „Erbringung der Leistung" durch die Studenten, die darauf angewiesen sind. Jetzt, mit der „Strukturreform" des BAFöG, wollen die Bourgeoispolitiker dieses Ziel erreichen. Mit Hilfe der direkten materiellen Erpressung in Verbindung mit der Verschärfung des Prüfungswesens wollen die bürgerlichen Politiker eine Lage schaffen, in der die besitzlosen Studentenmassen entweder den Widerstand und die Abwehr gegen die bürgerliche Ideologie und Wissenschaft aufgeben oder zum Studienabbruch gezwungen sein sollen.

Der offizielle „Ausfall durch Studienabbruch" beträgt 13%, bezogen auf den Studienjahrgang. Diese Quote soll mit Hilfe der „Überlast" mehr als verdoppelt werden, und die Bourgeois versprechen sich davon, daß ihnen die so verschärfte Dressur ihres Funktionärsnachwuchses auch bessere Ergebnisse liefern wird.

Die Bourgeoispolitiker sind entschlossen, die notwendigen Vorbereitungen in aller Eile durchzusetzen:

„Noch in diesem Jahr sollen Studienreformkommissionen ihre Arbeit aufnehmen und ‚binnen Jahresfrist' erste Vorschläge vorlegen."

Über die Hochschulabsolventen Lohndrückerei und kapitalistische Rationalisierung

Zu knapp 60% werden die Hochschulabsolventen in öffentlichen Diensten beschäftigt. Deshalb ist es kein Wunder, in diesem Programm von Apel, Maier & Co. als weiteren Kernpunkt die Reform des öffentlichen Dienstrechts behandelt zu finden:

„Die Innenminister aus Bund und Ländern sollen bis Ende dieses Jahres Entscheidungsvorschläge erarbeiten, wie das Beamten- und Besoldungsrecht so zu verändern sei, daß es im öffentlichen Dienst mehr Beschäftigungsmöglichkeiten gibt",

berichtet die „Frankfurter Rundschau" weiter. Die Methode ist bekannt und in der Ärzteausbildung von ein Jahr gegen den Widerstand der Medizinstudenten wie der Lohnabhängigen an den Kliniken erprobt: Die Beschäftigung wurde „erweitert" durch Umwandlung der Medizinalassistenten in PJ-Studenten. Mit dem Besoldungserhöhungsgesetz versucht die Bourgeoisie gerade, in dieser Richtung einen Schritt weiterzukommen durch Senkung der Beamtenanwärterbezüge und der Referendarsgehälter.

Verschärfung der materiellen Abhängigkeit geplant, damit die Studien- und Prüfungsordnungen volle Wirkung haben

Eine „Expertengruppe" der Bund-Länder-Kommission hat sich des Verlangens nach „Strukturreform des BAFöG" angenommen. Durch „höhere Eigenbeteiligung" soll „die Motivation" der Studenten „verbessert" werden, beschreiben die „Experten" die Absicht. Einig waren sie sich gleich, daß Steuerfreibeträge und das Kindergeld, das die lohnabhängigen Eltern bekommen, wegfallen sollen und in Zukunft auf das „BAFöG" angerechnet werden sollen. Um die Prüfungsordnungen zügig den von den Bourgeoispolitikern ausgemachten Erfordernissen und Möglichkeiten der Verschärfung der Unterdrückung anzupassen, soll die Finanzierung der Hochschulen über eine „Kopfprämie" pro bewältigtem Studenten laufen.

Noch nicht einig waren sich die Experten, ob mit Hilfe eines „Darlehens-Gebühren-Modells" die „Preiselemente als Mittel zur verbesserten Hochschulsteuerung" drastisch zu verstärken seien. Das haben die „Experten" als „Minderheitenposition" ins Spiel gebracht. Das von den Kapitalistenverbänden unterhaltene „Institut der Deutschen Wirtschaft" hat jetzt dieses Ziel als jüngsten Vorschlag zur „Strukturreform der Ausbildungsförderung" verlangt:

„Eine Eigenleistung von insgesamt 25 000 DM während des gesamten Studiums bzw. 2500 DM pro Semester sei zumutbar. Sie sollte von normalen Kreditinstituten als zinsverbilligtes Darlehen finanziert werden." (Handelsblatt, 12. Juli)

Von den 2500 DM pro Semester sollen nach den Vorstellungen der Kapitalisten 1000 DM Semesterstudiengebühren entrichtet werden, die verbleibenden 1500 DM Bankkredit sollen die bisherigen 900-DM-BAFöG-Zwangsdarlehen ersetzen. Dadurch würde „das Mäzenatentum wieder gefördert", hat Schlaffke als Sprecher der Kapitalistenverbände diese Wiedereinführung der Leibeigenschaft begründet.

Auf „positive Änderungen" hoffen?

Auf der letzten VDS-Mitgliederversammlung hat der ehemalige Juso Voigt als heutiges Mitglied des Bundestages und des SPD-Vorstandes erklärt:

„Gleichzeitig müssen wir heute bereits beginnen, im Zusammenhang mit der geplanten strukturellen Reform an der Ausbildungsförderung positive Änderungen zu bewirken und negative zu verhindern."

Damit hat Voigt die Spaltungslinie festgelegt und den Beifall der anwesenden sozialdemokratischen Studentenvertreter gefunden. Die besitzlosen Studenten sollen auf den Betrug mit der „Öffnung der Hochschulen" hereinfallen. Wie sich die Sozialliberalen die Durchsetzung dieser reaktionären Reform als „positive Änderung" gedacht hatten, beschreibt Hermann Granzow, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft:

„Die Arbeitsgruppe der BLK hat vorgeschlagen, einen Teil der staatlichen Hochschulfinanzierung von bestimmten Leistungen der Hochschulen in der Studienreform und bei der Bewältigung des Andrangs von Studierenden abhängig zu machen."

Und Granzow beklagt sich, daß über diese fein ausgeklügelte und getarnte Seite der Unterdrückungspläne „seltsamerweise niemand spricht". (Die Welt, 13. Juli) „Zufall?" fragt Granzow. Kein Zufall. Es gibt keine „positiven Änderungen", auf die sich die Bourgeoisie und die Studentenmassen *einigen* könnten. Ihre Interessen sind völlig entgegengesetzt. Der Bourgeoisie geht es um umfassende Verschärfung der Unterdrückung der besitzlosen Studenten. Den Studentenmassen bleibt keine andere Wahl, als sich dagegen zusammenzuschließen, den reaktionären Reformplänen der Bourgeoisie den Kampf um das Koalitionsrecht entgegenzusetzen.

Entgegen den Absichten der bürgerlichen Politikern im VDS-Vorstand gewinnt die Forderung nach Durchführung der für Pfingsten beschlossenen und von den bürgerlichen Politikern verhinderten a.o. Mitgliederversammlung der VDS jetzt für den 16. bis 18. September an Stärke und Unterstützung. Diese a.o. Mitgliederversammlung kann durchgesetzt werden. Sie steht vor folgender Alternative: entweder zum Streik aufzurufen für die Durchsetzung eines hinreichenden Ausbildungsentgelts durch vertragliche Vereinbarung mit dem bürgerlichen Staat oder den Bankrott gegenüber den Absichten der Bourgeoisie zu erklären. Jede Forderung, die nicht der Erkämpfung der Koalitionsrechte dient, bedeutet in dieser Lage ein Zugeständnis, das im Kampf mit der Spaltung und sicheren Niederlage bezahlt werden muß, also verschleierte Bankrotterklärung. – (Z-Red.)

Im Sinne des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes

Zentrale Prüfungen bei den Medizinstudenten

Ende August werden die zentralen Prüfungen nach der Approbationsordnung für Ärzte stattfinden.

Sieht man sich die Prüfungsfragen der letzten zentralen Prüfung an und untersucht man die Fragensammlung, springen drei Punkte hervor: die geplante Einschränkung der Kassenleistungen, die Rentenkürzungen und die Unterdrückungstätigkeit der Ärzte.

Die Einschränkung der Leistungen wird so begründet: Die Massen nützen jedes Wehwehchen, um zum Arzt zu rennen, sich vor der Arbeit zu drücken, und sie glauben an Hirngespinste. In einer der Fragen hieß es, daß „die Kosten für die ambulante ärztliche Primärversorgung ständig anwachsen, weil neben anderen Ursachen die Zahl der Vorsorgeuntersuchungen durch praktische Ärzte zunimmt". Die Imperialisten behaupten, die gestiegene Zahl der Untersuchungen sei die Ursache für die gestiegenen Kosten, ablenken wollen sie vom gesundheitlichen Ruin der werktätigen Klassen. Aber in einer Studie mußte das baden-württembergische Sozialministerium selber zugeben, daß 70% der untersuchten nicht krankgeschriebenen Arbeiter behandlungsbedürftig sind. Würden sich also die Lohnabhängigen ihrem gesundheitlichen Zustand entsprechend behandeln lassen, so wäre das für die Bourgeoisie vollkommen untragbar.

Zur Verhüllung dieses Tatbestandes findet sich folgende Frage in einer Sammlung aus der Sozialmedizin: „Der Krankenversicherte X liest in der Zeitung über eine Krankheit; er glaubt Anzeichen verspürt zu haben, nach denen auch er davon betroffen ist, und geht sogleich zum Arzt. Dieser stellt fest, daß X kerngesund ist. Wer muß für das ärztliche Honorar aufkommen?" Die richtige Antwort lautet: „Die Krankenkasse, da auch dieser Fall mitversichert ist." Die Ursache für die „Kostenexplosion" ist entdeckt: Die Massen gehen ohne Grund zum Arzt. Professor Linder, Chef der Chirurgie und Durchgangsarzt der Berufsgenossenschaften, hat das in einer Weihnachtsansprache so ausgedrückt: „Manche Patienten nehmen das Recht auf Gesundheit zu selbstverständlich." Weiterarbeiten bis zum Zusammenbrechen, das soll die Devise sein.

Das Anliegen der Bourgeoisie ist es, den Studenten in die Köpfe zu pressen, daß die Massen faul sind und Drückeberger. Die Sozialversicherten würden Krankheiten erfinden, um daraus Gewinn zu ziehen. In der Prüfung vom März 1977 wurde folgende Frage gestellt (die richtigen Antworten sind aufgeführt): „Sekundärer Krankheitsgewinn bei einer psychoneurotischen Erkrankung ist nach psychoanalytischer Theorie z. B., daß der/die Betreffende a) eine Rente wegen der Erkrankung erhält, b) wegen der Symptomatik krankgeschrieben und von den üblichen Berufspflichten entlastet wird, c) vom belastenden Schichtdienst zum Tagesdienst eingeteilt wird." Die Studenten sollen mit dieser Frage leugnen, daß es die Kapitalisten sind, die aus der Ausbeutung und dem Ruin der Gesundheit der arbeitenden Massen Profit ziehen und den Sozialversicherten das Geld aus der Tasche rauben. Sie sollen vielmehr ankreuzen, es sei Gewinnstreben der Sozialversicherten, wenn sie in der Fabrik wegen Krankheit vorübergehend nicht ausbeutbar sind, oder wenn sie ihren Anspruch auf Bezahlung einer dazu noch vollkommen unzureichenden Rente durchsetzen.

Die Professoren, die solche Fragen aushecken, werden mit Millionen geschmiert, um die Sozialversicherten um ihre Rente zu prellen. Prof. Linder in Heidelberg z.B. schreibt in einem Lehrbuch über die „Behandlung" einer entschädigungspflichtigen Berufskrankheit: „Heilung tritt um so rascher ein, je weniger der Kranke von dem Abrißbruch (der Wirbeldornfortsätze – der Verf.) erfährt." Natürlich geht es nicht um schnellstmögliche Heilung. Wieso sollte ein Bruch schneller heilen, wenn der Patient nicht weiß, was er hat? Aber: Wer nicht weiß, daß er für die Dauer der Heilbehandlung von der Berufsgenossenschaft Rente kriegen kann, wird diese schon gar nicht beantragen.

Die Bourgeoisie plant, die Sozialversicherungen noch mehr als bisher als Unterdrückungsinstrument für die Kriegsvorbereitungen auszurichten: Kontrolle und Bespitzelung bis ins Krankenbett, lückenlose Datenerfassung, das schwebt ihr vor. Im Krankenversicherungskostendämpfungsprogramm ist die polizeimäßige Kontrolle erweitert worden, der Zwang zum Anlegen von Karteien vorgesehen. Dort sollen solche Daten, wie Rauchen, Trinken, Übergewicht niedergelegt werden, unter anderem mit dem Ziel, die Beiträge zu erhöhen oder die Rente zu kürzen, sowie zur Beurteilung von Unfällen. Den Sozialversicherten hinterherzuspionieren wird als Aufgabe genannt.

In einigen Städten werden PJ-ler gezwungen, Patienten zu überwachen, ob sie heimlich rauchen. Die Sozialmedizinerin Blohmke hat dies in ihrem Buch so begründet: „Daß jeder übergewichtige Mitbürger und jeder starke Raucher ein Schädling innerhalb unserer Gesellschaft ist, das ist in dieser Gesellschaft nicht deutlich." Der Zwang zur Bespitzelung der Patienten, so mußten die Studenten ankreuzen, ist staatlich vorgeschrieben bei Geschlechtskrankheiten, und zwar sogar die Meldung an das Gesundheitsamt mit vollem Namen, „wenn dieser (der Patient) offensichtlich falsche Angaben über die Ansteckungsquelle macht".

Das Anliegen der Bourgeoisie bei den Prüfungen ist klar; die Medizinstudenten sollen abrücken von den Erfahrungen, die sie selbst machen über ihre Eltern, Nachbarn, und über die Kollegen in den Fabriken oder Krankenschwestern in den Krankenhäusern, wo sie nebenher arbeiten. Nach dem Abbruch des PJ-Streiks hat die Bourgeoisie ihre Anstrengungen verdoppelt, um die Medizinstudenten niederzuhalten und sie für die Unterdrückerfunktion abzurichten. Mehr als je wurde herausgekehrt, welch große Wohltat der Staat den Medizinstudenten zukommen lasse, 350 000 und mehr Mark koste ein Studienplatz den Steuerzahler. Dafür sollen die Studenten gefälligst dankbar sein. 350 000 Mark, das ist zum Beispiel die Rente für 10 Jahre für 7 Arbeiter bei einer anerkannten Minderung der Erwerbsfähigkeit um 30%. Die Ärzte haben diesen Prozentsatz festzusetzen. Setzen sie ihn auf 20%, dann können diese 350 000 DM kostengedämpft in die Tasche der Kapitalisten wandern, denn erst oberhalb 20% wird Minderung der Erwerbsfähigkeit entschädigt. Sieht man sich die Prüfungen an, wird einem klar, für wen die Mediziner-Ausbildung eine „Wohltat" bedeutet. Der Termin der bundesweiten zentralen Prüfungen kann gut für die Vorbereitung des Streiks im Wintersemester genutzt werden. – (k.p., Unterer Neckar)

„Mehr Dienst für den Staat“

CDU-Antrag auf einstweilige Anordnung gegen das Wehrpflicht- und Zivildienständerungsgesetz

Im Gegensatz zur gewöhnlichen Gesetzgebung der Bourgeoisie tritt das Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes nicht „am Tage nach seiner Verkündung“ in Kraft. Es soll erst zum 1. August in Kraft treten.

Für diese Woche ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts angesetzt über den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf einstweilige Anordnung gegen das Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Die CDU tritt gegenüber der SPD auf und beklagt, durch dies Gesetz mit seiner Aussetzung der Überprüfung der Kriegsdienstverweigerer sei die „Verteidigungsfähigkeit“ nicht mehr gesichert. Kohl hat erklärt, jetzt sei „endgültig die Gemeinsamkeit der Demokraten zerstört“.

*

Die CDU hatte in ihrem Gesetzentwurf vorgesehen, daß die Entscheidung über die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerer bei einem Beamten bleiben solle, aber das Kreiswehrersatzamt auch je nach Rekrutierungslage auf die Überprüfung verzichten könne. Im Ergebnis kommt es also in diesem Punkt auf das Gleiche heraus wie das beschlossene Gesetz. Warum geht es dann jetzt nach Karlsruhe?

*

Bisher hat die Regierung bereits allerhand solcher „Klarstellungen“ machen müssen:

„Wenn wir dieser Jugend nicht den Inhalt eines Gesetzes, das es nicht gibt, suggerieren, ... sondern ihr offen klar machen, ... daß nach dem neuen Gesetz insgesamt ganz bestimmt mehr Dienst, nämlich mehr Wehrdienst und Zivildienst zusammengenommen, von unserer Jugend verlangt, gefordert und geleistet werden wird, ... dann gehen wir keinen schlechten Weg.“

hat Leber im Bundestag in der Debatte über den Verteidigungsetat erklärt. Und Koschnick, stellvertretender SPD-Vorsitzender, beeilte sich im Bundesrat hinzuzufügen:

„Wenn wir Wehrdienst und Zivildienst addieren, werden wir ... im ganzen vielmehr Dienst für den Staat bekommen als bisher und damit mehr Wehrgerechtigkeit im ganzen, weil mehr Dienstleistung verlangt wird und mehr Dienstleistung erfolgen wird.“

Daß diese „Dienstleistung“ für die Bourgeoisie zweckentsprechend erfolgt, dafür bürgt das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Staatssekretär Strehlke im Bundesrat:

„Die physische und psychische Belastung dürfte damit der Beanspruchung der Wehrdienstleistenden wohl kaum nachstehen. Im Zivildienst sind auch insoweit keine wesentlichen Unterschiede zum Wehrdienst zu erwarten, als es zum Beispiel keinen Rechtsanspruch darauf gibt, wie häufig gemeint wird, zu Hause zu wohnen, heimatnah eingesetzt zu werden oder sich selbst gar einen Dienstplatz auszusuchen.“

„Mehr Dienst für den Staat“ – unter der Flagge der „freien Gewissensentscheidung“ wird mit diesem Gesetz die Ausdehnung der Unterdrückung, Zwangsverpflichtung, Rechtlosigkeit und der unentgeltlichen Ausnutzung der Arbeitskraft, wie in der Armee geübt und in Wehrpflicht- und Sodatengesetz festgehalten, in den „zivilen Beschäftigungsstellen“ vorangetrieben. Die Zivildienstleistenden unterliegen allen wesentlichen Unterdrückungsparagraphen dieser Gesetze. Es gibt keine „wesentlichen Unterschiede“ zu den Wehrpflichtigen, wie Strehlke erklärt.

*

Praktische Schritte zur Durchführung und Erweiterung dieses Arbeitsdienstes hat die Regierung schon eingeleitet. Von ihren verschiedenen Verwendungsorten sollen die Ersatzdienstleistenden zusammengeholt und kaserniert werden. Zehn solcher Kasernen sind zunächst vorgesehen.

Die erste dieser Kasernen für 200 steht bereits in Castrop-Rauxel. Die Kasernierung der Ersatzdienstleistenden ist der nächste und der entscheidende praktische Schritt zur Durchführung des Arbeitsdienstes. Aus billigen Arbeitskräften, deren Ausnutzung bisher durch die Verwaltung des bürgerlichen Staatsapparates sichergestellt wurde, werden die Dienstleistenden damit jetzt in eine unter der Aufsicht des bürgerlichen Staatsapparates stehende Truppe verwandelt, um für die verschiedenen „zivilen“ Aufgaben im Interesse der Bourgeoisherrschaft von Lohndrückerei über Streikbruch bis zur „Zivilen Verteidigung“ eingesetzt zu werden.

*

Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Iven, hat bereits weitere Pläne für die nächsten Schritte zur Ausdehnung dieses Arbeitsdienstes ins Auge gefaßt:

„Iven rät: Die Politiker sollten dann eine allgemeine Dienstpflicht einführen, die auch Frauen umfaßt, damit auch dann noch die sozialen Aufgaben für unsere Gesellschaft erfüllt werden können.“ (Rhein-Neckar-Zeitung)

*

Die Reform hat erst begonnen. Die Richtung der Einführung des Arbeitsdienstes und der Kriegsvorbereitung liegt für die Bourgeoisie fest. Diese Richtung soll durch das Verfassungsgericht jetzt offen erklärt und bestätigt werden. Deswegen ist das Gesetz in Karlsruhe zur Verhandlung gebracht. Für das Verfassungsgericht gibt es sodann allerhand anzuweisen und anzuordnen, damit die Reaktion diese Reform zügig vorantreiben können soll und die Bourgeoispolitiker zu ihrer Durchsetzung ausgerichtet werden.



Freie Arztwahl! Aufklärung über Sinn und Zweck der medizinischen Behandlung! Kontrolle des Gesundheitswesens durch die Vertrauensleute!

Interventionstruppen / Französischer Flottenbesuch in Bremen

Bremen. Zwei französische Fregatten, ein Minensuch- und ein Küstenwachboot haben in der letzten Woche zu einem Flottenbesuch im Bremer Hafen angelegt. Anderthalbtausend besichtigten am ersten Tag die Schiffe. „Liebe zu See und Schiffen“ habe sie dorthin getrieben, behauptet der „Weserkurier“, als ob die Massen nicht andere Gründe genug hätten, die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten zu studieren. die westlichen Imperialisten, sich gegenseitig Flottenbesuche abzustatten. Fregatten sind Instrumente der Intervention gegen die Länder der Dritten Welt. Noch sind die französischen Imperialisten da den westdeutschen Konkurrenten und Bündnispartnern voraus. Giscard d'Estaing hat am französischen Nationalfeiertag „Interventionstruppen“ an sich vorbeimarschieren lassen: Fallschirmjäger, Marineinfanterie und die Fremdenlegion. „Eine abgewandelte Strategie in ‚alle Himmelsrichtungen‘ soll in der französischen Außenpolitik Akzente setzen“, bemerkt die „Frankfurter Allgemeine“ vom 18.7. in einem Kommentar: „Der Westen sollte die französische Initiative nicht ablehnen. Hier wird geistig ‚vorwärts‘ gedacht.“

Die westdeutschen Imperialisten wollen schnell nachziehen in dieser Art „Vorwärtsverteidigung“, wofür als Beispiel die französische Interventionsdrohung gegen den Libanon vor einem Jahr genannt wird. In Bremen ist die Vulkan-Werft Generalunternehmer für den Fregattenbau der Bundesregierung.

„Wehrkraftzersetzung“

Stadt Oldendorf. Am 14.7. ist der Pionier Fisseler, 3. Kompanie des Amphibischen Pionierbataillons 130, aus seiner Arrestzelle in Stadt Oldendorf entlassen worden. Zu fast vier Wochen war er vom Truppendienstgericht Nord, 14. Kammer, und vom Bataillonskommandeur wegen politischer Betätigung in der Bundeswehr verurteilt worden. Während des Arrests war Sonderbewachung angeordnet. Trotz Sprechverbot, Besuchsverbot und Isolierung von den Kameraden entwickelten sich gute Debatten unter den Wachsoldaten und den Unteroffizieren. Mehrmals wurde, als dies bekannt wurde, die Zelle des Pioniers Fisseler durchsucht, um „wehrkraftzersetzendes Material“ zu finden, denn die KVZ war verkauft worden. Die Wachsoldaten „wußten von nichts“ und es wurde auch nichts gefunden. Die Maßnahmen der Bourgeoisie können die Tätigkeit der Revolutionäre zwar behindern, verhindern jedoch können sie sie nicht.

den. Die Maßnahmen der Bourgeoisie können die Tätigkeit der Revolutionäre zwar behindern, verhindern jedoch können sie sie nicht.

Keine Entlassung des Gefreiten Eidens aus der Bundeswehr!

Wentorf. Am Dienstag, den 19.7.77 hat das Soldaten- und Reservistenkomitee in der Garnisonsstadt Wentorf bei Bergedorf eine Aktion gegen die geplante Entlassung des Gefreiten Eidens aus der 2./162 der Bismarck-Kaserne und für die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten durchgeführt. Der Gefreite Eidens soll entlassen werden, weil er Unterschriften gegen die Festnahme von drei Soldaten aus der 1. Mai-Demonstration in Neumünster und für die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten gesammelt hatte.

Die Bundeswehrführung hat versucht, die angekündigte Aktion zu verhindern. Sie haben Spitzel, Polizisten, den Sicherheitsoffizier ins Einkaufszentrum geschickt. Der Bürgermeister von Wentorf ist auch angerückt, um das Verbot der Kundgebung durchzusetzen. Das ist nicht gelungen. Es wurden Transparente aufgestellt, und es fanden Diskussionen mit Soldaten statt. Nach 21.15 Uhr haben noch einige Soldaten über den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe diskutiert und 12,20 DM dafür gespendet. In der Kaserne wurden bisher 13 Unterschriften gegen die Entlassung des Gefreiten Eidens und für die Forderungen nach Lohnfortzahlung für die Soldaten und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten gegeben.

Arbeitslosengeld gesperrt wegen Weigerung, den KKW-Bauplatz Brokdorf zu bewachen.

Wilster. Ihr Mann sei seit längerem arbeitslos, berichtete eine Frau aus Wilster. Jetzt wurde ihm vom Arbeitsamt eine Stelle als Wachdienstmann auf dem Bauplatz in Brokdorf angewiesen. Der Mann wollte ablehnen, weil er Mitglied der BUU in Wilster ist, mußte sich aber vorstellen. Bei der Vorstellung wies er mit Bildern und Dokumenten seine Mitgliedschaft in der BUU nach. Daraufhin wurden die Unterlagen fotokopiert und er gefragt, ob er bereit sei, bei der Verteidigung des Bauplatzes auch auf Menschen einzuschlagen, die den Bauplatz besetzen wollten, denn das müßte er. Der Mann lehnte ab, er sei generell nicht bereit, auf Leute einzuschlagen, und schon gar nicht als Mitglied der BUU. Unter diesen Umständen, so das Arbeitsamt, müsse er mit einer sechswöchigen Sperre seines Arbeitslosengeldes rechnen.

In der ganzen Marsch, schloß die etwa 40jährige Frau, gebe es kaum Leute, die Wachdienstmann spielen wollten, obwohl viele arbeitslos sind. Auch sie sei gegen eine Arbeit gegen die eigene Überzeugung, obwohl man sich kaum vorstellen könne, wie schwer es sei, ständig von Arbeitslosengeld zu leben. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit!

Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit!

Für Wehrpflichtige, die nicht mehr zuhause wohnen, bedeutet das Soldsystem den absoluten Ruin. Von den 160 DM kann man überhaupt nicht existieren. Es gibt zwar ein Unterhaltssicherungsgesetz, das besagt, daß den Wehrpflichtigen mit eigenem Hausstand das Amt für Unterhaltssicherung (Sozialamt) die Miete bezahlt. Jeder, der schon einmal mit dem Sozialamt zu tun hatte, weiß, welchen Erniedrigungen man dort ausgesetzt ist. Genauso ist es bei Anträgen auf Unterhaltssicherung.

Ich wurde am 1. 7. 76 zur Bundewehr eingezogen. Mein Antrag auf Erstattung der Mietkosten wurde zunächst vom Amt für Unterhaltssicherung mit einem ablehnenden Bescheid beantwortet. Einen ganzen Packen Vorbedingungen mußte ich noch erfüllen. So mußte ich genau begründen, seit wann, warum usw. ich nicht mehr zuhause wohne. Meine Eltern mußten eine Erklärung unterschreiben, in der man genau begründen mußte, warum mein Hausstand nicht während der Wehrdienstzeit bei ihnen untergebracht werden kann. Man wurde behandelt wie ein Bettler. Und man solle doch froh sein, daß man überhaupt noch etwas bekommt. Doch selbs nach Bewilligung der Miete, war es nicht möglich, mit den 160 DM zu leben. Innerhalb von kurzer Zeit waren die Ersparnisse aufgebraucht und der Schuldenberg wuchs.

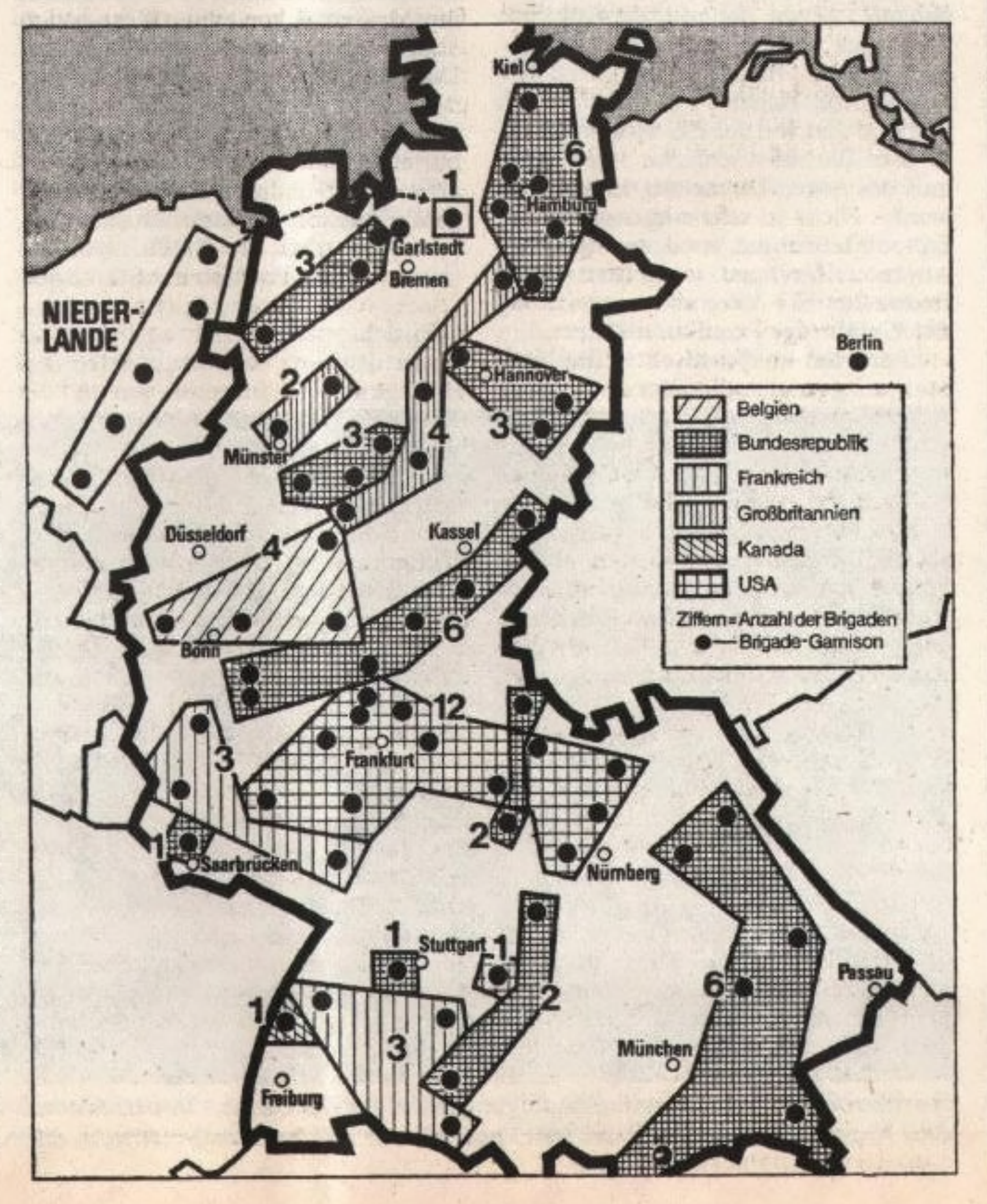
Aufgrund einer solchen Situation war ich gezwungen zu heiraten, da Verheirateten ein prozentualer Anteil ihres früheren Einkommens gezahlt wird. Nun ging aber die Rennerei für die Bewilligung der Unterhaltssicherung von neuem los. Unzählige Urkunden mußte ich herbeischaffen, um dann nach langem Hin und Her 650 DM bezahlt zu bekommen. Doch auch dieses Geld ist ein Hohn. Ein Mietzuschuß wird bei Verheirateten nicht mehr gewährt. Rechnet man von den 650 DM für Miete 200 DM ab, 50 DM für Benzingeld in der Woche, so bleibt für die übrigen Ausgaben ein lächerlicher Rest von 250 DM. Wenn die Frau nicht mitschaffen kann und ist ein Kind zu vesorgen kann man an fünf Fingern abzählen, wielange das Geld reicht. Man ist gezwungen Schulden zu machen, die man oft erst lange nach der Wehrdienstzeit zurückzahlen kann.

Man sieht, daß das Soldsystem erst recht bei Verheirateten seine volle Unterdrückung entfaltet. Dieser Situation kann man nur ein Ende bereiten in der Durchsetzung der Forderung nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit. Diese Forderung gewinnt täglich neuen Raum bei den Soldaten und Arbeitern. Das ist gut so. – (n, Bezirk Unterer Neckar)



Zwei amerikanische Soldaten (19 und 21 Jahre) starben unter diesem LKW. Reifenschaden vermutet die bürgerliche Klasse als Ursache des Unfalls. Man kann getrost annehmen, daß es anders war. Drill und Schikane herrscht in der imperialistischen Armee. Oft werden die Soldaten gezwungen, völlig übermüdet am Steuer zu sitzen. Hunderte Bundeswehrsoldaten sterben jährlich auf der Autobahn, zu verbuchen unter Kriegskosten. Das amerikanische Volk ist gegen den Krieg.

Zwei amerikanische Panzerbrigaden sollen ständig nach Westdeutschland verlegt werden, meldet die „Welt“ am 19.7. freudig. „In Bonn sind die Verlegungspläne auf breite Zustimmung gestoßen.“ Die Standorte dieser beiden Brigaden sollen Garlstedt und der Raum westlich Hannovers sein. Eine holländische Brigade soll südlich Bremens stationiert werden. Die Standorte verraten das strategische Ziel: „Vorneverteidigung“ Richtung DDR. Auf der in der „Welt“ veröffentlichten Übersicht über die Besatzertruppen in Westdeutschland ist das erhoffte Ergebnis schon vorweggenommen. Ganz Berlin ist zur Garnisonsstadt geworden. Soweit ist es allerdings noch nicht. Zur Zeit bestehen, wie die „Welt“ meldet, noch „Schwierigkeiten“, das geeignete Gelände für die 2. US-Brigade zu finden. Die Massen beginnen, sich gegen die Kriegsvorbereitungen zusammenzuschließen. Der Abzug aller fremden Truppen und der Auszug der BRD aus der NATO muß durchgesetzt werden. Das schafft gute Bedingungen, die Revolution zu machen.



Japanischer Ministerpräsident bereitet Besuch in ASEAN-Staaten vor

Im August wird der japanische Ministerpräsident Fukuda nach Kuala Lumpur, Hauptstadt von Malaysia, reisen, um dort mit den Führern von Malaysia, Indonesien, Singapur, Thailand und den Philippinen zu konferieren. Anschließend wird er auch mit den Ministerpräsidenten Australiens und Neuseelands zusammentreffen. Fukuda erklärte vor einigen Tagen auf einer Pressekonferenz, „sein bevorstehender Besuch in Südostasien wird eine Gelegenheit sein, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Japan und den Staaten in diesem Gebiet weiter zu vertiefen". (Nach KYODO vom 12.7.77)

Was soll vertieft werden?

Fukuda kommt als Bote des japanischen Finanzkapitals und hat den Auftrag, das verstärkte Vordringen des japanischen Imperialismus politisch und ideologisch abzusichern. Dies ist unbedingt nötig in einem Raum wie Südostasien, dessen Völker die japanische Herrschaft vor 1945 noch nicht vergessen haben und ihre wachsende Abhängigkeit vom japanischen Finanzkapital täglich drückender spüren. Wenn Fukuda sagt: „Wir tragen ebenfalls wirtschaftliche Verantwortung für die Staatengemeinschaft und können nicht mehr bloß ein Student bleiben, der ein Ehrendiplom in Wirtschaftswissenschaften mit sich herumträgt", dann heißt das im Klartext: Die bisherigen „dilettantischen" Manöver der japanischen Kapitalisten in dieser Region sollen aufhören, beginnen soll ein full-time-job, planvoll nach stretegischen Zielen ausgerichtet.

Von Erdöl, Uran und anderen Rohstoffen ist Japan zu 90% von Einfuhren abhängig. Die Malakka-Straße vor Singapur ist ein unsicherer Transportweg geworden, seitdem nach dem Auflaufen eines japanischen Riesentankers 1975 die Anrainerstaaten den Tankern Beschränkungen in der Tonnage auferlegen und seitdem sowjetische und US-amerikanische Kriegsschiffe immer häufiger diese Straße passieren. Sie mit eigener Marine zu sichern, ist der japanische Imperialismus noch nicht stark genug. Deswegen will er sich noch mehr Erdöl aus Indonesien beschaffen. Ein zweites Hauptziel ist die Uranbeschaffung. Im August, zum Zeitpunkt von Fukudas Vertiefung in Kuala Lumpur, wird ein japanisches Team, selbstverständlich in „Kooperation" mit der indonesischen Nationalen Atomenergiebehörde, mit der Uransuche in Zentral-Sumatra beginnen. Diese und ähnliche Vorstöße der japanischen Imperialisten bilden den Hintergrund für Fukudas Besuch. – Als sein Vorgänger, Tanaka, 1974 durch die südostasiatischen Staaten reiste, konnte er sich nur mühsam vor den Massendemonstrationen gegen das japanische Monopolkapital in Sicherheit bringen. Fukuda bleibt diesmal in Kuala Lumpur, um seinen Auftraggeber eine ähnlich schmerzhafte Erfahrung zu ersparen. Langfristig wird es nichts nützen.

Die Imperialisten entdecken ihr Herz für Australien

Ein Blick in die bürgerliche Presse

Kaum, daß der australische Premierminister Fraser seinen Besuch in mehreren westeuropäischen Ländern, unter anderem der BRD, und in den USA beendet hat, reist Bundeswirtschaftsminister Friderichs seinerseits nach Australien, um „Möglichkeiten der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu prüfen". Fast gleichzeitig führen die japanischen Imperialisten mit einer australischen Delegation Verhandlungen über Uranlieferverträge. Ohne Zweifel, die Imperialisten besinnen sich verstärkt auf die vielseitige Bedeutung des australischen Kontinents.

„Uran als Verhandlungsobjekt"

Im Mittelpunkt aller Verhandlungen der letzten Wochen stand und steht der Reichtum Australiens an Uran, das für die Kernenergieprogramme der Imperialisten, für ihre imperialistischen Expansionsbestrebungen von höchstem Interesse ist.

„Immerhin verfügt das Land über 20 % der Weltvorräte. Ihr Verkaufswert wird auf ... knapp 70 Mrd. DM geschätzt," begeistert sich die Süddeutsche Zeitung (25./26.6.77)

Um diese Uranvorräte entwickelt sich zwischen den Imperialisten ein heftiger Konkurrenzkampf.

„Wir sind ... bei Uranlieferungen mindestens so erpreßbar wie beim Öl",

beklagt die ZEIT (15.7.) die mangelnden eigenen Uranressourcen der BRD-Imperialisten. Um diesen Nachteil gegenüber der Konkurrenz aufzuholen, hatte Friderichs gleich zu Beginn seines Australienbesuchs den Zweck seiner Reise klargemacht:

„Die Bundesregierung wolle künftig Uran auch von anderen als den bisherigen Lieferanten (neben Kanada, das auf US-amerikanischen Druck einen Lieferstop verhängte, v.a. das südafrikanische Siedlerregime und Niger – Red.) kaufen, bei den Bezugsquellen also ‚diversifizieren'".

„Bilaterale Verträge über den Import von australischem Uran in die Bundesrepublik bestehen zwar schon," erklärt die Frankfurter Allgemeine Zeitung die besonders intensiven Bemühungen der westdeutschen Imperialisten, „doch erscheinen diese in Zukunft auf Drängen von Präsident Carter und dem kanadischen Ministerpräsident Trudeau gefährdet, die eine Art von westlichem Urankartell zu gründen bemüht seien ..."

Australien in dieses Kartell hineinzuzwingen, um sich zumindest in einem Teil der Welt das Uranmonopol zu sichern, ist erklärte Absicht der USA und war demnach auch ein Haupttagesordnungspunkt bei Frasers Besuch bei Carter. Darüber berichtete die Neue Zürcher Zeitung am 25.6.:

Die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen sei ein wichtiger Punkt gewesen und aufgrund der hohen australischen Uranvorkommen sei es, so Carter, wichtig daß die Lieferungen dieses Rohmaterials kontrolliert werden – von den US-Imperialisten, versteht sich.

„Hervorragende Ergänzung"

Nicht nur der Reichtum an Uran macht Australien für die Imperialisten interessant. Bei der Eröffnung der deutsch-australischen Handelskammer am 20.7.77 betonte der Wolff von Amerongen,

„daß sich das Technologieland Bundesrepublik und das rohstoffreiche, junge Industrieland Australien hervorragend ergänzen könnten." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.7.77)

Umfangreich und vielseitig stellen sich die Imperialisten diese „Ergänzung" vor:

> **Australiens Reichtümer**
>
> Die eigentliche „Entdeckung" Australiens durch die Kolonialisten begann Mitte des letzten Jahrhunderts mit der Auffindung großer Goldfunde. Wenngleich die Goldproduktion bis heute stark zurückgegangen ist, gehört Australien immer noch zu den weltgrößten Goldproduzenten. Aber andere Rohstoffe stacheln den Heißhunger der Imperialisten inzwischen noch viel stärker an: reichhaltige *Steinkohle*vorkommen – Australien ist der viertgrößte Steinkohlenexporteur der Welt; *Bauxit* – hier gehört Australien zu den drei größten bauxitfördernden Ländern; rund 10 % der *Eisenerze* der Welt werden in Australien gefördert; darüberhinaus gibt es reichhaltige *Kupfererz-*, *Bleierz-*, *Zinkerz-*, *Zinnerz-*, *Erdöl-* und *Erdgas*vorkommen.

„Expansionsmöglichkeiten bestünden ... bei Rohstoffen wie Bauxit, Eisenerz, Nickel, Kohle und Uran." (FAZ, 21.7.77)

„Uran, Kohle und Nichteisen-Metalle sind dabei die wichtigsten Schlagwörter. Der Hinweis des Vorstandsvorsitzenden der Ruhrkohle AG (der ebenso an der Reise teilnimmt wie ein Vertreter der Preussag und der Metallgesellschaft – Red), daß Australien in Zukunft zu den größten und zuverlässigsten Kohle-Exporteuren der Welt gehören wird, ist mit großer Aufmerksamkeit registriert worden. Ausländische Fachleute bezeichnen die australischen Kohlevorkommen als außerordentlich umfangreich ... Die australischen Vorräte spielten zwar keine Rolle für die deutsche Energieversorgung, seien aber für deutsche Unternehmen *bei ihren weltweiten Operationen* interessant ..." (FAZ, 22.7.77)

Nicht nur die Rohstoffe, die die westdeutschen Imperialisten für ihre „weltweiten Operationen" beim Kampf um die Weltherrschaft benötigen, auch die Ausbeutung der australischen Arbeiter liegt ihnen am Herzen:

„Die deutschen Direktinvestitionen in Australien haben mit mehr als 260 Mio DM bereits eine Größenordnung wie in Japan und Iran erreicht,"

dieser „Hinweis" des Wolffes von Amerongen (FAZ, 21.7.77) ist nur die Einleitung zu einer massiven Drohung:

„... haben die deutschen Unternehmer ihre Gesprächspartner vor allem auf die hohen australischen Lohnkosten ... hingewiesen. Besonders kritisch haben ... (sie) sich über die Zersplitterung der Gewerkschaften ... sowie über das ‚wirtschaftliche Analphabetentum" mancher Funktionäre geäußert." (FAZ, 22.7.77)

Die australische Arbeiterklasse hat lange Kampferfahrung; sie orientiert sich weniger am „wirtschaftlichen Alphabet" der Imperialisten, sondern an ihren eigenen Interessen, das erregt natürlich die „Kritik" der Profithaie.

„Australien im Omega-Netz"

Neben den natürlichen Reichtümern des australischen Kontinents und dem Fleiß und der Geschicklichkeit seiner Arbeiter interessiert die Imperialisten vor allem seine strategisch hervorragende Bedeutung im pazifischen Raum. Sie wächst, je heftiger sich der Kampf der Imperialisten und vor allem der beiden Supermächte um die Weltherrschaft entwickelt. Die Frankfurter Allgemeine hat diese Bedeutung in den letzten Wochen in verschiedenen Artikeln untersucht:

„Der asiatisch-pazifische Raum und seine 1,2 Milliarden Einwohner sind für Amerika von lebenswichtiger Bedeutung. Zwar sind die amerikanischen Direktinvestitionen in Europa bisher viel höher, aber schon seit Jahren übertrifft der amerikanische Handel mit Asien den Güteraustausch mit Europa. Und mit der wachsenden amerikanischen Importabhängigkeit zur Deckung seines Rohstoffbedarfs, insbesondere seines Energiebedarfs, wird dieser Handel mit Asien weiter und rasch zunehmen ... Es ist die Aufgabe von Cincpac (Commander-in-chief-Pacific – Oberkommandierender aller amerikanischen Streitkräfte im Pazifik), im Krisenfall die Nachschubwege zur See in diesem Gebiet zu sichern und gegnerische Kräfte zu binden, die sonst vielleicht nach Europa geworfen werden könnten."

„... im Süden soll eine Aktivierung des Anzus-Paktes (Australien, Neuseeland, Vereinigte Staaten) die südpazifische Flanke sichern helfen." (FAZ, 7.7.77)

„Neben einer Reihe von meteorologischen, geodätischen und astronomischen Stationen unterhalten die Amerikaner auf australischem Boden drei große Stützpunkte. Sie dienen der Frühwarnung vor sowjetischen Raketen, der fotographischen Beobachtung Asiens, insbesondere Chinas durch Aufklärungssatelliten und der Verbindung zwischen dem Pentagon und den im Indischen Ozean kreuzenden U-Booten ... Im Verteidigungs- und Informationssystem der Vereinigten Staaten spielt der fünfte Kontinent damit eine wichtige, weithin unbekannte Rolle, nicht zuletzt bei der Aufrechterhaltung des strategischen Gleichgewichts im Pazifik." (15.6.)

Bei Frasers Carter-Besuch ging es bei dem zweiten Haupttagesordnungspunkt um die „angeblichen Umtriebe des CIA, die in Australien zu einem Politikum geworden sind" (NZZ, 25.6.77) Mit anderen Worten: Fraser wurde zum Rapport bestellt, weil er beim besten Willen der wachsenden Kämpfe des australischen Volkes gegen die US-amerikanischen Stützpunkte in Australien und gegen ihre Umtriebe im Pazifik und Indik nicht Herr werden kann. – (Z-Red)

Bewaffneter Bergarbeiterstreik in Kentucky, USA
Die US-Imperialisten, seit sie das Öl
Teil der Welt das Uranmonopol zu sichern, ist erklärte Absicht der USA und war demnach auch ein Hauptta-
Unternehmen bei ihren weltweiten Operationen interessant ..." (FAZ, 22.7.77)
Nicht nur die Rohstoffe, die die
Anzus-Paktes (Australien, Neuseeland, Vereinigte Staaten) die südpazifische Flanke sichern helfen." (FAZ, 7.7.77)
„Neben einer Reihe von meteorologi-
Bayerischen Räterepublik 1918/19
Der Sozialimperialismus zeigt in Afrika sein neokoloniales Gesicht.

Bewaffneter Bergarbeiterstreik in Kentucky, USA

Die US-Imperialisten, seit sie das Öl der Länder der Dritten Welt nicht mehr so spottbillig plündern können, wie es einmal war, stellen zähneknirschend wieder auf die einheimische Kohleproduktion um. „Aber ein Weg zurück zur Kohle, als Hauptenergiequelle der US-Wirtschaft, wäre alles andere als leicht," schreibt die Washington Post am 6. Juli in einem Kommentar. „Unter den Bergarbeitern geht die Epedemie der wilden Streiks weiter ... Darüberhinaus ist es sehr wahrscheinlich, daß die ganze Gewerkschaft im Dezember in den Ausstand tritt, wenn die Tarifverträge ablaufen."

Die US-Imperialisten lassen, um ihre Kohleproduktion mit Profit zu betreiben, die Bergarbeiter zu unmenschlichen Bedingungen arbeiten. In Stearns, Kentukky, haben die Arbeiter sich gegen die Minenbosse bewaffnet, um zu verhindern, daß diese ihre Ankündigung wahrmachen und die ganze streikende Belegschaft durch Streikbrecher ersetzen. „Es gäbe ein Blutbad, wenn die Gesellschaft das machte", sagte der Friedensrichter des Bezirks dem Reporter der Washington Post. „Die Bergarbeiter würden eher die Hölle zufrieren lassen und Schlittschuh drauf laufen, als der Gesellschaft zu erlauben, die Mine mit neuen Leuten wiederzueröffnen."

Die Arbeiter streiken, seit im Januar die Verhandlungen über die Zulassung der Bergarbeitergewerkschaft im Betrieb scheiterten. Die Arbeiter haben sich der Gewerkschaft angeschlossen und verlangen die Anwendung der tariflichen Sicherheitsbestimmungen, sowie der Lohn- und Altersregelungen. Die Gesellschaft hat das verweigert und die Bergarbeiter durch angeheuerte bewaffnete „Sicherheitsleute", die sie mit 300 Dollar die Woche bezahlt, ausgeschlossen. Seit diese begannen, auf die Streikposten zu schießen, haben sich die Bergarbeiter ebenfalls bewaffnet und verschanzt. Es gab bisher 5 Verwundete, 4 davon waren Sicherheitsleute. „Das ist hier wie in Vietnam", sagte einer von ihnen, der als Streikbrecher mit einem Laster durch die Kette der Streikposten mußte und dabei ein Stück Blei aus einer Schrotflinte abbekam. „Sie schlagen zu, rennen weg und bleiben trotzdem da." (International Herold Tribune, 14.7.77)

Die Bergarbeiter halten unverrückbar an ihren Forderungen fest und wollen die Arbeit zu den alten Bedingungen keinesfalls aufnehmen. – (Z-Red)

EG-Kommission beschließt Textil-Importbeschränkungen

Am 13. Juli hat die EG-Kommission Importbeschränkungen für Baumwollgarn, Damenblusen, Herrenhemden und T-Shirts beschlossen für die Länder Ägypten, Malaysia, Indien, Tunesien, Marokko und Pakistan. Frankreich hatte bereits Ende Juni für die gleichen Waren Importbeschränkungen „gegen die ruinöse Konkurrenz aus Billiglohnländern" (Premierminister Barre) eingeführt, was vom westdeutschen Textilkapitalistenverband und von der EG-Kommission, in dem der westdeutsche Imperialismus das Sagen hat, scharf angegriffen wurde. Nicht so sehr wegen der konkreten Maßnahme, sondern prinzipiell wegen „einseitigen Vorgehens unter Bruch der EG-Vereinbarungen" und der Gefahr des Protektionismus.

„Paris hat im Textilsektor die Notbremsen gezogen, die jetzt den ganzen Zug erfassen, mit möglicherweise empfindlichen Rückschlägen für die stark exportorientierte deutsche Textilindustrie." Bei den Verhandlungen zwischen EG und USA über die GATT-Verhandlungen und den Verhandlungen über das Welttextilabkommen sei man sich „darüber im klaren, daß die Lage explosiv ist und zu einem Handelskrieg ausarten kann". Die Differenzen mit dem „Erbfeind", der zwecks Sicherung seiner „kriselnden Textilindustrie" Protektionismus betreibe, das heißt Handelsbarrieren errichte und dadurch „den Welthandel gefährdet und Explosionen heraufbeschwört", trägt der BRD-Imperialismus von einer Position der Stärke aus.

In den letzten 6 Jahren haben die westdeutschen Textilkapitalisten mit Hilfe gewaltiger Investitionen und der Ersetzung überkommener Maschinerie durch modernste Anlagen, durch Rationalisierung und Lohndruck die Ausbeutung der Textilarbeiter gewaltig verschärft. Das hat es ihnen ermöglicht, die Arbeiterarmee in der Textilindustrie von über 500 000 auf 341 000 zu dezimieren und gleichzeitig den Umsatz von 24 350 Millionen auf 29 384 Millionen zu steigern, um auf dieser Grundlage den Exportanteil zu verdoppeln. Den sogenannten „Druck der Billiglohnländer" hat der BRD-Imperialismus da kaum zu befürchten. Die BRD-Kapitalisten haben von den 324 112 Tonnen Textilprodukten, die sie 1976 aus dem Ausland eingeführt haben, den größten Teil dort in eigenen Fabriken herstellen lassen. Sie konzentrieren in Westdeutschland die Bereiche der Produktion mit hohem Anteil an konstantem Kapital und verlagern die Bereiche, in denen der Anteil des variablen Kapitals noch überwiegt, ins Ausland, wo die Grundstoffe bei niedrigsten Löhnen „veredelt" und mit Extraprofit weiterverkauft werden zu 80% nach Europa.



Textilarbeiterinnen. Ausgangsbedingungen der westdeutschen Imperialisten für ihre Konkurrenzschlachten: Die Anzahl der Betriebe in der BRD hat sich seit 1970 um 840 verringert, die Anzahl der Arbeiter sank von 384 000 im Jahr 1970 auf 276 000 im Jahr 76.

Unter diesen Bedingungen verfolgt der westdeutsche Imperialismus seine Interessen unter dem Ruf: „Freihandel – weg mit den Handelsbeschränkungen!", besteht dieser Ruf doch in nichts anderem als der Forderung nach Beseitigung von allem, was der Ausbeutung fremder Arbeiter und der Ausplünderung fremder Völker durch das expandierende Kapital im Wege steht. Während der französische Kapitalismus, der später seine Maschinerie erneuert, später rationalisiert hat und schlechter dasteht in der Ausbeutung seiner Arbeiter, durch Protektionismus erst noch die Grundlage schaffen will, um auf dem Weltmarkt auftrumpfen zu können.

Die Rolle des Freihändlers spielt der BRD-Imperialismus im übrigen gespalten: Für strikte Importbeschränkungen ist er gegenüber Hongkong, Südkorea, Taiwan und Macau, deren Produktion fest in der Hand seiner amerikanischen und englischen Konkurrenten ist. Daß deren imperialistische Herren seinen Markt mit Erzeugnissen dieser Länder überschwemmen, daran hat er kein Interesse. Und auf die jetzt beschlossenen Importbeschränkungen hat er sich mit dem französischen Imperialismus noch einigen können, weil sie es verschiedenen Ländern der Dritten Welt, die im Aufbau ihrer Textilindustrie Fortschritte gemacht haben, erschweren, ihre Waren auf den europäischen Märkten zu verkaufen und mit den dadurch erworbenen Devisen den Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft weiter voranzutreiben. Die Konkurrenz unter den Imperialisten ist dadurch überhaupt nicht beseitigt. – (Mi-Red)

Gemeinsames Oberkommando von ZANU und ZAPU gebildet.

Das Volk von Zimbabwe stärkt die Einheit im Volksbefreiungskrieg

Der Statthalter des Imperialismus in Rhodesien, Smith, hat für den 31. August „Neuwahlen" angekündigt. Er will eine „interne politische Lösung" und die „Regierung auf breiter Basis bilden" unter Einschluß „gemäßigter schwarzafrikanischer Politiker".

Michael Daffex, der Präsident der



Kämpfer der revolutionären Volksbefreiungsarmee ZIPA: Sie werden die Imperialisten und ihre Lakaien zerschmettern.

Vereinigten Handelskammer Rhodesiens hat im Juni erklärt: „Das dringendste Erfordernis für die Nation ist eine Regelung." Mit ihrem Entspannungsmanöver spielen die imperialistischen Bosse Smiths in Washington und Westeuropa seit 1974 auf Zeit, um die Bastion in Zimbabwe aufzurüsten und das Volk von Zimbabwe und die afrikanischen Völker zu spalten, damit sie einen Bürgerkrieg entfesseln und den Volksbefreiungskrieg niederschlagen können.

Die Zeit arbeitet aber gegen sie, wie der Zusammenschluß des Volkes von Zimbabwe im bewaffneten Kampf wächst, – ZANU und ZAPU haben jetzt auch die Bildung eines gemeinsamen Oberkommandos im Rahmen der Patriotischen Front bekanntgegeben, und wie die afrikanischen Staaten sich in der Unterstützung des Volksbefreiungskrieges zusammenschließen.

Hier hat die 14. OAU-Gipfelkonferenz den Imperialisten weitere schwere Niederlagen bereitet. Die Siedlerbastion zersetzt sich. Wanderten letztes Jahr schon 7 073 europäische Kolonialisten und Glücksritter, darunter Hun-
listen und Glücksritter, darunter Hun-
derte technische Kader, die das imperialistische Kapital als Offiziere für die Ausplünderung Zimbabwes bräuchte, aus, so in diesem Jahr monatlich bereits 1 500. „Wohin emigrieren", eine Broschüre ist für Dollar 6,40 Bestseller in Salisbury geworden.

Mit den „Wahlen" will Smith die „Basis verbreitern", die afrikanischen Massen Zimbabwes bleiben ausgeschlossen. Eine Handvoll von Marionetten soll fester in das imperialistische Regime eingekauft und ihm damit der Schein von Rechtmäßigkeit gegeben werden. Das soll die „interne Lösung" ermöglichen, d.h. einen Teil der Nation Zimbabwes abspalten, um gegen die Volksmassen den Krieg zu verschärfen, „kräftige und falls notwendig, unbarmherzige Maßnahmen" zur „Ausmerzung des Terrorismus" wurden mit den Wahlen angekündigt. Drei Befreiunskämpfer, die in seine Hand gefallen waren, hat der Söldnerführer Smith in den letzten Wochen gehenkt.

Die Imperialisten distanzieren sich verbal von dem Wahlmanöver. „Smith verhält sich undiszipliniert", kommentierte der britische Außenminister Owen. Sie können sich nicht offen hinter ihre Statthalter stellen, weil sie um ihre Ausbeuterinteressen in den übrigen afrikanischen Ländern fürchten. So ist zum Beispiel der US-Handel mit diesen in den letzten 15 Jahren doppelt so schnell gewachsen wie mit Südafrika und Rhodesien. Sie brauchen Erdöl aus Nigeria, Kupfer aus Sambia und Zaire, Mangan aus Gabun, Zaire und Ghana, Bauxit aus Guinea und Ghana usw.

Alle Imperialisten arbeiten jedoch verbissen unter der Losung G„Schutz der Rechte und des Besitzes der weißen Minderheit" für die Aufrechterhaltung ihrer Garnisonen im südlichen Afrika. Sie fürchten daher, daß Smiths Maßnahmen die Spaltung nicht breit genug ins Volk von Zimbabwe treiben können, um einen Bürgerkrieg zu entfesseln gegen die revolutionären Volksbefreiungskräfte. Sie wollen die Pfarrer Muzorewa und Sithole auf ihre Seite ziehen, lassen sie sich aber auf Smiths Wahlmodus :ein, verlieren sie jeden Einfluß bei den Massen und werden als Instrumente neokolonialer imperialistischer Politik untauglich.

Allen Imperialisten geht es um die Stärkung der Basis für den konterrevolutionären Krieg, damit erfüllt Smith auch seinen Auftrag von den westlichen Imperialisten. Solange wie möglich soll er mit einer „Stellvertreterarmee" den Krieg führen, wie die USA über zehn Jahre in Laos, wo offiziell auch , kein amerikanischer Soldat kämpfte und die US-Regierung die Neutralität respektierte, weshalb sie dann nie mit „verschollenen US-Soldaten" erpressen konnten wie bei Vietnam, wo sie mit diesem Argument bis jetzt die UNO-Aufnahme blockierten.

Wenn sie gegen das Volk von Zimbabwe und die afrikanischen Staaten in der Nachbarschaft offiziell den Krieg auch nicht erklärt haben, so finanzieren sie ihn doch, liefern die Waffen und stellen die Söldnertruppe, planen ihn nach ihrem Konzept Vietnam. Zum Beispiel liefern sie Flugzeuge und schwere Waffen über Südafrika, Lockheed z.B. auch direkt über den italienischen Rüstungskonzern Kampfflugzeuge. Der Kern der Söldnerarmee besteht aus etwa 1 500 in Kriegen gegen den Befreiungskampf der Völker erprobte Söldner aus allen westlichen imperialistischen Ländern, vor allem mit „Vietnamerfahrung".

Der US-Söldner Lawrence Meyer hielt nicht dicht und so kam heraus, daß er auf Betreiben und Empfehlung seines ehemaligen Professors OTC, Oberstleutnant Monte Bullard, Vorsitzender der Abteilung für Militärwissenschaft an der Universität Berkley und Kriegsberater in Vietnam, geheuert wurde und mit seinem Empfehlungsschreiben und direkter „Unterstützung aus Washington" sein Weg ge„ebnet" wurde.

Sie führen Krieg wie in Vietnam und in den ehemaligen portugiesischen Kolonien. In „beschützte Dörfer", in Wirklichkeit bewachte und mit Stacheldraht eingezäunte Konzentrationslager, werden die Bauern getrieben, in diesen Monaten allein 250 000, „um sie zu kontrollieren und die Guerilla von der Versorgungsbasis abzuschneiden", gibt der Sprecher der Armee offen zu, „. . . einige Stammesmitglieder wollen nicht und müssen überredet werden, (. . .) wir fahren dann hin, stellen uns über ihn und sagen, da pack deine Sachen auf den LKW, du ziehst um. Mach das, ob du willst oder nicht, spielt keine Rolle."

In diesen „beschützten Dörfern" müssen sie selber Behausungen anlegen und für ihren Unterhalt sorgen. Der Weg zu ihren Feldern ist oft stundenlang. Wenn sie abends in die Dunkelheit kommen beim Rückweg, brechen sie die Ausgangssperre. Werden sie erschossen, als „Terroristen" auf die Erfolgsliste des verbrecherischen Regimes gesetzt.

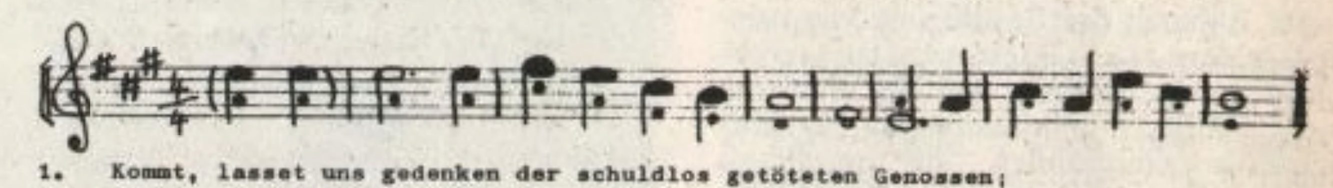
Nach dem Muster der „Green Berets" in Vietnam und mit ehemaligen dieser Killertruppe wurde die Spezialeinheit der „Selous Scouts" zusammengestellt. Ihr Auftrag ist, verkleidet als Befreiungskämpfer mit von diesen erbeuteten Waffen patriotische afrikanische Politiker zu ermorden, die Zivilbevölkerung einzuschüchtern und Mißtrauen gegen die Befreiungskämpfer zu schaffen durch Überfälle auf Bauerndörfer. Sie schlachteten beim Überfall auf das Dorf Nyazonia in Mozambique 700 unbewaffnete Afrikaner in wenigen Stunden hin und alle Zeugen, die den Weg ihres Rückzugs kreuzten, darunter auch ein spanischer Priester aus Burgos. Sie sind für die Priestererschießungen verantwortlich.

Nicht weniger barbarisch, wenn auch weniger gezielt, geht die ganze Armee vor. Feuerfreizonen wurden angelegt, Massaker zur Einschüchterung der Bauern sind an der Tagesordnung. Z.B. wurde bekannt, daß im Mai im Dabwa Kraal, einem Dorf in Südrhodesien, 35 Dorfbewohner – Männer, Frauen und Kinder –, erschossen wurden, offiziell, „weil sie in das Feuer zwischen den rhodesischen Truppen und ‚Terroristen' gerieten".

Die Patriotische Front enthüllt: „In Wahrheit haben sie die Bauern in Dabwa Kraal viehisch umgebracht, nachdem einige Stunden davor unabhängig davon in der Gegend in einem Feuergefecht mit der ZIPA (Volksbefreiungsarmee) mehrere Söldner umkamen." „Die Soldaten ziehen dann, meist wild auf alles, was sich bewegt, schießend, durchs Land." Die Patriotische Front erklärte: „Die Massaker demonstrieren klar die Grausamkeit und Barbarei des Siedlerregimes, der sogenannten Vorhut westlicher Zivilisation. Der Vorfall, einer von vielen dieser Art, demonstriert die Nutzlosigkeit, das Problem mit friedlichen Verhandlungen lösen zu wollen. Er bestärkt tdie Überzeugung, daß das Smith-Regime auf dem Schlachtfeld geschlagen werden muß." „Der Tot der mutigen, ahnungslosen »Patrioten im Dabwa Kraal wird nicht vergeblich sein. Er wird mit Zinsen zurückgezahlt werden müssen." – (Z-Red.)

Gewehre für Zimbabwe!

Nach einem Lied der Kämpfer der Volksbefreiungsarmee Zimbabwes



1. Kommt, lasset uns gedenken der schuldlos getöteten Genossen;
5. Die Befreiung unsres Landes Zimbabwe, Euer Leben gabt Ihr dafür hin.

1. getötet durch die Kugeln des Feindes, wir erinnern uns immer an sie.
2. laßt uns ihrer gedenken, wir erinnern uns immer an sie
5. Euer Wille, Genossen, ist jetzt unsere Pflicht.

2. Sie fielen im Kampf für unsre Sache, für die Befreiung von Zimbabwe;
3. Genosse Chitepo, viele Jahre hast Du Dich eingesetzt im Volksbefreiungskampf
4. Ihr heldenhaften Söhne und Töchter unsres Volkes, wir versichern Euch:
6. Wir setzen fort den Chimurenga, Euer Wille: unsere Pflicht;

3. laßt uns seiner gedenken, wir erinnern uns immer an ihn.
4. So wie in Euch der Kampfgeist unsrer Ahnen, so lebt Ihr alle in unsren Herzen fort.
6. bis die vollständige Befreiung Zimbabwes errungen ist im Kampf!

Bei der von den Kommunistischen Jugendbünden initiierten und getragenen Kampagne „*Gewehre für die Jugend Zimbabwes*" konnten bisher über 30 000 DM für Gewehre aufgebracht werden.

Thailand: Der US-Imperialismus versucht seinen Einfluß durch konterrevolutionären Krieg zu erhalten

„Auch Thailands Muslim begehren auf", berichtet Christel Pilz am 14.7. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", an verschiedenen Orten seien Bomben hochgegangen. Die bürgerliche Presse stellt die thailändische Junta im Kampf gegen verschiedene, isolierte Sekten dar, gleizeitig behauptet sie da, wo größere militärische Auseinandersetzungen nicht mehr vertuscht werden können, laotische und Soldaten Kampucheas würden Thailand überfallen.

In Wirklichkeit führt das thailändische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Thailands einen breiten Kampf an verschiedensten Fronten gegen die andauernde Besetzung und Ausplünderung durch den US-Imperialismus und seine Alliierten, den japanischen und westdeutschen Imperialismus, ihre Vasallen in Thailand, das Feudalregime und die Militärjunta. Diese führen, gestützt auf die im Oktober 1976 wieder an die Macht geputschten Vasallen, die Militärjunta, einen Krieg wie bis 1975 in Indochina, wo sie sich bereits auf die Söldnerdienste der thailändischen Vasallenarmee stützten. US-Berater und Militärs organisieren auch diesen Krieg, auch die BRD liefert Waffen.

Wie in Indochina schließen die Bauern sich aber nur noch enger gegen die Peiniger unter Führung der Kommunistischen Partei Thailands zusammen. Das registrieren die Imperialisten und so ist der Artikel des FAZ-Asien-Korrespondenten gezeichnet durch Ratlosigkeit. Wir geben hier Auszüge eines Reiseberichtes eines bürgerlichen Journalisten in Provinzen Thailands wieder, die gegenwärtig Zentrum der Angriffe der konterrevolutionären Allianz sind. Dieser Bericht spiegelt die fortgeschrittene Entwicklung des Befreiungskampfes des thailändischen Volkes wider:

„Am 24. Dezember 1976 kündigte der thailändische Premierminister Thanin den Beginn einer neuen ‚energischen Operation' an, um die ‚von Kommunisten hajmgesuchten Gebiete' durch Evakuierung der Bevölkerung und Bombardierung des Gebiets zu ‚säubern'.

Sie sollte in wenigen Wochen abgeschlossen sein. Tatsächlich dauert sie an, hat nur den Namen gewechselt, und malaysische Truppen nehmen inzwischen an ihr teil.

Am 24. Februar kündete die Evakuierung von 4 000 Dorfbewohnern eine massive Offensive in den zu ‚gesperrten Gebieten' erklärten Zonen an. Alle Waffen sollten an die Regierung abgeliefert werden, die Ausgangssperre wurde auf eine große Zahl von Gebieten ausgedehnt, eine ganze Reihe grundlegender lebensnotwendiger Artikel unter Kontrolle gestellt. (. . . .)

Surat Thani und Nabon sind zwei Provinzen, die am stärksten betroffen sind. Sie gehören zu den reichsten Provinzen und produzieren Überschüsse an Reis, Kautschuk, Kaffee, sie haben Zinnminen . . . Die Analphabetenrate ist ziemlich niedrig. Die Fischer sind noch nicht vertrieben und anders als im Norden leben die Bauern auch noch auf ihrem eigenen Land. Die Menschen dort beugen sich jedoch nicht der Regierung, sondern bekämpfen sie. Ein Lehrer bemerkte: ‚Je reicher ein Land, desto korrupter sind die Funktionäre und desto mehr wird die Bevölkerung unterdrückt, wird ihr Geld abgepreßt . . . Von den Geographischen Bedingungen her bietet das Gebiet gute Voraussetzungen für einen Guerillakrieg, die militärischen Kämpfe sind heftig, seit Januar sind Tonnen Bomben gefallen.'

25 000 Mann Bodentruppen und Luftunterstützung hat die Regierung allein im Süden eigesetzt. ‚Das wichtigste Ziel der Operation ist', erklärte ein Polizeichef, ‚den Tümpel trockenzulegen, in dem sich die Fische verstecken können'. Deshalb wird die Bevölkerung aus den ‚mit Kommunisten verseuchten' Gebieten evakuiert, um eine Strenge Kontrolle über alle Bewegungen und den Verkauf von Waren, hauptsächlich Lebensmittel, Medikamente, und natürlich Waffen zu haben. Jede Bewegung in diesen gesperrten Gebieten ist verboten, . . .

Tausende Familien wurden aus ihren Wohnstätten vertrieben, gezwungen von der Hand in den Mund oder von Freunden zu leben. Alle Bauern sprechen vom Verlust ihrer Ernten, besonders Kaffee und Kautschuk. in den ‚Feuerfreizonen' ist der Verlust vollständig, weil man nicht mehr auf die Felder kann. Darüberhinaus sind die Verwüstungen durch Bombardements beträchtlich. In den Distrikten Tha Sala und . . . wurden Tausende Hektar Kaffee- und Gummiplantagen in Flammen gesetzt.

Nachdem er über die ‚rote' Zone der Provinzen von Nakon Si Thammarat gefolgen war, gab der Verteidigungsminister, Noad Chaoryu, am 22. März den Befehl zu massiver Bombardierung mit Napalm . . .

Zeugenaussagen berichten von Hunderten Toten unter der Zivilbevölkerung . . . eine gängige Praxis ist es, die Körper der Hingerichteten aus Flugzeugen abzuwerfen, . . . um die Guerilla zu demoralisieren . . ."

Die thailändischen Massen schließen sich zusammen, der antiimperialistische Befreiunskampf gewinnt ständig an Kraft

„Ein Regierungsbeamter erklärte uns, von der offiziellen Propaganda abgehend: ‚Vor dem 6. Oktober töteten die kommunistischen Terroristen korrupte Polizisten und Beamte gezielt. Seither haben sie begonnen, alle Regierungsbeamte anzugreifen, sie kommen in Gruppen von 100 bis 150 von den Bergen, um Polizeistationen zu zerstören, offensichtlich über den günstigsten Zeitpunkt fü einen Angriff von der örtlichen Dorfbevölkerung gut informiert. Seit der von uns begonnenen breiten Militäroperation haben wir eine wichtige Veränderung zu verzeichnen; die Angriffe werden jetzt von den Dorfbewohnern selber ausgeführt und nicht durch Kommandos aus den Bergen . . . Bei einem solchen Grad politischer Infiltration . . . hat es keinen Zweck mehr zu versuchen, die Vorstellungen der Leute zu ändern.' Er fuhr fort: ‚Der Premierminister fordert, daß wir überall ‚Gruppen von Freiwilligen' in den Dörfern bilden. In andren Worten, wir zivile Beamte sollen in jedes Dorf gehen. Aber wenn ein Funktionär in ein Dorf geht, um mit der Bevölkerung Kontakt aufzunehmen, wird er auf dem Heimweg getötet. Bei einer solchen Lage muß das Militär eingreifen. Sogar jetzt, wo wir vollen Krieg führen, kommen die Kommunisten regelmäßig in die Dörfer, um den Leuten zu sagen, daß sie das, was die Regierung ihnen erzählt, nicht glauben sollen, ‚wir sind nicht geschlagen, wir sind noch da. Arbeitet nicht mit der Regierung zusammen', sagen sie.'"

Der Bericht fährt fort: „Alles, was wir gesehen haben, bestätigt das. Entlang der Straße zwischen Ban Nasarn und Klong Prabl, die wichtige Militärbasen verbindet, . . . hat uns der Taxifahrer fortwährend auf Plätze aufmerksam gemacht, wo die Regierungsstreitkräfte in einen Hinterhalt liefen. Wir sahen keinen einzigen Zivilisten, außer einem nicht abreißenden Kordon von Soldaten, die jetzt die Straße ununterbrochen bewachen, sieht man nur gepanzerte Fahrzeuge . . .

Fast überall besteht anscheinend enge Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und der Bevölkerung.

. . . Die Massaker unter den Studenten am 6. Oktober 1976 an der Thammassat Universität und die Errichtung der Militärdiktatur hat dem revolutionären Kampf einen ungeheuren Aufschwung gegeben. Die Hoffnung auf eine evolutionäre Veränderung der thailändischen Gesellschaft ist am 6. Oktober 1976 begraben worden."

(Informationsbulletin der „Union des Democrates Thailandais", Paris, Mai - August 1977, Übersetzung aus dem Englischen durch die Redaktion)

USA-Imperialisten richten Kreditpolitik neu aus

Menschenrechte und Weltbank

Gegenwärtig gibt es in den USA Widersprüche zwischen der Regierung Carter und dem Kongreß über die Ausrichtung der „Auslandshilfe“ und der Kreditpolitik gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Die Neue Zürcher Zeitung vom 16.7. schreibt:

„Die Administration Carter, die in letzter Zeit ein erhebliches Maß an Aufklärungsarbeit zu leisten hatte, um der Welt Sinn und Ziel ihrer Menschenrechtspolitik darzulegen, sieht sich in die heikle Lage versetzt, dem Kongreß die praktischen Grenzen vor Augen zu führen. Der Kongreß hat nämlich das Gesetz über die amerikanische Auslandshilfe zum Anlass genommen, um der Menschenrechtspolitik Carters Nachdruck zu verschaffen – allerdings in einer Art, die weit über das hinausgeht, was die Administration für zuträglich und praktikabel hält.“

Worum geht es? Der Kongreß hat

„im Rahmen der Bewilligung von Auslandsgeldern zwei Gesetzeszusätze (verabschiedet), die besagen, daß die Weltbank und die anderen multinationalen Entwicklungshilfeorganisationen – die ‚Interamerikanische Entwicklungsbank‘, die ‚Asiatische Entwicklungsbank‘ und der ‚Afrikanische Entwicklungsfonds‘ – keine amerikanischen Mittel für Darlehen an Vietnam, Laos, Kambodscha, Uganda, Angola, Mocambique und Kuba und keine amerikanischen Gelder für Darlehen zur Förderung der Produktion von Zucker, Palmöl und Zitrusfrüchten verwenden können.“ (NZZ)

Die Weltbank, vom USA-Imperialismus geschaffen und beherrscht, dient ihm dazu, vornehmlich bei Ländern der Dritten Welt über Vergabe von Krediten und Einstreichung von Zinsen neokoloniale Abhängigkeiten zu schaffen. Mit dem Abkommen von „Bretton Woods“ hatte der USA-Imperialismus 1944 erreicht, daß der Dollar als Weltgeld vertraglich garantiert und mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank institutionell abgesichert wurde. Die Vorherrschaft in der Weltbank sichert sich der US-Imperialismus über die Eingabe von Kreditgeldern in die Bank, die jedes Mitglied einzahlen muß. Die USA-Imperialisten besitzen heute etwa 30 % Anteile an der Weltbank, das sichert ihnen das Vetorecht zu, somit das entscheidende Stimmrecht für die Vergabe von Krediten und Festlegung von Zinsen. Verschiedene Unterabteilungen wickeln die Geschäfte dieser, auch von den europäischen Imperialisten mitgetragenen Bank, ab.

Zwei große „Töchter“ sind die sogenannte Internationale Finanz Kooperation (IFC) und die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA).

An ihren Aufgaben sieht man den imperialistischen Charakter dieser Bank deutlich: Die IFC „ist bestrebt, Kapitalgeber mit erfahrenen Unternehmen zusammenzubringen und ist bemüht, den Fluß von Privatkapital in produktive Investitionen in den Mitgliedsländern anzuregen.“ (Die Weltbank, Washington, 1962) Diese Umschreibung der „Bestrebungen der IFC“ ist nichts weiter als die Organisierung von Kapitalexport, wobei diese Abteilung der Weltbank die sogenannten „harten Kredite“ gibt, mit hohen Zinsen, die die Durchdringung mit imperialistischem Kapital durch die hohe Verschuldung der Länder erleichtern. Indien z.B. hatte 1976 5,87 Mrd Dollar Schulden bei der Weltbank, zum Teil muß es 8,5 % Zinsen zurückzahlen. Insgesamt sind die Länder der Dritten Welt nach Angaben der Weltbank 1976 mit 250 Mrd. Dollar verschuldet bei der Bank (vgl. auch KVZ, 18/77).

Die Unterorganisation IDA verfolgt laut Abkommen „die Absicht, in den Entwicklungsgebieten der Welt die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, die Produktivität zu steigern und auf diese Weise das Lebensniveau zu heben.“ (Die Weltbank). Hiermit sind die verschiedenen Projekte gemeint, wie landwirtschaftliche Bewässerung mit Maschinen, finanziert über Kredite der Weltbank, durchgeführt mit Maschinen aus den USA, die über die Weltbank organisiert werden und mit „großzügigen Rückzahlungsbedingungen“ verknüpft sind. In Wirklichkeit Instrumente, um ökonomische und politische Abhängigkeiten zu erzeugen.

Von den Völkern der Welt wird diese neokoloniale Rolle der Weltbank immer deutlicher erkannt. Staaten in den verschiedenen Kontinenten schließen sich gegen dieses Instrument des US-Imperialismus zusammen. Anfang Juli z.B. hat die 18. Jahreshauptversammlung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) stattgefunden in Guatemala. Diese Bank ist ein Unterzweig der Weltbank für Amerika. Dort sind starke Widersprüche aufgebrochen. Die westdeutschen Imperialisten, die gleich nach den USA zu einem der Hauptfinanziers der Weltbank geworden sind, schätzen das Ergebnis dieser Versammlung als imperialistische Konkurrenten so ein:

„Als wichtigstes Ergebnis der Jahreshauptversammlung sind neben einer scharfen Interessenabgrenzung gegenüber den Vereinigten Staaten und den anderen westlichen Industrieländern der Beitritt von 13 Nationen außerhalb des amerikanischen Kontinents und die Gründung einer selbständigen Lateinamerikanischen Exportbank ohne nordamerikanisches Kapital zu vermerken. Der Beitritt von der BRD, Belgien, Niederlande, Frankreich, Italien, Dänemark, Großbritannien, Spanien, der Schweiz und Israel, sowie Jugoslawiens, Australiens und Japans, mit einer Kapitalanlage von fast 900 Mill. Dollar wird nicht nur als Ende der nordamerikanischen Alleinherrschaft bei der Weiterentwicklung Lateinamerikas gedeutet, sondern auch als eine Absichtserklärung der Länder der EG und anderer westlicher Industriestaaten, sich künftig in den lateinamerikanischen Ländern stärker zu engagieren.“ (FAZ, 16.6.77)

Was da der US-Imperialismus braucht, ist vollständige Bewegungsfreiheit in der Welt, um seine Konkurrenten niederzuschlagen und die Völker niederzuhalten.

Die Menschenrechtskampagne hat in ihrem Kern zum Inhalt, sich das jederzeitige Interventionsrecht zu verschaffen gegenüber Ländern, „wo gegen sie verstoßen wird.“ Das Interventionsrecht wollen die US-Imperialisten wahrnehmen mit der Erpressung durch Kredit und Zins und mit ihrer Militärmaschine dahinter. Der Widerspruch nun zwischen der Carter-Regierung als geschäftsführendem Ausschuß der USA-Bourgeoisie und dem Kongreß als Aufsichtsrat der USA-Bourgeoisie besteht darin, das letzterer dieses Interventionsrecht mit seinem Beschluß einschränkt. Revolutionären Ländern, oder auch Ländern, die im Einflußbereich des Sozialimperialismus liegen, sollen Kredite über die von den USA beherrschte Weltbank verwehrt werden. US-Präsident Carter ist ganz anderer Meinung. Er will die Menschenrechte „überall ausgeübt sehen.“ Keinesfalls dürften der Infiltrationspolitik in den verschiedenen Teilen der Welt Schranken gesetzt werden. Im Gegenteil, z.B. tritt Carter dafür ein, daß Kuba Kredite bekommt, gerade zum Zwecke der besseren Einflußnahme in diesem Land. „Will man die Welt beherrschen, gibt es keine Grenzen“, ist seine Parole, alles unter der Flagge der Menschenrechte. Dem Kongreß die „praktischen Grenzen“ vor Augen führen, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, heißt nichts weiter, als daß die Carter-Regierung *mehr* will als der Kongreß. Darin besteht der Widerspruch, und Carter hat sofort vom ehemaligen Kriegsminister und jetzigem Präsident der Weltbank, McNamara, Unterstützung bekommen. Warnend hat dieser den Finger gehoben und auf das Statut der Weltbank gepocht, wonach „keine Gelder angenommen werden dürften, an die Bedingungen geknüpft sind.“ Die Bewegungsfähigkeit der Weltbank würde eingeschränkt, womit er die Bewegungsfähigkeit des US-Imperialismus mit seinen agressiven Zielen meint. Über den Senat will Carter jetzt den Kongreßbeschluß aufheben. – (Z-Red)

Sinkende Wachstumsrate, aber steigende Ausbeutung: Comecon „bewährt“ sich

Der „Halbjahresbericht zum Volkswirtschaftsplan 1977“ ist von der Bourgeoisie der DDR veröffentlicht worden. Ihre Vertreter in Westdeutschland von der DKP schreiben in ihrem Zentralorgan „Unsere Zeit“ dazu:

„... die Bilanz erfolgreicher Wirtschaftspolitik zum Wohle arbeitender Menschen in der DDR ... Die industrielle Warenproduktion erhöhte sich um 6,7 Milliarden Mark oder 4,8%.“

Wer verhindern will, daß die Arbeiterklasse die Macht ergreift und die Bourgeoisie stürzt, der muß wie die DKP die Wahrheit über die politischen und wirtschaftlichen Herrschaftsverhältnisse auf den Kopf stellen. Richtig ist, daß die „industrielle Warenproduktion“ um 4,8 % gestiegen ist. Richtig ist aber auch, und das verschweigen die Revisionisten, daß die Wachstumsrate im Vergleich zu den vergangenen Jahren immer niedriger wird. 1976 betrug sie in den ersten sechs Monaten 6 Prozent, 1975 waren es 7,5 Prozent und 1973 noch 8,4 Prozent. Diese Tatsache ist nicht unwichtig, denn die „erfolgeiche Bilanz“ erscheint sogleich in ganz anderem Licht.

Die Wachstumsrate der „industriellen Warenproduktion“ geht zurück, weil die Produktion kapitalistisch betrieben wird. Das Ziel der Produktion ist die Produktion von Mehrwert, den die Bourgeoisie der DDR der Arbeiterklasse abpressen kann, weil die Arbeiterklasse nicht über die Produktionsmittel herrscht. Die Planwirtschaft besteht darin, daß die Bourgeoisie Pläne darüber anstellt, wie die Ausbeutung der Arbeiter erhöht werden kann und wie die Aufgaben, die der DDR im Rahmen der „Internationalen Arbeitsteilung“, speziell der Arbeitsteilung innerhalb der RGW-Staaten, zum hauptsächlichen Vorteil der Sozialimperialisten erfüllt werden können. Die DDR ist bei den Sozialimperialisten hoch verschuldet. Dies ist ein Resultat der Arbeitsteilung, die für die DDR hauptsächlich bedeutet, Maschinen jeder Art in die Sowjetunion zu liefern. Die Sozialimperialisten ihrerseits halten die DDR-Bourgeois unter Kontrolle über deren Abhängigkeit von den sowjetischen Rohstoffen. Die Lieferung der Rohstoffe, insbesondere Öl und Stahl, ist für die Sozialimperialisten nochmals Mittel, die Abhängigkeit der DDR über die Ausplünderung mittels der Rohstoffpreise zu erhöhen. Die Preise für Energielieferungen hat die Sowjetunion um etwa 90 Prozent erhöht, die für Steinkohle um 120 Prozent. Während die DDR-Bourgeoisie die Maschinenindustrie und in den letzten Jahren vor allem die Elektroindustrie und Elektronik entwickeln lassen und dies aufbauen auf den Rohstofflieferungen hauptsächlich aus der Sowjetunion, wird die Förderung und die Bearbeitung im Land vorhandener Rohstoffe wie z.B. der Kohle vernachlässigt und liegt darnieder.

Immer mehr müssen die DDR-Bourgeois für den Export produzieren lassen. Nicht nur um den Defiziten gegenüber den Sozialimperialisten nachzukommen. Auch gegenüber den westlichen kapitalistischen Ländern wie z.B. den westdeutschen Imperialisten vergrößert sich ihr Handelsdefizit, das hauptsächlich Resultat ihrer Maschinenimporte ist. Während die DDR Maschinen in die Sowjetunion liefert, importiert sie Maschinerie aus den westlichen imperialistischen Ländern, die zur Rationalisierung eingesetzt werden.

Die Sozialimperialisten schreiben in ihrer Zeitschrift „Außenhandel“, offensichtlich mit den Resultaten ihrer internationalen Arbeitsteilung äußerst zufrieden:

„Dank der fortschreitenden Integration beträgt gegenwärtig der Teil des Außenhandels der DDR mit der UdSSR, dessen Güter Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, der Spezialisierung und Kooperation sind, mehr als 25 Prozent am Gesamtumsatz ... Mit der zunehmenden Wirtschafts- und Wissenschaftskooperation werden die gegenseitigen Bezüge von Erzeugnissen des Maschinenbaus sowie der Elektrotechnik und Elektronik erheblich wachsen. Von den Warenlieferungen der DDR entfällt der weitaus größte Teil – fast zwei Drittel – auch künftig auf Maschinen und Ausrüstungen. In einigen Bereichen des Maschinenbaus der DDR hat die zwei- und mehrseitige Spezialisierung bereits einen hohen Grad erreicht. So finden die großen Produktionsserien von Reisezugwagen, Kühlwagen, Werkzeugmaschinen, Verschiedener Landmaschinen, Fischereifahrzeugen und einer Vielzahl anderer Erzeugnisse, die neben der Deckung des Eigenbedarfs vor allem für den Export in die UdSSR sowie andere RGW-Länder gefertigt werden, in der Welt kaum ihresgleichen.“

...

„Von unschätzbarem Wert für die Versorgung der Bevölkerung und der Volkswirtschaft der DDR sind die umfangreichen Lieferungen der Sowjetunion an Roh- und Brennstoffen sowie zahlreichen anderen Materialien.“

Darüber zwingen die Sozialimperialisten die DDR-Bourgeois genauso wie die übrigen Länder des RGW zur Beteiligung an Pipelines und Förder- und Aufbereitungsanlagen für die Rohstoffe:

„Dazu gehören unter anderem die Beteiligung am Bau der Erdgasleitung Orenburg-Westgrenze der UdSSR oder in der Erdölindustrie, bei Walzstahl, eisenhaltigen Rohstoffen, Ferrolegierungen, Zellstoff und Asbest. Im Rahmen dieser und weiterer Vorhaben hat die DDR umfangreiche Verpflichtungen für die Lieferungen von Anlagen, Ausrüstungen sowie anderen Waren und Leistungen übernommen.“ (Außenhandel 8/76)

Dieses großartige Resultat der „internationalen Arbeitsteilung“ führt dazu, daß immer mehr und schneller für den Export produziert werden muß. Die Kehrseite davon ist, daß die nur wenig entwickelten Produktionszweige noch wenger als bisher entwickelt werden, wie z.B. die Landwirtschaft oder die Gewinnung von Rohstoffen und deren Verarbeitung. Eine solche einseitig entwickelte Industrie muß zu Stagnation und Rückgang des Wachstum führen.

Die sowjetischen Truppen und Panzer in der DDR sind Garant, daß diese „Arbeitsteilung“ noch weiter vertieft wird. Die Folgen wirken sich nur um so verheerender aus.

Die DDR-Bourgeois versuchen dem wie alle Kapitalisten entgegenzuwirken. Die Arbeiterklasse soll mehr, schneller und billiger produzieren. Zu diesem Zweck hat die SED mit der Gewerkschaft FDGB an der Seite eine Kampagne zur „Effektivierung und Intensivierung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität“ entfaltet. Nachdem sie unter diesem Motto bereits in den größten Industriezweigen Zwei- oder Dreischichtbetrieb eingeführt hat, betreibt sie nun umfassende Rationalisierungen und Arbeitsverschärfungen.

Demagogisch wie die ganze Kampagne aufgezogen ist, soll in diesem Jahr der 60. Jahrestag der Oktoberrevolution als besonderer Ansporn den Arbeitern sein, ihre Arbeitskraft für die Bourgeois verschleißen zu lassen:

„Es ist erforderlich, alle Reserven im Maßstab der Volkswirtschaft umfassend für die Pläne 1977 und 1978 nutzbar zu machen ... Der Bundesvorstand (FDGB) unterstrich, daß es eine Sache der Ehre ist, die zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution übernommenen Wettbewerbsverpflichtungen zu erfüllen ...“

Einen Einblick in die tiefgreifenden und umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen, die die Bourgeoisie gegenwärtig durchführt – hauptsächlich noch auf schlichter Mehrarbeit und Antreiberei, die Einführung von Rationalisierungsmaschinerie wird erst noch einsetzen – verschafft das Studium des Zentralorgans der SED, „Neues Deutschland“, von den ersten beiden Juliwochen. Die verschärfte Arbeitshetze, die Antreiberei, die Schichtarbeit wird gleichgesetzt mit der Steigerung der Produktivität der Arbeit im Sozialismus. Der Tatbestand, daß der Arbeiter in der DDR jetzt aber in der gleichen Zeit das Doppelte produzieren muß, daß er die Normen erfüllen muß, will er keine Lohneinbußen hinnehmen, ist schlichte Auspressung von Mehrarbeit zum Zweck der Mehrwertproduktion. Dieser Tatbestand tritt aus den Artikeln des „Neuen Deutschland“ hervor, bei allen Bemühungen, dies als gesellschaftlichen Fortschritt und von den Arbeitern so gewollt darzustellen:

„Kollektive stellen sich höhere Wettbewerbsziele auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik – Großes volkswirtschaftliches Gewicht haben solche Vorhaben in jenen Zweigen, die als Zulieferer wichtiger Bauelemente und Teilaggregate mit über die Leistungskraft unserer Investitions-, Export- und Konsumgüterindustrie entscheiden ... Magdeburg: Um fast drei Monate früher als vorgesehen verteidigen in diesem Julitagen die Werktätigen des Elektromotorenwerkes Wernigerode Zwischenergebnisse eines langfristigen Staatsplanvorhabens. Das Projekt, das die umfassende Rationalisierung der Stanz- und Wickeltechnik sowie die Anwendung neuer Verfahren für die mechanische Bearbeitung vorsieht, hat nicht nur für die immer bessere Bedarfsdeckung der eigenen Industrie Gewicht; es kommt auch einem der größten Elektromotorenproduzenten der UdSSR, dem Elektromaschinenbau Jaroslaw, zugute ...“

„Neuerer tragen zum technischen Fortschritt bei – Karl-Marx-Stadt: (...) Im Werk (Fritz-Weckert-Werk) ist vorgesehen, neue Numerikmaschinen in Komplexen zusammenzufassen. Das ermöglicht den verstärkten Übergang zur Mehrmaschinenbedienung und hilft, Arbeitsplätze sowie Fertigungszeit einzusparen ...

Schwarzenberg: Rund 2500 Waschmaschinen haben die Werktätigen des VEB Waschgerätewerk Schwarzenberg im ersten Halbjahr über ihren Plan hinaus produziert ...“

„Unsere Plandiskussion zielt auf steigende Effektivität und Qualität – Glühlampenwerk Berlin: (...) Wir wollen die staatliche Auflage der industriellen Warenproduktion ... um ein Prozent überbieten ... bereits zum 9. FDGB-Kongreß im Mai war das eine Prozent Mehrproduktion geschafft. Um fast zehn Prozent soll die Warenproduktion steigen, und das fast ausschließlich auf der Grundlage wachsender Arbeitsproduktivität ... Unsere Kollegen verstehen, daß alle Fortschritte auf sozialpolitischem Gebiet von den Fortschritten der Effektivität der Volkswirtschaft abhängen ... Die Wirtschafts- und Sozialpolitik als Einheit planmäßig zu verwirklichen, bedeutet auch, bei jeder Rationalisierungsmaßnahme die Arbeits- und Lebensbedingungen im Blick zu haben ... Wir legten größten Wert darauf, sagte Manfred Krichner, daß die Plandiskussion nirgends als eine Routinesache behandelt wird und daß sie überall den Ansprüchen gerecht wird, die im neuen Arbeitsgesetzbuch an diese wichtige demokratische Aktion gestellt sind ...“

„Schöpferische Fähigkeiten aller Werktätigen und zahlreiche Reserven im Betrieb mobilisieren – Karl-Marx-Stadt Kühlschränkefabrik: ... Die Anzahl der zu fertigenden hermetischen Kältemittelverdichter – das Herzstück jeder Gefrieranlage – soll sich gemessen an der Stückzahl dieses Jahres in den achziger Jahren verdoppeln. Es ist vorgesehen, all dies bei steigender Erzeugnisqualität und mit der gleichen Zahl an Arbeitskräften zu bewältigen. Das ist ganz im Sinne der 6. Tagung des ZK der SED ...“

Die rechtliche Grundlagen für die erhöhte Ausbeutung und die Strafverfolgung der Kämpfe der Arbeiter dagegen hat sich die Bourgeoisie mit dem neuen Arbeitsgesetz, das Mitte Juni verabschiedet worden ist, geschaffen. Es ist in Broschürenform an Parteifunktionäre und Vorarbeiter verteilt worden. Diese übernehmen die Überwachung und Kontrolle der Arbeiter. Auch dazu die Stimme des „Neuen Deutschland“. Unter dem drohenden Titel „Wo ein Genosse ist, da ist die Partei“ heißt es:

„Mancher im Betrieb glaubte als er zum ersten Mal von Parteikontrolle hörte, daß wir nur mit dem Bleistift abhaken, ob alle Termine erfüllt werden. Natürlich achten wir auf ihre Einhaltung, denn für die Lösung jeder Planaufgabe ist Termintreue wesentliche Voraussetzung. Aber Parteikontrolle ist doch viel mehr ... In Scharfenberg gehört es zur Parteikontrolle über das neue Verdichterprogramm, Vorbehalte gegen das Projekt im kameradschaftlichen Gespräch zu beseitigen ...“

Die gleiche unverhohlene Drohung scheint aus dem Artikel „Kundschafter auf neuem Weg zu Effektivitätsgewinn“ hervor:

„Der Parteisekretär ... An solchen Einwänden wie ‚Die Anlage fährt optimal, mehr ist aus ihr nicht herauszuholen‘ oder ‚Das Verfahren ist ausgereift, anderswo in der Welt hat man auch nichts Besseres‘ entzündete sich die Debatte. Das waren Meinungen, die wir als Genossen nicht ignorieren konnten. Zudem: Sie kamen in einer Zeit, als uns die Planerfüllung ziemlich viel Mühe bereitete. Mit kleinen Zielen, die heute als ‚sicher‘ einzustufen sind – so argumentierten wir – kommt man nicht zum erforderlichen wissenschaftlich-technischen Niveau. Wer nicht dem Fortschritt hinterherlaufen will, darf auch nicht warten, bis andere Neues, Besseres vorweisen ...

Der Neuerer: Manchmal wird gefragt, ob wir uns noch einmal einen solchen Berg voll Arbeit aufbürden würden. Sicher, für Anlagenfahrer ist es nicht so einfach, sich zurechtzufinden, wenn die Instrumente plötzlich ganz andere Werte als gewohnt anzeigen, zusätzliche Meßreihen gefahren werden, weitere Meß- und Probeentnahmestellen an der Anlage angebracht und kontrolliert werden müssen ...“

Welchen Umfang die Rationalisierungen im letzten halben Jahr erreicht haben, enthüllt, wenn auch mit dem angeblichen Fortschrittszeichen versehen, die DKP:

„Interessant ist die Tatsache, daß in der Volkswirtschaft der DDR im 1. Halbjahr 1977 durch Rationalisierungsmaßnahmen die Arbeitszeit von 125 000 Arbeitern und Angestellten eingespart werden konnte.“

Die Arbeit von 125 000 Arbeitern umverteilt auf die gesamte Arbeiterklasse der DDR, darin besteht der Fortschritt, den die DKP hochlobt. Für die Arbeiterklasse der DDR bedeutet das rascherer Verschleiß der Arbeitskraft. So sind die Krankheitsfälle in den Fabriken, selbst nach offiziellen Zahlen der DDR-Behörden, von 5,3 auf 6,8 Millionen gestiegen. – (Z-Red.)

Obskurantismus und Chauvinismus

„Neue Philosophie“ vom linken Seineufer

In allen Betrübnissen, die die gegenwärtige ausgezeichnete Lage in der Welt für die herrschende imperialistische Bourgeoisie bietet, hat sich nun ein Lichtblick für sie aufgetan. Die bürgerliche Presse ist auf ihren Kulturseiten voll davon, daß in Paris ein „Aufstand gegen Marx“ im Gange sei.

„Karl Marx ist der Erbauer des Archipel Gulag, Karl Marx ist der Urheber geistiger Unfreiheit, Karl Marx ist das Übel – nicht Stalin.“ (Zeit, 8.7.)

Die das endlich entdeckt hätten, seien „vor einiger Zeit zumeist noch leidenschaftliche Marxisten, Parteigänger Maos, Anhänger eines radikalen Kommunismus“ gewesen. „Kinder der Pariser Maibewegung 1968, predigten sie mit Cohn-Bendit die Revolution und den Sturz der bestehenden Gesellschaft.“ Jetzt aber nennen sie sich stolz „Renegaten“, Vertreter einer „neuen Philosophie“.

Die höchsten Auflagen erzielt André Glucksmann mit seinen Büchern „Köchin und Menschenfresser“ und „Die Meisterdenker“, zweiter im Geschäft ist Bernhard Lévy mit „Die Barbarei mit menschlichem Antlitz“.

Man könnte sich zunächst bei der Bezeichnung „Renegaten“, das heißt: ehemalige Revolutionäre, etwas aufhalten. Unter die Masse der Schuljugend und der Studenten, die von der großen Kampfbewegung der französischen Arbeiter 1968 in die Bewegung hineingerissen wurden, sich mutig mit der Polizei schlugen und dabei ein radikales demokratisches Bewußtsein



Levy

entwickelten, mischten sich von Beginn an auch zahlreiche Abkömmlinge der herrschenden Klasse, die die ganze gesellschaftliche Erschütterung genossen als Ausbruch aus dem Familiengefängnis oder der bürgerlichen Lehranstalt. Ihre gerissensten Vertreter machten sich einen Sport daraus, eine „Kulturrevolution“ unter Sprüchen wie „Seid Realisten, verlangt das Unmögliche!“ oder ähnlichem zu propagieren, die viel radikaler sei als eine herkömmliche Revolution mit politischen und wirtschaftlichen Forderungen. Das waren Leute wie Cohn-Bendit, die ganzen Demonstrationszügen von hunderttausend Schülern und Studenten mit solchen Parolen vorantanzten, um der staunenden Bourgeoisöffentlichkeit vorzuführen, wie man die Bestie (die unterdrückten Volksmassen) zähmt. Um sich dann in den bürgerlichen Salons als die Helden des Tages bestaunen, von ranken Unternehmersgattinnen als „mein kleiner Danton“ behätscheln zu lassen und das Leben als einen „großen Basar“ zu genießen.

Es war eine berühmte Erscheinung in der Pariser Maibewegung, als die „Ecole normale supérieure“, die eigentliche Kaderschmiede der französischen Bourgeoisie, in den „Streik“ trat und sich „der Bewegung anschloß“. Von dort exakt stammen die gegenwärtigen Matadore der „Neuen Philosophie.“

Aber auf einen solchen Nachweis, daß diese Leute Revolutionäre niemals waren, kommt es nicht an. Denn mit ihrem (wirklichen oder vorgeblichen) Renegatentum knüpfen die „neuen Philosophen“ an einer realen Erscheinung und realen Erfahrung der Massen an.

Der französische Mai war ein revolutionärer Anlauf des französischen Proletariats und breiter Massen des Volkes, besonders ihrer Jugend, der in einer Niederlage endete. Eine besonders elende Form der Niederlage: angesichts der Gewehre und Kanonen der Konterrevolution, die auf das Proletariat von Paris gerichtet waren, gelang es Reformisten und Revisionisten, die die Führung in den Arbeiterorganisationen besaßen, den Generalstreik abzublasen und die Bewegung zu zerstreuen.

Marx sprach davon, daß alle großen revolutionären Erschütterungen der bürgerlichen Herrschaft, die nicht zur Zerschlagung der Staatsmaschine führen, diese nur vervollkommnen. Das ist in der Tat das Ergebnis all der „Reformen“, die die französische Bourgeoisie nach 1968 vornahm. Heute steht Frankreich möglicherweise vor einem Regierungsantritt der „Linksunion“, deren gemeinsames Programm die Perfektionierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter der Flagge einer „demokratischen Erneuerung“ und des „Sozialismus“ vorsieht. Die Anschauung der *revisionistischen Entartung* des ersten Staates der Diktatur des Proletariats, der Sowjetunion, die in der Tat zu einer Vervollkommnung der bürgerlichen Staatsmaschine und Errichtung einer faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse geführt hat, gehört zu den internationalen Erfahrungen des Proletariats. Die französischen Revisionisten, die zu ihrer eigenen Bourgeoisie übergelaufen sind, kritisieren heute die Praxis der Sozialimperialisten. Aber in hinterhältiger Weise haben sie diese Diktatur, die in ihrem Wesen die Diktatur einer neuen Bourgeoisie über die arbeitenden Volksmassen ist, zu einem Erbe der revolutionären Vergangenheit der Sowjetunion unter Lenin und Stalin, also der Diktatur des Proletariats, erklärt. Daran setzen nun die „neuen Philosophen“ an und führen den Stoß auf den Marxismus-Leninismus bis auf Marx selbst zurück. In ihrem pfäffischen Jargon liest sich das dann z.B. so:

:„Es gibt keinen Wurm in der Frucht und keine Erbsünde, denn der Wurm ist die Frucht und die Sünde ist . . .Marx.“ (Lévy)

Obskurantismus

„Die Arbeiterjugend und die Jugend der Volksmassen insgesamt sind der entscheidende Faktor für den weiteren Verlauf des Klassenkampfes wie für den Aufbau der Partei. Gelingt es der Bourgeoisie, die Jugend abzukapseln gegenüber den revolutionären Erfahrungen und Kämpfen der letzten Jahre und die Jugend mit einem Netz von Obskurantismus (d.h.pfäffischen, verschrobenen, dunkelmännischen Ansichten) zu überziehen, oder gelingt es den Marxisten-Leninisten, die Jugend für die Sache der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung im Kampf gegen die Bourgeoisie und den imperialistischen Staat zu gewinnen?“

So hat das ZK des KBW in der Resolution zur Lage und zu den Aufgaben vom 23. April die Frage gestellt. Sie stellt sich in Frankreich ebenso wie in der BRD.

Die „neue Philosophie“, als eine „Philosophie der Verzweiflung“, wie sie sich selbst nennt, ist genau darauf berechnet, in der gegenwärtigen Situation des Neuaufschwungs der Arbeiterbewegung und der demokratischen und revolutionären ‚Massenbewegung die Jugend mit einem Netz des Obskurantismus zu überziehen. Das geschieht in engem Zusammenspiel mit dem modernen Revisionismus, der wie beim Tennis die Bälle zurückschlägt, damit das Spiel sich fortsetzen kann. Schon wird in Massenauflage eine „Kritik der ‚Neuen Philosophie‘“ auf den Buchmarkt gedrückt. Das sei eine „Philosophie der Klageweiber“, wird da gedonnert, und die Revisionisten präsentieren sich als „revolutionäre Optimisten“ – ein Optimismus, der den Massen mit Recht nicht geheuer ist, was für die „Neuen Philosophen“ dann wieder das Stichwort gibt.

Die Kernthesen der „Neuen Philosophie“ sind so alt und abgeschmackt wie bürgerliche Philosophie nur sein kann, seit sie jede fortschrittliche Rolle verloren hat. Es handelt sich darum, Revolution, Konterrevolution und imperialistischen Krieg unterschiedslos in ein Schreckensgemälde zu bringen und darauf das alter Philisterlied zu pfeifen: „Die Welt ist gut, der Mensch ist schlecht.“ Da heißt es zum Beispiel:

„Der Mensch, selbst in der Revolte, ist nichts als ein verfehlter Gott und eine mißlungene Gattung.“ (Lévy) „Alle nehmen an der Reproduktion der Ausbeutung teil.“ (Glucksmann) „Die Menschen erzeugen ihre Unterwerfung . . .Der Fürst ist der an-



Streikurabstimmung in Frankreich bei Renault 1968

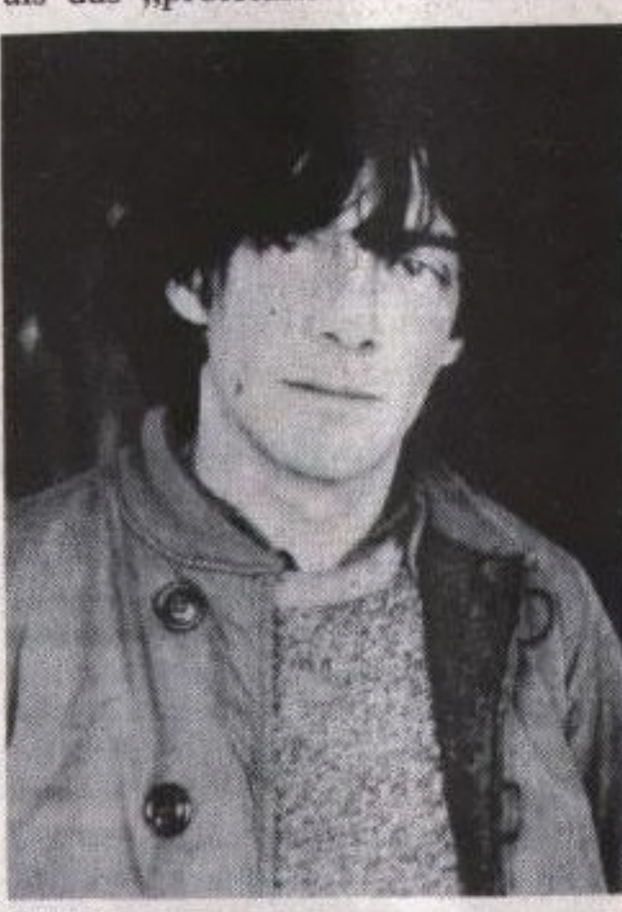
Streikurabstimmung in Frankreich bei Renault 1968

dere Name der Welt. Der Herr ist die Metapher des Wirklichen.“ (Lévy)

91„Der Fürst“, „der Herr“ ist hochgestochenes Geschwätz und soll heißen: der Staat. Die „neuen Philosophen“, damit man sie nicht gleich mit Françoise Sagan verwechselt (man erinnert sich: die Schriftstellerin, die so „schön traurige“ Romane verfaßt), sondern um ihre Spießbürgertum ein wenig noch „links“ darzustellen, bedienen sich der Maskerade, die sich seit jeher Anarchismus nennt.

Nicht die Diktatur der Bourgeoisie, die errichtet wird, um die Arbeiterklasse zu versklaven und auszubeuten, ist zu verabscheuen und wird mit vollem Recht gestürzt und durch die Diktatur der Arbeiterklasse ersetzt werden – nein, überhaupt jeder Staat sei abscheulich, insbesondere aber der Staat der Arbeiterklasse. Das Proletariat sei eine „unmögliche Klasse“,

seine Diktatur „Barbarei mit menschlichem Antlitz“, das 20. Jahrhundert als das „proletarische Zeitalter“ zu-



Glucksmann

gleich „das Jahrhundert der Konzentrationslager.“

Bei Konzentrationslager denken sie vor allem an *Arbeits*lager. Und wenn alle arbeiten müssen, um zu essen, wie im Sozialismus der Fall, wird dann nicht das ganze Land ein „Arbeitslager“? Jawohl, antwortet Herr Glucksmann mutig auf diese selbst gestellte Frage, und deshalb ist auch die Volksrepublik China für ihn ein einziges Konzentrationslager. Was hilft nun gegen solche „Barbarei mit menschlichem Antlitz“ (700 Millionen Chinesen, die *lachen* – da soll man als Kultureuropäer nicht melancholisch werden!)?

„Kunst und Einsamkeit“, antworten die „neuen Philosophen“ und seufzen tief. Ob gequält oder genußvoll (im Gedanken an die schönen Buchtantiemen), mag dahingestellt sein.

Chauvinismus

Derartige Existenzphilosophie taucht immer auf als Vorankündigung großer gesellschaftlicher Erschütterungen. Für die Bourgeoisie handelt es sich um ideologische Vorbereitung auf Konterrevolution und imperialistischen Krieg. Die „neue Philosophie“ in Frankreich dient *beidem*. Ihre eigentliche *praktische* Konsequenz für die Massen ist *Chauvinismus*.

Glucksmann nämlich begnügt sich nicht, die Schrecken der proletarischen Revolution für die Bourgeoisie, die sie als „Stalinismus“ bezeichnet, auf Marx zurückzuführen. Sondern Marx, behauptet Glucksmann in seinem Buch über die „Meisterdenker“, fußte in erster Linie auf der deutschen Philosophie, Hegel, Fichte etc. „Das deutsche Element steht unmißverständlich im Mittelpunkt dieser Debatte . . .“, schreibt die „Zeit“ mit einem Unterton von Besorgnis. Umso erfreuter jst der französische „Nouvel Observateur“.

„Hier . . .liegt das Zentrum von Glucksmanns Buch, seine fundamentale Frage, die er zweifellos als erster stellt: auf welche Weise hat es die deutsche Philosophie verstanden, aus dem Entwurf einer Revolution das Versprechen eines wahren und guten Staates herauszukristallisieren?“ – „Deutschland hat immer mit der gleichen Sehnsucht den Staat und die Revolution herbeigeträumt (Bismarck, die Sozialdemokratie, Hitler und Ulbricht)“

Also „Deutschland“, das Proletariat genauso wie die Bourgeoisie, haben demzufolge die Säbelherrschaft des Kaiserreichs, die Massaker des Bluthundes Noske, Hitlers Henkerregime, Zwangsarbeit und Weltkrieg und außerdem noch Walther Ulbrichts neue, revisionistische Diktatur „herbeigeträumt“!

Das ist der altbekannte französische Chauvinismus, der, mit Verlaub zu sagen, kein Deut weniger widerwärtig und verkommen war und ist als der deutsche Chauvinismus. Sollte hier „am deutschen Wesen die Welt genesen“, dann dort an jener speziellen Sorte von „Esprit“, den die französische Finanzbourgeoisie in ihren Salons absondert und worauf sie sich ungeheur viel zugute hält.

Heute trumpft der französische Imperialismus, geplagt von der Angst des westdeutschen Hegemonismus in Europa, mächtig auf. Am Nationalfeiertag ließ die französische Bourgeoisie ihre „Interventionstruppen“ in Paris paradieren, um die Massen für neue Afrika-Abenteuer zu begeistern. Die Spitzenpolitiker der „Linksunion“ waren auch da und klatschten Beifall. Warum nicht? Mitterand zählte schon vor 30 Jahren als Kolonialminister zu den Schlächtern des algerischen Volkes.

Die französische und die westdeutsche Bourgeoisie wollen die Arbeiterklasse und die Volksmassen beider Länder wieder in „Erbfeindschaft“ zueinander treiben, um ihre Konkurrenzschlacht um die Vorherrschaft in Europa auszutragen. – (Z-Red)

Bakunin – ein großrussischer Chauvinist kommt zu neuen Ehren

Die Verknüpfung von Anarchismus und Chauvinismus ist nicht neu. Das beste Beispiel liefert der Urvater des Anarchismus, Bakunin selbst. Bakunin war Sohn einer russischen Grundbesitzersfamilie. Die Revolution, die er predigte, sollte absolut anti-autoriär sein. „Die einzige Revolution, die dem Volk zum Heil gereichen kann, ist die, die jeden Staatsbegriff durch und durch vernichtet . . . Die zukünftige Organisation wird ohne Zweifel aus der Bewegung und aus dem Leben des Volkes hervorgehen, aber das ist die Sache künftiger Generationen. Unsere Arbeit ist die schreckliche, totale, unerbittliche und allgemeine Zerstörung.“ – „Deshalb müssen wir uns dem Volk nähern, uns vor allem mit den Elementen des Volkslebens verbinden . . .“ Wo aber fand er dieses „Volksleben“ in seiner reinen Form?

„Der ideale Zweck der sozialen Gleichheit war in der . . .organisierten Kosakengesellschaft unvergleichlich besser verwirklicht“, – so Bakunin – als in den Entwürfen der europäischen Sozialisten. Die Kosaken waren ursprünglich Siedlungen aus der Leibeigenschaft entlaufender Bauern, die sich in den Steppengebieten mit Jagd und Raub aufrechterhielten und schließlich im Sold des Zaren die Unterdrückung der nichtrussischen Minderheiten besorgten.

So blieb die zweite Berufung des Michael Bakunin stets, neben der des „alles zerstörenden“ Revolutionärs, die des großrussischen Chauvinisten und Panslawisten. Bakunin verlebte nach seiner Auslieferung 1851 von Österreich an den Zaren, nachdem er dem Zaren ein „Bekenntnis“ geschrieben hatte, worin er aller Gegnerschaft gegen das Zarentum abschwor und den Zaren Nikolaus I. als den „großen Herrscher eines großen Reiches“ beweihräucherte, komfortable Jahre der Deportation in Sibirien, dessen Gouverneur sein Vetter war, der berüchtigte Fürst Murawjew. Murawjew trieb die Expansion des großrussischen Reiches auf Kosten vor allem Chinas voran, dem er riesige Gebiete entriß und dem Zarenreich einverleibte. Bakunin klatschte dem allen begeistert Beifall als „einer großen patriotischen Sache“. „Verweisen wir die Tartaren nach Asien und die Deutschen nach Deutschland, und seien wir ein freies, rein russisches Volk . . .“, gröhlte er 1862 in einem „Manifest an . . .sämtliche slawischen Freunde.“ (Alle Zitate aus Marx' Untersuchungsbericht „Ein Komplott gegen die Internationale Arbeiter Association – Über das Treiben Bakunins“, MEW 18, S.327ff)

Zu diesem Zeitpunkt war Bakunin nach einer offensichtlich fingierten „Flucht“ in London angelangt, wo er sich bemühte, in die „Internationale Arbeiter Assoziation‘, die von Marx und Engels geleitet wurde, einzuschleichen – hier wieder ganz Anarchist, der wütend die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur angriff, die Arbeiterklasse aufforderte, auf jede feste Organisation und einheitliche Leitung zu verzichten etc. etc.

1872 wurde Bakunin als ein zaristischer Agent, dessen Aufgabe es war, die europäische Arbeiterbewegung zu desorganisieren, aus den Reihen der Internationalen Arbeiter Association ausgeschlossen. Der Zarismus war damals zum Bollwerk der Reaktion in ganz Europa geworden, und versuchte, über die Angst der europäischen Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution seine Expansion nach Westeuropa voranzutreiben.

Kann man sich wundern, daß die neuen Zaren in der heutigen Sowjetunion, sich bemühen, Bakunin als einen „russischen Revolutionär“, der „ein aktiver Kämpfer für die Emanzipation der slawischen Völker war‘, wieder zu Ehren bringen? So nachzulesen in der 1970 erschienen 3. Auflage der „Großen sowjetischen Enzyklopädie“ und im Buch: „Bakunin“, in der Reihe „Das Leben großer Persönlichkeiten“. In der 1950 erschienenen Ausgabe der Enzyklopädie war er noch richtig bezeichnet worden als „Verräter an den fundamentalen Interessen der revolutionären Bewegung“ und insbesondere „an den russischen revolutionären Demokraten.“ (Nach: Hsinhua, 28.Juni 1977) – (Z-Red)

Aufholjagd

„Einerlei, welche Lösung man finden wird, um einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen und um eine weitere Verringerung der Belegschaften wird man nicht herumkommen", so kommentiert das Handelsblatt die Lage in der Stahlindustrie im Saarland. Die Überproduktionskrise zwingt die Stahlkapitalisten im Saarland zu größeren Entlassungen und Produktionsveränderungen als in der übrigen BRD. Die Stahlbarone im Saarland hatten darauf gesetzt, mit der Maschinerie, die nach dem II-Weltkrieg neu aufgebaut worden war, die Arbeitskraft der Stahlarbeiter weiter so extensiv ausbeuten zu können, wie sie es die ganzen 50er und 60er Jahre hindurch gemacht hatten. Während nach der 66/67er Krise die Stahlmonopole in Nordrhein-Westfalen mit riesigen Investitionsprogrammen die Hochöfen und Walzstraßen revolutionierten und erneuerten, setzten die Saarkapitalisten weiter auf die extensive Ausnutzung ihrer inzwischen veralteten Maschinerie, der relativ niedrige Lohn in der Stahlindustrie im Saarland erlaubte ihnen das.

Die Stahlmonopole in NRW wie Thyssen, Mannesmann und Hoesch nutzten inzwischen ihre Investitionen, Stahlarbeiter zu entlassen und Facharbeiter durch angelernte Arbeiter zu ersetzen. Die weitere Zerlegung der Arbeit durch durch die Einführung neuer Produktionstechniken ermöglichte ihnen dies. Anfang dieses Jahres stufte das Statistische Bundesamt im Saarland 57,8 Prozent aller Stahlarbeiter als besonders qualifizierte Facharbeiter ein, während der Anteil in NRW nur 37,1 Prozent beträgt. Diese Entwicklung führte dazu, daß sich das Verhältnis der Löhne zwischen dem Saarland und NRW umdrehte. Für Januar 1977 gibt das Statistische Bundesamt als durchschnittlichen Bruttoverdienst in der Eisen- und Stahlindustrie für das Bundesgebiet wie für Nordrhein-Westfalen 11,73 DM an, während im Saarland der durchschnittliche Bruttoverdienst bei 12,06 DM lag. Die Stahlbarone im Saarland hatten darauf gesetzt, daß sich die Konjunktur Ende der 60er Jahre endlos fortsetzt, das konnte nicht gut gehen. Während die Stahlmonopole in NRW die Stahlkonjunktur genutzt hatten, die Maschinerie zu revolutionieren und mit den neuen Maschinen die Ausbeutung der Stahlarbeiter enorm voranzutreiben, gingen 1974 die Stahlbarone Gebrüder Stumm, die in Neunkirchen residierten, pleite.

Otto Wolf von Amerongen, der über seine Eisen- und Hüttenwerke AG inzwischen 50 Prozent des Aktienkapitals der Gebrüder Stumm AG, die jetzt Neunkircher Eisenwerke heißt, gekauft hatte, macht sich zum Fürsprecher der Stahlkapitalisten an der Saar, das, was in NRW schon Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre geschehen war, jetzt beschleunigt für das Saarland nachzuholen. Stillegung veralteter Maschinerie, Bau modernster Konverter, Zusammenlegung der Roheisenherstellung an einem Ort in Dillingen mit modernsten Hochöfen, Massenentlassungen – das ist sein Programm. Die Stahlindustrie an der Saar müsse „den Stamm ihrer Mitarbeiter um 25 % auf 30 000 abbauen", erklärte er jüngst. In NordrheinWestfalen gehen die Stahlmonopole ihrerseits daran, die Anfang der 70er Jahre begonnene Rationalisierungswelle weiter voranzutreiben und ebenfalls Massenentlassungen durchzuführen. Im Konkurrenzkampf der Stahlkapitalisten haben die Stahlarbeiter nichts zu gewinnen, jede Rationalisierungsmaßnahme bedeutet weitere Zerlegung der Arbeit und verschärfte Arbeitshetze – im Kampf gegen die Kapitalistenklasse haben sie nichts zu verlieren als ihre Ketten.

Maßloseste Vergeudung der Arbeitskräfte

Die fortschreitende Verödung des Saarlandes zeigt die Überreife des Imperialismus

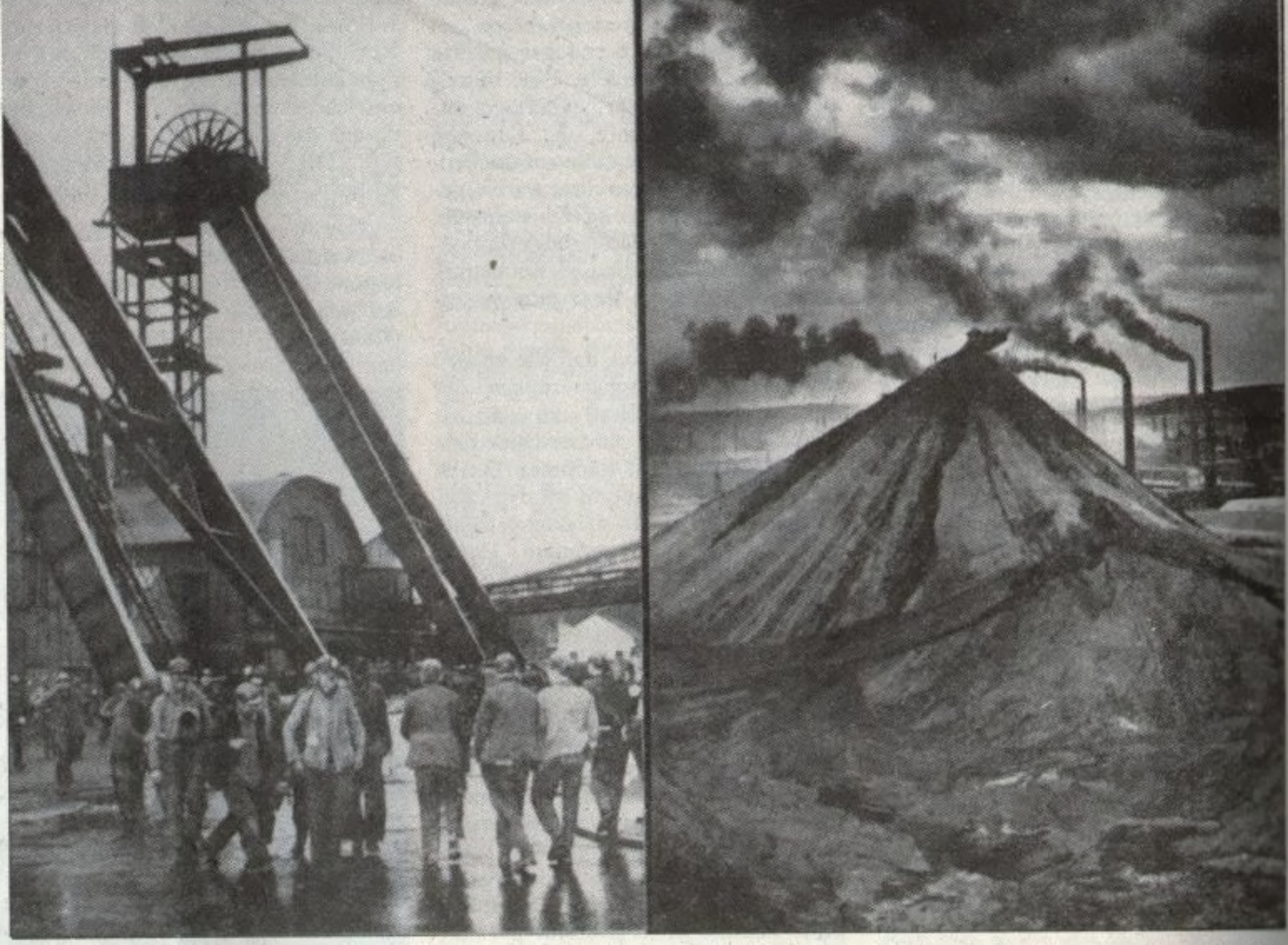
Am 22. Juli vermeldet die FAZ die Gründung eines gemeinsamen Hochofens der Dillinger Hüttenwerke AG, Neunkircher Eisenwerk AG und der Röchling Burbach GmbH. Die Kapitalisten planen dieses Projekt als angeblichen Ausweg aus der Krise im Saarland. Herauskommen wird eine verschärfte Rationalisierung, zusammen mit weiteren Entlassungen. Die „bei der Umstrukturierung freiwerdenden Arbeitskräfte" sind schon eingeplant. Die saarländischen Stahlkapitalisten versprechen sich eine bessere Position im internationalen Konkurrenzkampf. Die Verödung des Saarlandes werden und wollen sie damit nicht verhindern.

Das Saarland ist durch natürliche Voraussetzungen zum Industriegebiet angelegt. Im „Montandreieck" Lothringen – Saarland – Luxemburg gelegen, reich an qualitativ hochwertiger Kohle, nahe den lothringischen Erzlagern, brauchte es bloß noch die Entwicklung der Abbauverfahren für Kohle und der Verhüttungsverfahren für Eisen im 19. Jahrhundert, um das Kapital anzulocken. Bis zum ersten Weltkrieg hatte sich seit 1870 die Kohleerzeugung vervierfacht und die Stahlerzeugung verzehnfacht. Die Lage an der Grenze Deutschlands, aber mitten in Europa hatte direkte Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung.

Solange Lothringen, der Erzlieferant, staatlich verbunden war, ob unter deutscher oder französischer Regie, entwickelte sich die Kohlenindustrie und ihr Abnehmer, die Stahlindustrie, gut. Die mehrfachen Wechsel der Oberhoheit, die damit verbundene Marktumstellung, die Schwierigkeiten, bei der Eingliederung mit den deutschen Konkurrenten gleichzuziehen, Mangel an Investitionsgüterindustrie – all das trug dazu bei, daß die Beschränkung der Produktion im wesentlichen auf den Montanbereich vorherrschend blieb.

Die saarländischen Kapitalisten holten sich ihre Arbeiter vor allem aus dem einheimischen Reservoir, aus ruinierten Bauern. Die Statistik zeigt noch heute einen hohen Anteil der kleinen Betriebe (7 Prozent mit 2 bis 5 ha, 8 Prozent mit 10 bis 15 ha). Die mittleren Höfe sind unterdurchschnittlich, die Betriebe über 50 ha über dem Durchschnittswert vertreten. Die Ruinierung der Bauernschaft ist nicht ganz zu Ende getrieben, eine Vielzahl Arbeiterbauern ist übrig geblieben. Für das Land bedeutet die Entwicklung eine fortschreitende Verödung, für die Arbeitskraft umso schnelleren Ruin, für die Kapitalisten die Möglichkeit zur Lohndrückerei, die an Ort und Betrieb gebundenen Arbeiter stärker auszubeuten. Die hohe Arbeitslosenquote gibt den Kapitalisten das Druckmittel einer großen industriellen Reservearmee in die Hand.

Den Saarbourgeois war der niedrige Lohnstandard und die günstigen Bedingungen, die Produktion auf den „Montankern" auszurichten, Grund genug, wirklich nur diese Seite der



„Die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die **Proletarier.**" *„Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen."* (Kommunistisches Manifest)

Produktion zu betreiben, eine vollständig einseitige Entwicklung des Landes hervorzurufen. Zugleich war angesichts der niederen Löhne und der einmal mit dem Thomasverfahren gefundenen Methode, das lothringische Minette-Erz zu verarbeiten, kein Anlaß gegeben, die Stahlindustrie zu modernisieren. Erst im letzten Jahr wurden die letzten Thomasbirnen der Welt im Neunkircher Eisenwerk stillgelegt.

Natürlich mußte sich diese Entwicklung in der „Kohlekrise" und „Stahlkrise" verheerend auswirken. Die Stillegungen der Bergwerke in den 60er Jahren konnten nicht durch Ansiedlung anderer Industrien „aufgefangen" werden. Die Wanderungsbewegung aus dem Saarland – 1975 z.B. betrug die Abwanderung 3 238 – zeigt, daß den Arbeitern oft nichts bleibt als fortzuziehen. Was hält sie in einem Land, in dem nicht nur der Arbeitsplatz unsicher ist? Auch die Schulausbildung verschlechtert sich, die Zahl der Schulen sank von 1963/64 bis 1975/76 von 596 auf 339.

Hastig versuchen die Stahlkapitalisten, Neuinvestitionen und Rationalisierung nachzuholen, um den Anschluß nicht zu verpassen. Dazu zwingt sie nicht nur die ausländische Konkurrenz. Den Konkurrenten in der BRD ist es gelungen, den Lohn der Stahlarbeiter unter das Niveau im Saarland zu senken. Eben darum die Einführung des modernen Oxygenverfahrens im Neunkircher Eisenwerk, die „Sanierung" bei Röchling, verbunden mit Entlassungen tausender Arbeiter; für das laufende Jahr sind weitere 2 100 vorgesehen.

Der Verlust von 42 000 Arbeitsplätzen im Bergbau machte den Kapitalisten nichts. Arbeitsplatzeinbußen im Stahlbereich und der Bauindustrie machten ihnen nichts. *Sie* verkraften die Verödung der Region, was sie nicht verkraften, ist die Senkung des Profits, ist der Widerstand der Arbeiter gegen ihre Maßnahmen, durch Rationalisierungen und vermehrte Ausbeutung den Profit zu erhöhen. „Wie lange noch Ruhe im Saarland?" fragt die FAZ besorgt.

Die Kapitalisten wollen mit Subventionen über die Runde kommen, mit Erweiterung der staatlichen Kohlereserve, mit der Fertigstellung des Saarkanals, um eine Wasserstraße zum Rhein zu haben, günstiger noch als die Sondertarife der Bahn. Die SPD ruft nach einem Kohleenergieprogramm. Sie tut so, als könnte das etwas anderes werden als staatliche Zuschüsse für weitere Rationalisierungsinvestitionen, und Erhöhung der Kosten, die die Massen durch Steuern und Gebühren aufbringen müssen.

Das neue Hochofenprojekt, Zusammenlegung der Flüssigphase der drei saarländischen Hütten, „Anstoß zu weiterführenden Kooperationsschritten" (FAZ, 22.7.), ist eine Maßnahme der Zentralisation und Konzentration von Kapital. Die Rationalisierung kann verbessert werden, das in Maschinerie angelegte Kapital besser verwertet. Erhöhte Transportkosten müssen durch erhöhte Ausbeutung und erhöhte Gebühren bei den Verkehrsmitteln von den Arbeitern und den Volksmassen getragen werden. Mit der „weiterführenden Kooperation" ist es nicht so weit her. „Jedes Lösungsmodell", schreibt die FAZ, „bleibt im Ansatz stecken, und zur Erklärung wird auf die komplizierten Eigentumsverhältnisse hingewiesen." (23.6.)

So kompliziert sind die gar nicht. Die Kapitalisten, die nichts produzieren, besitzen die Produktionsmittel, beuten die Arbeiter aus und richten dabei in ihrer Profitgier die ganze Region zugrunde. Die Arbeiter, die alles schaffen, können den Kapitalisten die Produktionsmittel entreißen, um die Produktion nach gesellschaftlichem Plan zu entwickeln. Die Expropriation der Expropriateure ist ungleich weniger hart, langwierig und schwierig, als es die jahrhundertelange Enteignung und Vernichtung der kleinen Bauern und ihre Verwandlung in Lohnarbeiter war. – (Mi-Red)

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Streik der Saarbergleute 1973

Vom 23. bis 25. Oktober 1973 kämpften die Bergarbeiter der sechs saarländischen Gruben für eine Teuerungszulage von 300 DM für die letzten drei Monate und 100 DM mehr ab November 1973. Zusätzlich forderten sie eine Erhöhung des Kindergeldes, die Bezahlung der Streikschichten und keine Maßregelung der am Streik beteiligten Arbeiter. Der Streik war die Antwort auf die sich ständig verschärfende Arbeitshetze und Teuerung: 1969 betrug die Schichtleistung im Saarbergbau 3 390 kg/Mann, 1972 bereits 3 945 kg. Von 1957 bis 1972 war die Leistung pro Mann und Schicht auf 4 250 kg gestiegen. Diese Leistungssteigerung um 156 Prozent war die höchste im Bergbau Europas.

Auf der Grube Reden beginnen die Kohlewäscher

Angefangen hatte der Streik am Ende der Frühschicht am Dienstag, 23.10. im Übertagebereich der Grube Reden. Die Kohlewäscher, die die schlechtestbezahlten Bergarbeiter sind, werfen als erste die Brocken hin. Sie verdienen als Verheiratete mit einem Kind um die 705 DM netto. Seltene Spitzenlöhne bei Hauern liegen bei 1 300 DM netto. Zuvor war es am Montag schon zu Unruhe im Übertagebereich gekommen.

Zum einen hatten die Arbeiter der saarländischen Hütten, ausgenommen die Halbergerhütte, eine Teuerungszulage von 70 DM monatlich erkämpft. Zum anderen waren verschiedene Arbeiter falsch eingestuft worden. Am Dienstag war das Faß übergelaufen, und zwischen Früh- und Mittagsschicht kommt es zu einer Streikversammlung, in der die Forderungen aufgestellt werden.

Die Verbreitung der Nachricht vom Streik in Reden besorgen die Kumpels selbst. Um 14.45 Uhr steigt die Früh- und Mittagsschicht in die wartenden Betriebsbusse, mit denen die Bergarbeiter transportiert werden, die nacheinander mehrere Gruben anfahren. Durch Verlegung von Grube zu Grube, teilweise bedingt durch Stillegungen, kennen sich viele Arbeiter verschiedener Gruben untereinander. Dadurch verbreitet sich die Meldung vom Streik in Reden wie ein Lauffeuer, und der Streik breitet sich aus trotz der Versuche der Geschäftsleitung, den Streik abzuwürgen: Einige Angestellte sollen die Kohlenwäscherei in Betrieb setzen, die Telefonzentrale wird unter Kontrolle gesetzt, um die Verbindung unter den Bergleuten zu erschweren.

„Lange war der Bergmann still, jetzt zeigt er, daß er kämpfen will"

Am nächsten Tag versammeln sich ca. 3 000 Bergarbeiter vor der Bergwerksdirektion in Saarbücken. Als die Rufe „Bosse raus!" keine Wirkung hervorrufen, marschieren etwa 200 Streikende ins Verwaltungsgebäude. Erst daraufhin ist der anwesende Vorstandsvorsitzende Anderheggen bereit, Rede und Antwort zu stehen. Im Namen des Vorstandes lehnt er die Teuerungszulage ab und verweist auf die Kapitaleigner, die darüber zu entscheiden hätten. „Lange war der Bergmann still, jetzt zeigt er, daß er kämpfen will", mit dieser und anderen Parolen zogen die Streikenden vors Landtagsgebäude, ohne sich um die Bannmeile zu scheren.

Eine Verhandlungsdelegation wird gebildet, nachdem sichergestellt ist, daß die Streikenden vor dem Landtag stehen bleiben. In der Besprechung im Landtag wird zugesagt, daß die Forderungen in Bonn vertreten werden. Die Politiker weichen zurück. Ein Zug der Arbeiter zur Staatskanzlei hat zur Folge, daß Wirtschaftsminister Schäfer nach Bonn fliegt, um mit dem Bundeswirtschaftsminister zu verhandeln.

Am Donnerstag greift der Streik auf die Wasserwerke der Saarberg AG über, und eine Kokerei beschließt, ihre Produktion aus Solidarität um zehn Prozent zu drosseln. Vor der Bergwerksdirektion in Saarbrükken versammeln sich ca. 800 Bergarbeiter und beginnen, zum Landtag zu marschieren. Rasch wächst der Zug auf 5 000 Demonstranten an. In der Innenstadt bricht der Verkehr vollkommen zusammen. Wirtschaftsminister Schäfer teilt der Verhandlungsdelegation mit, daß die Bundesregierung nicht bereit sei, die Forderung zu erfüllen. Auch die Landesregierung sei inzwischen zu der Auffassung gekommen, daß die Forderung unberechtigt und unerfüllbar sei. Durch die Ablehnung ihrer Forderung, und weil die Gewerkschaftsführung dem Streik entgegentritt, verbreitet sich unter Teilen der Bergleute Streikmüdigkeit und Resignation.

Das gegnerische Lager hat sich formiert

In der Zwischenzeit hat das gegnerische Lager endgültig Tritt gefaßt. Einschüchterungsversuche, gezielte Falschmeldungen über angeblichen Abbruch des Streiks werden vom Stapel gelassen. Trotz dieser Maßnahmen fährt nur die Notbelegschaft ein.

Am Morgen des 26.10. kommen die Bergleute zu den Gruben. Die Beleuchtung auf den Vorplätzen ist abgeschaltet, über Lautsprecher wird bekanntgegeben, daß auf den Gruben die Arbeit wieder aufgenommen werde. Dadurch, daß alles im Dunkeln liegt, zieht die vergrößerte Notbelegschaft Außenstehende mit in die Grube. Als klar wird, daß doch nicht gearbeitet wird, haben die Bergleute keine Möglichkeit, sich gegenseitig zu informieren, da die Telefonzentrale wieder gesperrt ist. Gegen 9 Uhr nehmen die Arbeiter in Reden als letzte die Arbeit wieder auf.